

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftigste Kolonne...
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis...
Wochenblatt 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die neuen Handelsverträge und die „staatsverhaltenden“ Parteien.

Von den Handelsverträgen, die unter dem Reichskanzler Grafen Caprivi zu Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts abgeschlossen wurden, sind bisher erst vier, die Verträge mit Rußland, Belgien, Italien und Rumänien, von der deutschen Regierung auf der Basis des neuen deutschen Zolltarifs erneuert worden, so daß sie dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden können. Ueber die vier anderen, die Verträge mit Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Spanien und Serbien schweben noch Verhandlungen, und nach allen Anzeichen ist kaum darauf zu rechnen, daß über sie schon in den nächsten Monaten eine Verständigung erzielt wird, wenigstens nicht, was die Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Spanien anbetrifft. Bedenkt man, daß demnach seit dem denkwürdigen Dezembertage, an dem Graf Bülow im Reichstage unter dem Beifall einer durch die niedrigsten Profitsinhalte aufgeregten Mehrheit den neuen Zolltarif als „großes Werk zum Segen des Vaterlandes“ pries, nahezu zwei Jahre verstrichen sind, so ist dieser Erfolg der deutschen Regierungsdiplomatie ein recht mäßiger, und doch ist es zweifellos, daß der wichtigste der neuvereinbarten Tarifverträge, der mit Rußland, noch immer im Stadium der Vorbereitungen stecken würde, wenn nicht die Niederlagen auf dem Kriegsschauplatz im letzten Osten die russische Regierung genötigt hätten, den „einzigen Freund“ im Westen warm zu halten.

Unter diesen Umständen ist daran, daß in der Ende November beginnenden Tagung noch die Handelsverträge dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt werden, nicht zu denken, denn daß die Regierung sich zu einer so wichtigen und ratenweisen Beratung der Handelsverträge im Reichstage verstehen sollte, erscheint schon aus Gründen der handelspolitischen Strategie gegenüber jenen Staaten, mit denen zurzeit noch Verhandlungen schweben, ausgeschlossen. Vielleicht wird es wieder Sommer werden, bis endlich die deutsche Diplomatie so weit ist, daß alle acht Verträge zusammen dem Reichstage vorgelegt werden können. Demgegenüber sind jedoch noch eine unsehnliche Zeitspanne von der Beratung trennt und die Hälfte der Verträge sogar noch im Verhandlungsstadium steckt, erscheint es doch bereits heute als sicher, daß die neuen Verträge sämtlich im Reichstage die Zustimmung der Mehrheit finden werden.

Schon als der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages zwischen dem Grafen Bülow und Herrn v. Bille auf Norderns berichtet wurde und die offizielle Presse ergänzend zu dieser Mitteilung zu melden wußte, Rußland hätte die Getreide-Mindestzölle des deutschen Tarifs unter der Bedingung akzeptiert, daß sämtliche in Deutschland eingeführte russische Getreide als Futtergerste zum bisherigen Vertrags-Zollsatz von 2 Mk. pro 100 Kilogramm vergollet werde, ließ die Haltung der führenden konservativen wie der liberalen und national-liberalen Presse deutlich erkennen, daß die Masse der beiden konservativen Fraktionen, des Zentrums und der Nationalliberalen für den Handelsvertrag mit Rußland wie für jeden anderen auf ähnlicher Grundlage vereinbarten Tarifvertrag stimmen werde. Fraglich erschien nur noch, ob die freisinnige Volkspartei zunächst die von ihr bei den Zolltarifkämpfen im Reichstage eingenommene zweideutige Stellung beibehalten, oder von vornherein unter einer mehr oder weniger plausiblen Motivierung ihre Dienste der Zollwucher-Koalition zur Verfügung stellen werde. Nach dem besagten Ausfall der „Freien Deutschen Presse“, der ungelauteten einstigen Eugen Richter'schen „Freisinnigen Zeitung“, gegen die im Verlaufe — die Parteifrage gegen den neuen deutsch-russischen Vertrag wurde als „Demagogie“ bezeichnet — und der verständnisvollen Zustimmung, welche diese Abgabe fast in der gesamten Fortschrittspresse fand, ist jedoch auch diese Frage entschieden. Der traurige Rest ehemaliger Fortschrittlichkeit wird sich, getrieben durch seine Besorgnis um die Wahrung der „heiligsten Güter des deutschen Vaterlandes“, den Zollpatrioten Kardorff, Heim, Spahn, Paasche und Consorten anschließen. Und selbst, ob das kleine Häuflein der freisinnigen Vereinigung sich einigell um die Verhütung der Handelsvertragsänderungen wird, erscheint nach den Auslassungen verschiedener dieser Partei angehörender Blätter, wie der „Reinhold-Zeitung“, des „Berliner Tageblatts“, der „Freihandels-Korrespondenz“, recht zweifelhaft.

Die Koalition zur Apportierung der Handelsverträge wird sich voranschreiten als weit stärker herausstellen, als die Mehrheit, die sich vor zwei Jahren zum infamen Rechtsbruch zusammenschloß. Ueber diese Tatsache können alle Jeremiaden der landwirthschaftlichen wie der syndikatsmäßigen Blätter nicht hinwegtäuschen. Dieses Gejammer gehört zu dem von beiden Seiten seit langem betriebenen Komödienstück. Niemand, der politisch zurechnungsfähig ist, wird annehmen, daß die Agrarkonservativen durch irgend einen Handelsvertrag, mag er auch ihren Interessen im weitesten Maße Rechnung tragen, zu dem Zugeständnis veranlaßt werden könnten, er entspräche auch nur halbwegs ihren Erwartungen. Die Ansprüche der Landwirthschaft im Lande sind durch die demagogische Agitation der Leiter des Bundes der Landwirte viel zu hoch getrieben, ihre Eier nach staatsrechtlichen Zurechnungen viel zu sehr aufgeschwemmt, als daß die konservativen Blätter, ohne ihre Fraktion zu demaskieren und sofort im Lande den heftigsten Widerstand zu finden, es wagen könnten, sich für einigermassen befriedigt zu erklären. Die Rücksicht auf die Agitation für den weiteren „Schutz der nothleidenden Landwirtschaft“ fordert vielmehr die Aufrechterhaltung der Fiktion, daß auch der neuabgeschlossene Handelsvertrag nur eine ganz mäßige Abschlagszahlung sei, und im Grunde genommen die Landwirtschaft wieder ihre Interessen auf dem „Altar des Vaterlandes“ hätte opfern müssen. Es ist deshalb auch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß bis zuletzt die konservative Fraktion, im Reichstage die Rolle des Geschädigten spielen und über die Verletzung ihrer heiligsten Inter-

essen jammern wird. Wie wenig jedoch auf dieses Gerede zu geben ist, zeigt deutlich die Tatsache, daß, als die Hauptzüge des neuen deutsch-russischen Vertrages bekannt wurden, dieselbe konservative Presse, die an ihm so viel auszusetzen fand, in ihrer Sehnsucht gar nicht mehr abzuwarten vermochte, daß er in Kraft trat, sondern an die Regierung wiederholt die Aufforderung richtete, sie solle zur schnellen Durchberatung des Vertrages den Reichstag auf kurze Zeit zu einer Extratagung einberufen, und daß ferner dieselben Blätter, die von der Möglichkeit der Ablehnung des Vertrages durch die Vertreter der Landwirtschaft sprachen, auf der anderen Seite die Sozialdemokratie wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Produkt der Korberneher-Konferenzen aufs heftigste angriffen. Verträge, die man für gänzlich unzulänglich hält, sucht man doch nicht so schnell wie irgend möglich unter Dach zu bringen, und man beunruhigt sich auch nicht, wenn andere sich für die Ablehnung erklären.

In Wirklichkeit sind sich die Herren völlig darüber klar, daß der deutsch-russische Vertrag das bietet, worauf sie im günstigsten Falle rechnen konnten, vielleicht sogar infolge des Einflusses des ostasiatischen Krieges auf Rußlands Nachgiebigkeit noch etwas mehr. Daß Rußland niemals höhere Getreidezölle, als die im § 1 des Zollgesetzes normierten Mindestzölle, akzeptiert hätte, glaubt niemand, und ebenso wenig dürfte auch nur einer der konservativen Parlamentarier nach der auf Betreiben der Regierung erfolgten Abänderung des Wortes „Gerste“ durch die Bezeichnung „Malzgerste“ im Zollgesetz sich darüber im Unklaren befinden haben, daß diese Abänderung lediglich den Zweck verfolgte, die russische Futtergerste zu einem weit niedrigeren Zoll, als den für Malzgerste festgesetzten Zoll von 4 Mk. pro Doppelzentner in Deutschland hereinzulassen. Für ganz selbstverständlich ist ebenfalls von vornherein gehalten worden, daß die hohen Mindestzölle, die während der Zolldebatten im Reichstage auch von konservativer Seite immer wieder als „Zölle zum Ueberhandeln“ bezeichnet worden sind, bei den Vertragsverhandlungen mit Rußland und Oesterreich-Ungarn beträchtlich ermäßigt werden würden, und ferner, daß die Viehaufzuchtenden Staaten in irgend einer Form, entweder durch eine Seuchenkonvention oder durch die Abgabe verbindlicher Zusicherung von deutscher Seite, eine Garantie dafür verlangen würden, daß die ihnen im Vertragswege zugestandenen Zollreduktionen nicht später durch irgend welche von der deutschen Regierung angebahnte zum Zweck der Seuchenbekämpfung verhängte Vieheinfuhr-Beschränkungen und Grenzsperrn völlig wertlos gemacht werden. Wenn also jetzt die agrarische Presse, voran das Bundes-Intelligenzblatt der Landwirthschaft, die „Deutsche Tageszeitung“, sich darüber entrüstet, daß Rußland gewisse derartige Zusicherungen gegeben worden sind, so ist das lediglich ein Komödienstück.

Ihre Zustimmung zum neuen deutsch-russischen Vertrag wird das Gros der konservativen Fraktion sicherlich nicht davon abhängig machen, ob die deutsche Regierung solche Garantien zugestanden hat oder nicht. Der östliche Großgrundbesitz, der in der Fraktion den Ausschlag gibt, ist an den Getreide- und Futtermittelzöllen weit mehr interessiert als an höheren Mindestzöllen; denn im Verhältnis zur landwirthschaftlichen Fläche ist auf den großen Gütern der östlichen Provinzen die Viehwirtschaft wie die Schweinehaltung viel unbedeutender als auf den landwirthschaftlichen Besitz Schlesiens, Ostpreussens, Ostpreussens, des rechtsrheinischen Bayerns, Württembergs usw. Anzunehmen, daß das östliche Junkertum aus Rücksicht auf die bäuerliche Viehwirtschaft der westlichen Gegenden die Gelegenheit, hohe Getreidezölle einzubringen, ungenützt vorbeiziehen lassen werde, heißt ihre Profitsucht weit unterschätzen. Außerdem aber wissen die eblen Herzen recht wohl, daß, wenn auch Rußland die Hinterrücknahme einzelner bestimmter Sperrmaßnahmen zugesichert ist, die deutsche Regierung es doch auf Grund der Viehseuchengesetze jederzeit in der Hand hat, im Verwaltungswege ohne Mitwirkung der Volkvertretung später Anordnungen zu treffen, die den Viehimport über die östliche Grenze wieder einschränken.

Um Gründe zur Verschärfung der Maßnahmen aus dem Kreise der bäuerlichen Viehwirtschaft ist man nicht verlegen. Bereits wird in agrarischen Blättern vorgeberlich, und wer deren Auslassungen verfolgt, weiß auch schon, wie ungefähr die Deduktion lautet wird: „Es ist eine schwere Vernachlässigung landwirthschaftlicher Interessen durch die Regierung“, wird man erklären, daß sie die deutsche Viehwirtschaft nicht besser schützt; aber wichtiger als die Mindestzölle in den Tarifverträgen sind die Maßnahmen zur Abwehr der Seucheneinfuhr, und solche Mittel behält die Regierung noch immer in genügendem Maße in der Hand. Es kommt also nur darauf an, die Regierung zu veranlassen, diese Mittel zum Ruhen der einheimischen Viehwirtschaft in richtiger Weise anzuwenden.“

Recht charakteristisch ist, wie jüngst die „Kreuz-Zeitung“ in einem Leitartikel über „Handelsverträge und Vieheinfuhr“ diesen Gegenstand behandelte. Die zollpolitischen Beschränkungen, führt das Blatt aus, spielten keine entscheidende Rolle. Die entscheidende Beschränkung des Vieh- und Fleischimportes nach Deutschland beruht also auf den veterinärpolizeilichen Anordnungen des Kaisers, des Bundesrates, der Minister und — für Preußen — der Regierungspräsidenten; alle diese Anordnungen sind erlassen auf Grund der Viehseuchengesetze und haben mit den bestehenden Handelsverträgen nicht das geringste zu tun. Die landläufige Ansicht, als ob die neuen Handelsverträge in dieser Richtung Änderungen bringen würden, ist jedenfalls irrig, die Handelsverträge regeln die Zollbeziehungen der Vertragsländer, nicht aber, worauf es für den Viehimport zurzeit allein ankommt, die Maßnahmen der inneren Verwaltung über die Grenz-Seuchen-

bekämpfung, sie können also gar nicht Zugeständnisse für den russischen Viehexport machen, und so wenig man sonst etwas über den abgeschlossenen Handelsvertragsentwurf wissen kann, so steht jedenfalls fest, daß er über die Oeffnung der deutschen Grenzen durch Wölderung der jetzigen Sperrvorschriften nichts enthalten wird.“

Wenn aber, heißt es dann weiter, auch in dem Handelsvertrag selbst keine Erleichterung der Seuchen-Sperrmaßnahmen enthalten wären, so könnten doch nebenbei solche Vereinbarungen getroffen werden, z. B. durch Seuchenkonventionen. Auf diese müßte also geachtet werden. Allein in der Hand der Zentral-Verwaltungsbehörden liegt die Handhabung der Seuchenbekämpfung gegenüber dem Auslande, welche die Einfuhrmöglichkeiten maßgebend bestimmt; wie weit jene Behörden sie verschärfen oder mildern wollen, bestimmen sie allein nach pflichtmäßigem Ermessen und dem Parlament steht keinerlei rechtlicher Einfluß in dieser Richtung zu. Damit ist die Möglichkeit für die Regierung gegeben, wenn sie eine Wölderung der Grenzsperr für möglich hält, dem kontrahierenden Staat für den Fall des Abschlusses des Handelsvertrages in dieser Richtung Verpflichtungen zu machen und diese später durch entsprechende Anweisungen an die unteren Behörden in die Praxis umzusetzen, ohne daß sie vorher oder nachher über den Anlaß und die Berechtigung ihres Vorgehens formelle Mitteilung oder gar Rechenschaft zu geben verpflichtet wären.“

Die Ruhanwendung, daß, wenn es nicht auf die im Handelsvertrag festgesetzten Mindestzölle, sondern vor allem auf die Seuchenbekämpfung der Zentral-Verwaltungsbehörde ankommt, die letztere in entsprechender Weise zur Erfüllung ihrer „Pflicht“ angehalten werden müsse, fehlt vorläufig noch; sie wird sich wahrscheinlich erst später, wenn die neuen Handelsverträge dem Reichstage zugegangen sind, einstellen.

Damit ist nicht gesagt, daß die gesamte Rechte, Mann für Mann, für die Handelsverträge eintreten wird. Wenn die Mehrheit für die Verträge im Reichstage so groß ist, daß ein Teil der alleräußersten Rechten, ohne die Annahme der Verträge zu gefährden, sich den Zugeständnissen fügen kann, gegen sie zu stimmen, dann wird das wahrscheinlich geschehen — allein schon, um der Anhängerschaft im Lande zu demonstrieren, daß durch die Verträge nur ganz minimale „Berechtigungen“ der Landwirtschaft erfüllt würden und also eifrig weiter agitiert werden müsse.

Völkerrecht oder See-Zarismus.

Nach ist der englisch-russische Konflikt nicht beigelegt und schon laufen von allen Seiten Berichte ein über weitere Wahnsinnigkeiten der russischen Flotte. Der Helsingborger Dampfer „Aldebaran“ ist am Freitag abend durch ein russisches Kriegsschiff angegriffen und längere Zeit bombardiert worden. Es war nur einem Glückzufall zuzuschreiben, daß er keine Verletzungen davontrug. Der Kommandant und die Mannschaft dieses schwedischen Schiffes sind bereits auf Ersuchen der schwedischen Regierung verurteilt worden. Sie halten an ihrer Aussage fest, daß sie von dem allen Ansehen nach russischen Kriegsschiff mit Granaten beschossen worden seien. Die Mannschaft erklärt, sie habe die Granaten in der Luft und neben dem „Aldebaran“ explodieren sehen. Die Entfernung des russischen Kriegsschiffes von ihrem Fahrzeug habe eine halbe Seemeile betragen. Das russische Schiff habe die schwedische Flagge deutlich erkennen müssen.

Weiter wird aus Kopenhagen gemeldet, der Kapitän Wahlgreen des Schoners „Guayana“ aus Liverpool, der am Mittwoch in Alborg eingetroffen sei, habe am Freitag die russische Flotte an der Westküste Jütlands passiert. Eine Stunde später habe er einen großen sinkenden Dampfer wahrgenommen, der die russische Flagge gehißt hatte. Als er näher gekommen sei, sei der Dampfer gesunken. Allem Anschein nach habe es sich um einen Dampfer gehandelt, der von den Russen in den Grund gebohrt worden sei.

Weiter berichtet der Kapitän des in Stavanger beheimateten Dampfers „Slaatoe“, sein Schiff sei im Kanal am Sonntag (!) von einem russischen Kriegsschiff beschossen worden. Das Schiffchen habe erst ausgehört, als der Dampfer die norwegische Flagge gehißt habe. Unmittelbar darauf sei eine weitere Anzahl von Kriegsschiffen vorbei passiert.

Schließlich wurde gestern abend aus Geestemünde berichtet, daß auch ein deutscher Fischdampfer namens „Sonntag“ am 21. Oktober an der jütländischen Westküste von einem russischen Kriegsschiff beschossen worden sei. Diese Nachricht des „Bureau Herald“ erfuhr in der heutigen Morgennummer des „Berliner Lokalanzeiger“ folgende ausführliche Bestätigung:

Geestemünde, 27. Oktober. Der heute hier eingetroffene hiesige Fischdampfer „Sonntag“ ist von der russischen Flotte zweieinhalb Stunden bei der Doggerbank beschossen, aber nicht getroffen worden. Der Schiffsführer, Kapitän Hänel, teilt hierüber folgendes mit: Wir befanden uns am 21. Oktober bei den Hornsdriff-Fischgründen an der jütländischen Westküste. Vormittags passierten fünf russische große Schiffe, abends neun weitere. Nördlich von uns befand sich ein großer Frachtdampfer. Um 8 1/2 Uhr wurden wir durch Scheinwerfer beleuchtet; gleich darauf fielen die ersten Granaten in unserer Nähe. Das russische Schiff feuerte nach allen Seiten, bis 80 Schiffe in der Minute. Gegen 9 1/2 Uhr kam der Frachtdampfer in unsere Nähe und lenkte das Feuer auf sich. Beim Licht des Scheinwerfers konnten wir das Ausschlagen der Granaten dicht bei diesem Dampfer beobachten, sahen dann südlich einen zweiten Scheinwerfer und in der Nähe des und beschießenden Schiffes Granaten ausschlagen. Wir blieben unbeschädigt. Nach 11 Uhr kamen keine Granaten mehr.“

Diese so bestimmt gefasste Meldung des „Lokal-Anzeigers“ hat bis jetzt keine offizielle Bestätigung erfahren. Sie wird aber auch in der bürgerlichen Presse, so weit wir das im Augenblick übersehen können, überhaupt nicht erwähnt! Selbst der „Lokal-Anzeiger“ kommt in seiner heutigen Abendausgabe auf seine so sensationelle Meldung mit keinem Worte zurück, obgleich die Frage der Satisfaktion gegenüber dem Reich für ein solches Vergehen doch eigentlich wichtiger ist als die Frage der Satisfaktion, die Russland England zu geben hat. Wäre aber die Meldung aus Gesteinmünde irrtümlich gewesen, so wäre es unbedingt Pflicht des „Lokal-Anzeigers“ gewesen, seine Meldung zu rektifizieren. Zudem wäre höchst wahrscheinlich auch von der Regierung dem „Lokal-Anzeiger“ bei seinen offiziellen Beziehungen der Wunsch geäußert worden, diese irrtümliche Meldung zu widerrufen. Da nichts von alledem geschehen ist, birgt die Meldung aus Gesteinmünde für uns einwöchentlich noch ein Rätsel. Ober sollte etwa die deutsche Regierung den Wunsch geäußert haben, auf den ihr unbehaglichen Konfliktfall überhaupt nicht einzugehen? Das wäre dem doch für eine Macht, die stets so leidenschaftlich und schneidig mit der gepanzerten Faust doreingefahren, wenn ihr von einem Zwergleinchen, wie Venezuela oder Haiti eine Kränkung widerfuhr, ein Verhalten, das anerkennend jeder Kritik läge!

Über sehen wir selbst von dem Gesteinmünder Fall ab, berüchtlichen wir nur die außer der Beschlebung der englischen Flotte noch vorliegenden drei Fälle von Beschlebung harmloser Friedensfahrzeuge durch die russische Flotte, so erfährt dadurch doch das Bild von dem Vorgehen der Russen auf ihrer Fahrt durch die Nordsee eine außerordentliche Verschärfung. Selbst angenommen, bei der Beschlebung der englischen Fischerfahrzeuge habe es sich wirklich um ein groteskes Mißverständnis gehandelt, so gibt es absolet keine Entschuldigungsgründe für das Bombardement der übrigen drei Fahrzeuge. Es sieht dann eben fest, daß die russische Flotte mit einer barbarischen Unverschämtheit vorgegangen ist, die vergeblich übertrieben wird. Der russische Admiral hat ja geäußert, daß er schon bei seiner Ausfahrt erklärt habe, daß er rücksichtslos gegen jedes Schiff, das sich seiner Flotte nähern werde, feuern lassen werde. Diese Erklärung ist von den Kommandeuren der einzelnen Schiffe in wörtlicher Sprache aufgeführt worden. Man hat einfach auf jedes Schiff blindlings geschossen, das den Kurs der russischen Schiffe kreuzte, selbst wenn es noch viele hundert Meter entfernt war. Die russischen Barbaren, die sich ja in Russland jede Gewaltwidrigkeit strafflos leisten können, haben eben in den fremden Meeren genau so gehandelt, wie sie in ihrer Heimat zu handeln gewohnt sind. Sie haben das Faustrecht für die einzige Norm ihres Handelns angesehen. Sie haben jedes Fahrzeug in den Grund zu bohren versucht, das ihnen vor die Kanonenmündungen kam. Wenn die Menschopfer nicht so große gewesen sind, wie sie bei dem aberwitzigen Vorgehen der Russen hätten sein können, so liegt das durchaus nicht an dem guten Willen der Russen.

Selbst wenn wir den Fall der Beschlebung der englischen Fischerboote speziell betrachten, so kann es keinerlei Entschuldigung für die russische Verbrennerart geben. Der Admiral Roschdestwensky hat zwar in seinem amtlichen Bericht das ungeheuerliche Märchen erzählt, daß sich zwischen den englischen Fischerbooten zwei Torpedoboote bewegt hätten. Eins dieser Torpedoboote sei von den Russen in den Grund geschossen worden. Ein anderes sei nur beschädigt worden. Dieses beschädigte Boot habe sich bis zu dem anderen Morgen auf dem Schauplatz des Ereignisses aufgehalten. Dieses Torpedoboot sei dann von den englischen Fischerbooten gesichtet und für ein russisches Kriegsfahrzeug gehalten worden. Werthlosdigertweise hat aber außer den Augen der jedenfalls bezechten Russen kein Mensch etwas von diesen mysteriösen Torpedobootten gesehen. Das Märchen ist um so aberwitziger, als die Anwesenheit von japanischen Torpedobootten in der Nordsee längst hätte bemerkt werden müssen. Auch kann Roschdestwensky doch wohl im Ernst nicht behaupten wollen, daß diese Torpedoboote von England japanischen Mannschaften zur Verfügung gestellt worden sein sollten! Die ganze Geschichte ist so tollhändlerisch erfunden, wie das Vorgehen der Russen tollhändlerisch war. Hinzu kommt noch, daß der russische Admiral dieses Märchen erst ausgedacht hat, nachdem die näheren Meldungen der englischen Presse vorlagen. Alles deutet offensichtlich darauf hin, daß Roschdestwensky seine abenteuerliche Geschichte nach den englischen Angaben zusammengefaßt hat!

Die unglaubliche Rücksichtslosigkeit des russischen Admirals und der übrigen russischen Seeoffiziere wird auch dadurch charakterisiert, daß man nach geschehenem Massaker ruhig in den russischen Hafen einließ und ihn wieder verließ, ohne die geringste Mitteilung von dem Vorgange zu machen, ja, daß Roschdestwensky nicht einmal nach Petersburg irgend eine Nachricht geschickt haben soll! Ebensovienig ist es den Herren eingefallen, über die Beschlebung des Dampfers „Adebaran“ und der übrigen Schiffe irgend eine Meldung zu machen!

Schon der Fall mit der englischen Fischerflotte hätte den Konflikt zu einer internationalen Frage machen müssen, waren doch alle Nationen gleichermaßen daran interessiert, daß den Russen ihr Mißbräutigandwerk, das die Fahrzeuge aller Nationen bedrohte, so rasch und so gründlich wie möglich gelegt würde! Nachdem aber die übrigen Fälle noch hinzugelommen sind, nachdem mehrere schwedische, ein unbelanntes und aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein deutsches Fahrzeug von den russischen Schiffen bombardiert worden sind, bedeutet es die größtmögliche Mißachtung des Völkerrichts, daß nicht sofort alle, auch die unbeteiligten Staaten, gegen das Vorgehen der Russen gemeinschaftlichen Protest erhoben, resp. den Protest Englands zu ihrem eigenen machten!

Was hat das Völkerrrecht überhaupt für einen Sinn, wenn es einer Macht einfallen kann, einfach auf alle seine Bestimmungen zu pfeifen, sich in der größtmöglichen Weise zu verhalten, ohne vor das internationale Forum gezogen zu werden? Was speziell Deutschland anlangt, so muß mit dem größten Nachdruck gefordert werden, daß Deutschland erstens zu der allgemeinen Verlegung des Völkerrichts schleunigst Stellung nimmt und daß es zweitens sofortige Aufklärung über den aus Gesteinmünde gemeldeten Fall erteilt. Jedes Schweigen muß den Eindruck erwecken, als ob Deutschland den unsäglich entwürdigenden Mißhandlungen noch einen neuesten, allerhöchstmöglichen hinzusetzen wollte. Einerseits, wie Graf Wilton und seine Leute über das Völkerrrecht und nationale Würde denken mögen, das deutsche Volk hat zu verlangen, daß die Regierung sich nicht länger der Verachtung anderer Nationen preisgibt!

Wie England sich mit der russischen Unverschämtheit abfinden wird, ist noch nicht deutlich zu erkennen. Die englische Presse fordert noch wie vor nachdrücklichstes Vorgehen gegen Russland. Die englischen Diplomaten äußern sich allerdings noch zurückhaltend über die Lage. Sie erklären, daß sie die pessimistische Auffassung nicht teilen, daß sie der festen Zuversicht wären, daß Russland den Forderungen der englischen Regierung vollständig entsprechen würde. Gleichzeitig aber hat England alle Vorbereitungen getroffen, um sich eventuell mit bewaffneter Hand Genugung zu verschaffen. Das Kanalgeschwader und das Mittelmeergeschwader sind zusammengezogen, um die Weiterfahrt der russischen Schiffe zu verhindern, sofern Russland nicht noch in letzter Stunde zur Einsicht kommt. Recht ungläubig klingt die Meldung, daß die englische Regierung davon Absicht genommen habe, daß der Verantwortliche für all die Schandthaten, der Admiral Roschdestwensky, zurückgerufen

werde. Ginge England von dieser Forderung ab, so hätte die russische Regierung unbedingt einen Triumph erreicht, der größer nicht sein könnte, denn die Entschädigungen der Hinterbliebenen und der Verwundeten könnten als Genugung gar nicht in Frage kommen, und auch das Versprechen, künftige Handeltschiffen kein Leids zuzufügen, könnte die geschehene That nicht ungeschehen machen.

Noch unwahrscheinlicher aber dünkt uns die Petersburger Meldung, daß die englische Regierung den Vorschlag gemacht habe, den Zwischenfall einem Schiedsgericht gemäß den Haager Bestimmungen zu unterbreiten. Würde sich England wirklich auf eine solche Verschleppung des Falles einlassen, so hätte es unstrittig an Prestige unendlich verloren. Wir zweifeln nicht daran, daß England sich vollständige Genugung verschaffen könnte, wenn es nur Russland seinen unbegleitbaren Willen zeigt. Es brauchte durchaus nicht das baltische Geschwader in den Grund zu bohren. Schon die ersten schwarzen Schiffe würden Russland zur Nachgiebigkeit zwingen. England brauchte auch nicht die geringste Angst vor einer kriegerischen Intervention Frankreichs zu haben. Frankreich würde sich trotz des kriegerischen Befehls seiner nationalistischen Presse sehr hüten, seine Kriegsschiffe zugunsten Russlands eingreifen zu lassen. England würde ohne Zweifel so rasch mit den russischen Schiffen fertig werden, daß das Eingreifen der französischen Schiffe an dem Siege Englands nichts mehr ändern könnte. England hat jetzt die beste Gelegenheit, zu zeigen, ob es wirklich auch mit einer Großmacht anzubinden magt. Oder ob es gleich anderen Staaten auch nur dem Heldenmut besitzt, gegen winzige Kleinstaatchen bramarbasierend vom Leder zu ziehen?!

Der ganze Vorgang wird außerordentlich belehrend sein für die Frage, ob das Völkerrrecht denn überhaupt noch irgend welchen Wert hat. Der ganze bisherige Verlauf des Krieges war ja dazu angeht, die schwersten Zweifel in dieser Beziehung zu erwecken. Russland hat sich bisher schon die schwersten Ueberriffe gestatten dürfen. Auch die übrigen Staaten haben durch ihre völkerrechtswidrige Unterstützung der einen oder der anderen kriegführenden Partei bewiesen, daß das Völkerrrecht nur auf dem Papier steht. Inmerhin handelte es sich hierbei noch um Vorgänge von geringerer Tragweite. Die Seeräuberthaten der russischen Offiziere dagegen bedeuten einen so frechen und schweren Verstoß gegen das Völkerrrecht, wie er unmöglich ohne ausreichende Sühne geduldet werden kann, sofern nicht das Völkerrrecht überhaupt völlig in Frage gestellt werden soll.

Die bürgerlichen Friedenspropagandisten glaubten annehmen zu dürfen, daß der Zustand des Völkerrichts in den Beziehungen der Nationen mehr und mehr verschwinde und daß an die Stelle der brutalen Gewalt allmählich ein sich immer mehr verfeinernder Rechtszustand in den Beziehungen der Nationen untereinander herausbilden werde. Vermag Russland ohne schwerste Sühne Gewaltthaten auszuführen, wie sie in der Nordsee gegenüber den verschiedensten Nationen begangen worden sind, so ist das die schlagendste Widerlegung der Auffassung der Friedensfreunde, die sich denken läßt. Es gibt dann eben überhaupt kein Recht mehr zwischen den Nationen, sondern lediglich das Faustrecht entscheidet. Alle Barbarei einer beliebigen Macht ist zulässig, sofern hinter dieser Barbarei nur eine gewisse robuste Kraft steckt.

Man wird sehen, ob das Recht oder die brutale Barbarei den Sieg davontragen!

Ein deutscher Marine-Offizier über die russische Amok-Flotte.

In den „Berliner Neuzeit Nachrichten“ lesen wir: „Ein marinesachverständiger Mitarbeiter schreibt uns: „Admiral Roschdestwensky hat es mehr als einmal für notwendig gehalten, zu erklären, daß er gegen jedes Schiff während seiner Reise vorgehe, das sich seinem Geschwader nähern sollte. Schon dieser Ausspruch zeigt, daß der russische Flottenführer zum mindesten einen „wunderbaren“ Begriff von den Rechten hat, die ihm seine Stellung einräumt. Es gibt keine internationale Bestimmung, die einem Schiffe der Handelsmarine verbietet, sich einem Kriegsschiff in See bis auf eine gewisse Entfernung zu nähern. Denn eine solche läßt sich überhaupt nicht aufstellen, da die Witterungsverhältnisse, die jeweiligen Situationen und Wandel in See, die engeren Durchfahrtsstraßen (Sund, Welt, Kanal usw.) derartige Bestimmungen einfach launisch machen würden. Kein Geschwaderchef oder Kriegsschiffskommandant kann einem Handelsschiff vorschreiben, in welcher Entfernung es sich von Kriegsschiffen beim Passieren zu halten hat. So dürfte es auch dem Admiral Roschdestwensky, der doch zweifellos eine recht lange Seefahrtszeit hinter sich hat, nicht etwas Neues sein, daß Handelsschiffe ihren Kurs manchmal mitten durch ein Geschwader nehmen. (Schreiber dieser Zeilen hat diese Beobachtung von Bord des deutschen Geschwaders sogar zur Nachtzeit und zwar gerade in russischen Gewässern mehrfach gemacht, ohne daß man Anstoß an einem derartigen Verhalten genommen hätte.) Allerdings ist es in solchen Fällen Sache eines gut ausgebildeten Geschwaderpersonals, daß keine Unklarheiten zu bezeichnen sind. Ja, eine Courttoisie der Kriegsschiffe ist es in solchen Fällen, einem Handelsschiff die Passage zu erleichtern, da die schwerfälligen Kaufschiffe mit ihrem kleinen Personal nicht so manövrierfähig sind, wie die Kriegsschiffe mit ihren nach Hunderten zählenden Köpfen von Besatzungen.“

Die ganze Situation hätte es dem russischen Admiral gerade in Anbetracht der bekannten Fischerereigründe sofort klar machen müssen, daß man es mit einer Fischerflotte zu tun hat. Bei dem plötzlichen Auftauchen des russischen Geschwaders aus dem Nebel war es für die Fischerfahrzeuge überdies ein Ding der Unmöglichkeit, sofort die Flagge zu zeigen — speziell zur Nachtzeit —; denn diese kleinen Fahrzeuge sind bei der geringen Besatzung von wenigen Leuten mit Gerätschaften ihres Gewerbes belastet. Die englischen Fischer machten daher verständigerweise Signale mit Lichtern, die man in der russischen, überbügten Phantasie für feindliche Signale zu Evolutionen hielt. Welch hohen Grad die nervöse Phantasie — ja, man kann nur von Bifonen sprechen — an Bord der russischen Schiffe spielt, beweisen die jetzigen Ausfälle dieser Seefahrer. Man sah in der Einbildung auf den Fischerfahrzeugs Geschütze und Torpedolanzierrohre — und in Wahrheit waren es Teile der hereinengelommenen Takelage oder Fischerereigeräte. Und Tausende von Augen an Bord der Russen standen zur Verfügung, und nicht eines gewohnten Joches. Man kann sich denken, in welchem Zustande der Nervosität diese Kriegsschiffs-Befehlungen die Reise weiter fortsetzen werden. Und daher bildet das russische Geschwader, das den Beweis erbracht hat, daß ihm jede Schulung, jede Disziplin und jede Führung fehlt, unbedingt eine große Gefahr für die gesamte internationale Schifffahrt auf der weiteren Reise.

Und Sache der Mächte im Interesse der internationalen Schifffahrt dürfte es sein, einem derartigen Geschwader das Handwerk zu legen, um sorgfältig erneute Feßgriffe desselben in Schach zu halten.

Jede Erklärung oder Entschuldigung, die bisher Admiral Roschdestwensky abgegeben hat, befaßt die Geschwaderführung nur noch mehr und stellt ihr ein „Augenbedes Zeugnis der Unfähigkeit aus.“

Die Beschlebung des deutschen Fischereidampfers bestätigt sich!

Geestmünde, 28. Oktober. (B. Z. B.) Die in einigen Blättern wiedergegebenen Mitteilungen des Kapitäns Hähnel, daß der Fischdampfer „Sonntag“ von der russischen Flotte bei den Hornriffen Fischgründen am 21. d. Mts. beschossen worden aber unbeschädigt geblieben sei, sind gestern auch vor dem Hafenmeister, der zuständigen Behörde, gemacht worden und werden in ausführlicher Form der Regierung vorgelegt werden.

Die deutsche Regierung nimmt sich ungeheuer viel Zeit, um auch nur die Tatsache dieses frechen Außenstreiches festzustellen. Wenn sie in dem gleichen Schwindigkeit die Sache weiterverfolgt, wird sie lange Zeit brauchen, um mit einer Sühneforderung an Russland heranzutreten!

Wir Deutschen fürchten Gott und den Zaren!

Der erste Schritt des russischen Rückzugs.

London, 28. Oktober. „Reuters Bureau“ erfährt: Die britische und die russische Regierung haben ihre Bereitwilligkeit kundgegeben, im Prinzip den Vorschlag anzunehmen, daß die strittigen Punkte betreffend den Vorfall auf der Doggerbank einer Untersuchungskommission überwiesen werden und die russischen Schiffe unterdessen in Vigo verbleiben. In betreff der Einzelheiten ist noch nichts festgesetzt und festgelegt worden, jedoch dürften die Artikel 9, 10 und 32 der Haager Konvention eine befriedigende Grundlage für das einzuschlagende Verfahren bieten. Dieser Vorschlag ist nicht von der britischen Regierung ausgegangen.

Russland scheint nun endlich doch den Ernst der Situation eingesehen zu haben: es weicht zurück!

Die baltische Flotte wird nicht eher weiterfahren, bis der Konflikt beigelegt ist!

Freilich hat Russland durch dies vorläufige Kompromiß einwillen nur eine kurze Gnadenfrist gewonnen. Es wird völlige Sühne geben müssen, wenn es seine Flotte weiter fahren lassen will. Die englische Diplomatie dürfte total unfähig sein, wenn sie jetzt, wo auch Schweden und Deutschland auf seine Seite zu treten gezwungen sind, nicht mit aller Energie auftreten würde!

Interessant wird die Rolle sein, die Deutschland in dem Konflikt spielen wird!

Frankfurt a. M., 28. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Montreal: Das Pacific- und das Atlantische Geschwader in Esquimaux und Halifax haben Befehl erhalten, Kriegsbereit zu sein.

London, 28. Oktober. Sämtliche Morgenblätter stimmen darin überein, daß die Lage außerst bedrohlich geworden sei; es fehlt aber auch nicht an solchen, die zur Ruhe mahnen und noch hoffen, daß der Friede erhalten bleibe, aber auch diese halten die Lage für außerordentlich ernst.

London, 28. Oktober. Der „Standard“ meldet aus Cardiff vom gestrigen Tage: Hier ist eine auffallende Tätigkeit bemerkbar. Es sind große Kohlenaufrüge von der englischen Admiralität eingelaufen, besonders für Gibraltar. Bereits beladene Schiffe wurden aufgelastet, zwei Kohlenfahrzeuge, die nach London unterwegs waren, wurden bei Gravesend aufgehalten und fuhrten dann unter Vollampf die Themse abwärts.

Dasselbe Blatt meldet aus Vigo vom gestrigen Tage mitternacht: Ein Teil der russischen Flotte hat die Fahrt fortgesetzt; Admiral Roschdestwensky teilte den Behörden mit, daß er mit dem Rest der Flotte nach Tanger abfahren werde.

„Daily Telegraph“ meint, daß es für den Kaiser von Russland nicht erniedrigend sein könne, wenn er sich der übereinstimmenden Ansicht Europas anschließe, daß das Prestige nicht verloren gehe durch einen Fehler, der sich wieder gut machen lasse. Das Blatt schreibt weiter, es sei nur die erste Gefahr vorhanden, daß die russische Regierung sich über die Ernsthaftigkeit, mit der England die Angelegenheit handle, täusche. Das Land habe sich niemals in einer so schweren Lage befunden, wie jetzt. Noch drohender äußert sich „Daily Graphic“. Das Blatt sagt, die Geduld der Nation sei aufs äußerste gespannt; in dieser Tatsache selbst liege ein schweres Ultimatum, dementsprechend sich auch die Regierung zu handeln gezwungen sehen werde, wenn sie heute zum Kabinettsrat zusammentrete. — „Morning Post“ schreibt, die Angelegenheit dürfe keine Verzögerung. Die baltische Flotte befinde sich im Anlaufzustande und müsse, wenn man eine Untersuchung durchführen wolle, angehalten werden. Am einfachsten wäre es, wenn die Flotte bis zum Abschluß der Untersuchung in einen russischen Hafen zurückkehre. Die russische Regierung solle sich bereit erklären, die schuldigen Offiziere zu kassieren, wenn bewiesen werde, daß kein japanisches Torpedoboot zur Stelle war. Man könne die japanische Regierung auffordern, diese Frage zu beantworten. Das Blatt hofft, es werde sich herausstellen, daß die englische Regierung furchtlos ihr Recht vertreten habe.

Neuer Sturm auf Port Arthur.

Tokio, 28. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach hier eingegangenen, amtlich allerdings noch nicht bestätigten Meldungen eröffneten die Japaner am Morgen des 26. Oktober einen allgemeinen Angriff auf die Kitwansforts von Port Arthur und brachten die russischen Batterien zum Schweigen. Eine Granate sprengte ein russisches Magazin in die Luft. Gleichzeitig griffen die Japaner die Forts auf dem Erung und dem Sungtschu an, brachten die russischen Batterien zum Schweigen und eskrimten und besetzten die Forts vor dem Erung und dem Sungtschu. In der Nacht zum 27. Oktober stand Mt. Port Arthur in Flammen. Am 27. traf eine Granate das russische Schlachtschiff Sewastopol. Ein anderer russischer Dampfer wurde von zwei Granaten getroffen und sank.

Zur Lage bei Mufden.

Petersburg, 28. Oktober. Der „Wirshewija Wjedomosti“ wird heute aus Mufden telegraphiert: Gestern feuerte die japanische Artillerie den ganzen Tag über. Man erwartete einen ersten Kampf, der jedoch ausblieb. Die Japaner beobachteten die Russen von vorgeschobenen Stellungen aus. Die russischen Abteilungen stehen kampfbereit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Oktober.

Das Wahlrecht gegen die Bevölkerungszunahme.

Der preussische Landtag will sich, wenn er sich auch Zeit läßt, demnächst mit dem stets wiederkehrenden Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise beschäftigen, dem diesmal die Freikonservativen einen solchen wenigstens auf Teilung einiger Meinenwahlkreise unter bestimmten Vorbehalten angereicht haben. Die Unhaltbarkeit der Zustände in diesen hat die vorjährige Beteiligung der Sozialdemokratie auch dem blödesten Auge klargemacht.

Die Wahlkreiseinteilung beruht in den alten preussischen Provinzen auf der Volkszählung von 1858; vergleichen wir einmal für einige Wahlkreise die Ergebnisse der Zählung von 1858 mit der letzten von 1900.

Berlin hatte 1858 nur 488 688 Einwohner, 1900 zählte man 1 688 326; die Bevölkerung hatte sich fast vervierfacht, die Zahl von Abgeordneten blieb ungeändert. Die entsprechenden Zahlen sind für den Kreis Oberbarnim 63 119 und 92 079, Niederbarnim 71 481 und 292 970, so daß die

Bevölkerung des gesamten Wahlkreises von 134 600 auf 885 055, also fast das Dreifache stieg — er wählt nach wie vor drei Abgeordnete.

Noch interessanter sind die Zahlen für Posen-Storkow: in den Statistiken von 1858 und 1900 ergeben sich für den Kreis Weeslow-Storkow 40 462 und 44 596, für Teltow 76 934 und 208 203 Einwohner; dazu kommen aber im Jahre 1900 noch die nummernreichen Stadtkreise Charlottenburg mit 180 290, Schöneberg mit 98 059 und Niddorf mit 90 421 Einwohnern; der ganze Wahlkreis stieg also von 117 396 Einwohnern im Jahre 1858 auf 885 569 Einwohner im Jahre 1900; trotzdem sich keine Einwohnerzahl fast verdreifacht hat, begnügt er sich nach wie vor mit 2 Abgeordneten.

Wunderbar ist es in den Industriebezirken zugegangen; den Wahlkreis Preußen bildete ursprünglich nur der Kreis Preußen mit 134 316 Einwohnern; der alte Kreis Preußen mußte aber der Entwicklung folgend in verteilungstechnischer Beziehung mehrfach geteilt werden; auf seinem vormaligen Gebiet finden wir im Jahre 1900 außer dem neuen Landkreis Preußen mit 137 808 Einwohnern, den Stadtkreis Preußen (31 409 Einwohner), den Kreis Arnswald (62 245), den Stadtkreis Königshütte (57 875), Kreis Jarze (115 748), Stadtkreis Rattowitz (31 745), Landkreis Rattowitz 151 563. Der Landtags-Wahlkreis Preußen nahm also von 134 316 auf 608 391 Einwohner zu; die Zahl seiner Vertreter blieb 2! Der Landtags-Wahlkreis Essen- Duisburg bildeten ursprünglich die alten Kreise Essen mit 70 921 und Duisburg mit 92 605 Einwohnern; verteilungstechnisch ist er jetzt folgendermaßen aufgeteilt: Landkreis Essen (283 980), Stadtkreis Essen (118 863), Stadtkreis Duisburg (92 729), Kreis Mülheim a. Ruhr (150 980), Kreis Ruhrort (146 210); die Einwohnerzahl ist von 163 626 auf 792 721 gestiegen — ihn vertreten (was man so in Preußen vertreten nennt) nach wie vor drei Abgeordnete. Ähnlich sieht es um den Kreis Bochum-Dortmund; 1856 setzte er sich zusammen aus Kreis Bochum (75 949), Stadt Dortmund (22 115) und Landkreis Dortmund (80 428), im ganzen 158 492 Einwohner zählend. Heute zeigt er sich in verteilungstechnischer Richtung eingeteilt in den Stadtkreis Bochum (65 554), Landkreis Bochum (160 843), Stadtkreis Dortmund (142 418), Landkreis Dortmund (147 990), Kreis Hörde (115 807), Stadtkreis Witten (33 514), Stadtkreis Gelsenkirchen (36 937), Landkreis Gelsenkirchen (188 052), Kreis Hattingen (79 882). Im Jahre 1900 betrug mithin seine Gesamt-Einwohnerzahl 970 967; sie hat sich seit der Wahlkreis-Einteilung mehr als verdreifacht — die Zahl der Abgeordneten ist unverändert drei geblieben. Vielleicht ist es demgegenüber ein Trost, daß auch die rückständigsten Kreise ihre ursprüngliche Vertreterzahl bewahrt haben, so Rangard-Regenwalde, die unter treuer junkerlicher Verwaltung in mehr als vierzig-jähriger Entwicklung ihre Einwohnerzahl von 100 035 im Jahre 1858 auf 97 606 im Jahre 1900 herabgemindert haben — zwei Abgeordnete vertreten nach wie vor diese Kreise. Oder ein anderes Bild: Während in Teltow-Weeslow auf mehr als 340 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen ist, entfällt ein solcher in einem anderen zubeläufigen pommerischen Wahlkreis, Greifenberg-Ramin bereits auf weniger als 40 000 Einwohner!

Es ist eine ganz eigenartige Bourgeoisie, die unter einer so eigenartigen Verteilung der Rechte zwischen agrarischen und industriellen Gegenden nicht in die schärfste Opposition gegen die Herrschenden tritt. Dieser Gesichtspunkt kann — namentlich auch den auswärtigen Genossen gegenüber — nicht häufig genug hervorgehoben werden, um unsere politische Lage in Preußen-Deutschland klar erkennen zu lassen. Das preussische Wahlrecht, das politisch hinter der großen französischen Revolution zurückbleibt, schlägt einfach die Bevölkerungszunahme eines halben Jahrhunderts tot, rötet die ungeheure industrielle Entwicklung des Staates politisch aus und erhebt den Vormarsch zur ewigen Normalzeit unserer Geschichte.

Preußen fünfzig Jahre hinter Deutschland, Deutschland ein Jahrhundert hinter der Welt zurück! —

Angelobliche bäuerliche Schuldenlastung.

Zu den Anforderungen, welche die ostelbischen Junker an den christlichen Staat stellen, gehört auch die, daß er sie mit seinen Mitteln, ohne in ihr junkerliches Verfügungsrecht tiefer einzugreifen, von ihren Grundschulden entlaste. Vor zwei Jahren hatte dem auch bekanntlich Minister v. Boddelski ein recht kurioses Grundschuldenablösungs-Projekt ausgebreitet, das aber damals bei den Landbühlern auf Widerstand stieß, da es nach ihrer Ansicht ihr Recht auf das Pumpen allzu sehr einschränkte. Es sollten deshalb damals, wie es offiziös hieß, erst nähere Erhebungen veranstaltet werden. Jetzt scheinen diese Erhebungen so weit gediehen zu sein, daß man an die Verwirklichung des Planes gehen zu können meint, denn die Schweinburgerischen „Berliner Politischen Nachrichten“ veröffentlichen eine längere offiziöse Notiz, in der es heißt:

„Unter den Schwierigkeiten, die zurzeit dem Bauernstande und seiner kräftigen Entwicklung entgegenstehen, nimmt die vergleichsweise hohe Verschuldung eine der ersten Stellen ein. Insbesondere drücken naturgemäß die zunehmende beim Ankauf oder bei der Erbreitung erwachsenen Schulden, die über diejenige Verzinsungsgrenze hinausgehen, bei der noch Geld aus öffentlichen Instituten zu mäßigen Zinsen zu haben ist, und die Entlastung des bäuerlichen Vermögens von solchen Schulden ist längst als eines der wirksamsten Mittel zur Hebung und Förderung unseres Bauernstandes allgemein anerkannt.“

Ferner ist es klar, daß, wenn der Staat gemäß seinem lebhaften Interesse für die Erhaltung des Bauernstandes auch seinerseits an einer solchen Hilfsaktion mitwirken kann und mitwirken muß, er doch dazu nicht in erster Linie berufen ist, sondern daß zunächst die provinziellen öffentlichen Körperschaften ihre Hand dazu bieten müssen, und daß der Staat erst in zweiter Linie und in begrenzter, übersehbarer Verpflichtung an der Hilfsaktion sich beteiligen kann. Bevor in diesem daran gegangen werden konnte, solche Grundstücke in die Tat umzusetzen, war es erforderlich, zunächst den Umfang der Verschuldung der bäuerlichen Besitzungen und insbesondere die Höhe derjenigen Schulden, die gegebenenfalls für die Entschuldung in Frage kommen können, genau kennen zu lernen. Die demzufolge veranstalteten Erhebungen sind nunmehr für einige Provinzen zum Abschluß gelangt. Die Staatsregierung ist auf Grund der Erhebungsergebnisse zu der Auffassung gekommen, daß es sich empfiehlt, ohne den Abschluß der Ermittlungen für die übrigen Provinzen abzuwarten, schon jetzt an die Lösung der großen Aufgabe heranzutreten. Es wird daher der Versuch unternommen werden, unter finanzieller Mitwirkung des Staates die nötigen provinziellen Einrichtungen zu treffen, um den Bauern unter billigen Bedingungen die Ablosung der sie am schwersten belastenden Schulden zu ermöglichen, und es dürfte voraussichtlich schon der nächstjährige Etat die Gelegenheit bieten, sich mit dieser Frage im Landtage zu befassen.“

Das Boddelskische Projekt bezweckte die Schuldenlastung des ostelbischen Großgrundbesitzes; jetzt soll es sich nach der Angabe der „Polit. Nachrichten“ um eine Entlastung des „bäuerlichen Vermögens“ handeln. Vielleicht entpuppen sich jedoch später, wenn erst die Vorlage bekannt wird, diese „Bauern“ als echte ostelbische Junker. Wenn man sich den Kampf um den Rhein-Weise-Kanal ansieht, liegt die Vermutung recht nahe, daß mit dieser „Entschuldung“ dem ostelbischen Großgrundbesitz eine Kompensation für seine Zustimmung zum Kanalbau geboten werden soll. Die „einigen Provinzen“, für

welche die Erhebungen zum Abschluß gelangt sind, werden deshalb auch wohl rechts der Elbe liegen.

Deutsches Reich.

Die Anstufung von Desertereuren.

Die Ballin-Praxis gegenüber den russischen Auswanderern soll „gemildert“ sein; niemand soll mehr gezwungen sein, an die deutschen Heereisen Lösegeld zu zahlen, bei Gefahr der Rücklieferung an Rußland. Es bleibe einstweilen dahingestellt, ob die Ankündigung den Tatsachen entspricht.

Kunmehr aber entsteht die Frage nach der Polizeipraxis. Gerade jetzt stehen militärpflichtige Russen in großer Anzahl. Nach einer Korrespondenz sind allein infolge der Mobilisierung des Warschauer Militärbezirks 2000 Desertereure nach Deutschland gekommen, allein 1200 Mann, zum Teil mit Frau und Kindern, nach der Stadt Gollub.

Die Polizeiverwaltung des Ortes hat den Flüchtlingen nun eröffnet, daß sie binnen 48 Stunden die Stadt zu verlassen hätten, widrigenfalls sie mit Gewalt über die Grenze zurückschickert werden würden. Die meisten der Flüchtlinge sind mit Geld versehen und gedenken, nach Amerika auszuwandern. Vielen Kranken mußte im Hospital Unterkunft gewährt werden.

Dieselbe Korrespondenz berichtet, es seien auf Veranlassung des Ministers des Innern die Polizeibehörden der Grenzorte angewiesen worden, den nach Deutschland entwichenen Desertereuren eine Frist zu stellen, innerhalb welcher der jeweilige Aufenthaltsort zu verlassen ist. Im Weigerungsfalle soll der zwingende Rücktransport erfolgen.

Die Frage der Desertereure ist eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerrichts und der Zivilisation, sie ist überdies in Kriegszustand eine Frage der Neutralität. Rücklieferung von Desertereuren ist Neutralitätsbruch. Es geht nicht an, diese Angelegenheit auf dem Scheinwege der Polizeibürokratie zu erledigen; die Öffentlichkeit der ganzen Welt hat das dringende Interesse, zu erfahren, wie Preußen die russischen Militärflüchtlinge behandelt. Der preussische Polizeiminister hat also die Pflicht, seine Anordnungen unverzüglich zu veröffentlichen. Die Inhabung der der genannten Korrespondenz ist nicht sonderlich beunruhigend. Ein zivilisierter Staat darf Desertereure unter keinen Umständen ausliefern, natürlich auch nicht in der Form der Ausweisung, und ein neutraler Staat auch nicht.

Die bezagte Kanalobstruktion. Mit dem ihm eigenen trockenen und groben Humor führt das preussische Junkertum die Kanalobstruktion fort. Die Regierung hatte, um den Kanal unter Dach und Fach zu bringen, das Abgeordnetenhause lediglich vertagt und zu ungewöhnlich früher Zeit wieder beginnen lassen.

Das Abgeordnetenhause hatte seinen Grund, dagegen zu sein, daß es schon von der Mitte Oktober vom Staate Diäten erhält. Zunächst legte es acht Tage die Plenaritzungen aus, um der Kanal-Kommission Zeit zur Arbeit zu verschaffen. Dann trat das Haus zwei ganze Tage zusammen, um sich sofort wieder für eine Woche abermals zu vertagen, auf daß die Kanal-Kommission ruhig arbeiten könne. Die Kommission „arbeitete“ dann auch am Donnerstag und Freitag; dann fühlte sie sich so erschöpft, daß sie sich ihrerseits bis zum Dienstag, den 8. November, vertagte, wo dann auf der Tagesordnung der Rhein-Weise-Kanal steht, oder vielmehr zunächst der, zwar sachlich berechnete, aber nur zur Verhüllung bestimmte Zentrumsantrag Am Jehnhoff über die Verstaatlichung des Schlepptriebes.

Der Spatz dieser Obstruktion ist, daß die „Arts“ noch dafür Diäten erhalten; sie kriegen ihre Kunstausgaben in der Arbeit von derselben Regierung bezahlt, gegen die sich ihre Obstruktion richtet. Das Junkertum macht nichts unsonst, nicht einmal Opposition und Obstruktion.

Landtagswahlverfahren. Bei der Erstwahl, die am Donnerstag im Landtagwahlkreise Guben-Sorau-Forsit stattfand, erhielt Vordruckereibesitzer Rönig (nationalliberal) 317 Wahlmannstimmen und der konservative Gegenkandidat 303 Stimmen. Im vorigen Jahre war der verstorbene nationalliberale Abgeordnete Neumittig mit 655 von 787 Stimmen gewählt worden; die ihm fehlenden Stimmen waren die der sozialdemokratischen Wahlmänner, die Konservativen waren für den Nationalliberalen eingetreten, da ihnen das andere Mandat des Kreises vorbehalten blieb. Jetzt hatten sich die damals Verbindeten geschieden, die Konservativen gedachten auch das zweite Mandat zu fangen. Die sozialdemokratischen Wahlmänner haben sich der Stimmabgabe enthalten.

Aus diesem Wahlkreise wird uns geschrieben: Vor zwei Jahren kastrierte die Junkermehrheit des preussischen Landtags die Mandate der in Breslau gewählten liberalen Abgeordneten, weil einem Teil der Wahlmänner von Parteiwegen eine Entschädigung ausgezahlt worden war für Arbeitszeitverlängerung und entstandene Unkosten. Ein hübsches Gegenstück liefert die hier soeben vollzogene Erstwahl. Der Kreisvorsitzende der Wähler und Vorsitzender der konservativen Wahlkomitees, Rittergutsbesitzer Schön-Brestau, verurteilte an einen Teil der Wahlmänner ein Zirkular mit dem ungewöhnlichen Inhalt:

„Der konservativ-wahlschüß stellt diesmal in Ansehung der besonderen Dringlichkeit die Unkosten der Hin- und Rückfahrt zum Wahlort jedem Wahlmann, der diesen Wunsch ausdrückt, bereitwillig aus dem Wahlfonds zur Verfügung.“

Herr Schön ist selbst Landtags-Abgeordneter. (er gehört der freikonservativen Fraktion an) und sollte die Entscheidung im Dresdener Falle kennen. Herr Schön wird allerdings nicht in die Lage kommen, als Abgeordneter für die Ungültigkeit des Mandats des konservativen Kandidaten zu stimmen, denn der konservativ-wahlschüß ist unterlegen.

Uebrigens verdient festgehalten zu werden, mit welchen Argumenten der Wahlkampf zwischen konservativen und Nationalliberalen geführt wurde. Beide Parteien berichteten völlig auf die Darlegung politischer Ideen: die Nationalliberalen empfahlen ihren Kandidaten durch den Hinweis, daß er im Landtags-Wahlkreise anständig sei, die konservativen aber übertrumpften noch diese „prinzipielle“ Ägitation, indem sie König als Auswärtigen, der sonst dem Sorauer Kreise fernsteht, belämpften. König ist nämlich nicht im Wahlkreise geboren und er wohnt nicht im Landratsamt Sorau, sondern in Stadtkreis Guben.

Zu solcher Krähenfalsch führt die Erbarmlichkeit eines Wahlrechts, das der Masse die Entscheidung entzieht und sie in die Hände der hornieretsten Kirchnerupoliker legt.

Dortmund, 28. Oktober. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der im Wahlbezirk 5 Arnberg stattgefundenen Erstwahl entfielen von 2525 abgegebenen Stimmen 2900 auf den Fabrikanten Hermann Franken in Gelsenkirchen-Schalle (natl.). Bürgermeister Dr. Haarmann-Witten (natl.) erhielt 153 Stimmen. Franken ist somit gewählt. —

Aus dem Lande der Prinzessinnen-Steuern.

Die Mecklenburger sollen, wie jüngst gemeldet, für ihre Prinzessin, die den Kronprinzen von Preußen zu heiraten gedenkt, eine Milligt Steuern. Aber zu diesem Beweise ihrer Abhängigkeit an das angestammte Großherzogshaus soll, wie die Mecklenburgerische Volkszeitung“ mitteilt, noch ein weiterer erbracht werden. Es verlautet, daß der demnächst zu Malchin zusammenzutretende „Landtag“ dem Landesherren „eine Zuwendung zur Führung seines Haushaltes“ bewilligen soll, deren Höhe bereits mit 800 000 M. angegeben wird.

Mecklenburgischer Staatsgrundsatz ist, daß der Landesherren außer den Kosten seines Haushaltes alle Kosten der Regierung aus den Einkünften des Domainens zu tragen hat. Zur Unterstützung für den Großherzog ist aber längst die ordentliche Kontribution eingeführt. Im Anfang des vorigen Jahrhunderts wurde zur Tilgung landesherrlicher Schulden auf 30 Jahre eine außerordentliche Kontribution bewilligt, welche dann aber nicht wieder weggefallen, sondern bei Bestand geblieben ist und alljährlich nach Zahlung aus dem Landtage festgesetzt wird. Im übrigen existieren eine Reihe Einzelverträge zwischen Landesherren und den Ständen über Zuschüsse, die zu Landeseingehalten von den Ständen bewilligt sind. Schon im Jahre 1902 hat aber der jetzige Großherzog selbst in einer Vorlage an den Landtag auf die „finanzielle Verlegenheit“ der großherzoglichen Kassen verwiesen. In der Tat muß dort auch eine Kasse nicht vorhanden gewesen sein, denn der Landtag, der auf jene im Jahre 1903 wiederholte Vorlage des Großherzogs zunächst erklärte, „die Regierung müsse, ehe der Landtag einträte und vorbeuge“, nachweisen, daß die großherzogliche Kasse sich „erschüttert“ sei, stimmte einige Tage darauf dem Antrage zu, wenigstens auf ein Jahr als Beihilfe zur Unterhaltung der Rostocker Universität — eine Pflicht, die dem Großherzog obliegt — 180 000 M. zu bewilligen.

Jetzt scheint die großherzogliche Kassenverwaltung wiederum und noch härterer „erschüttert“ zu sein und die Bevölkerung des Landes soll ihre Groschen darbringen.

Sicherlich sind die eifrigen Verfechter des Monarchismus in Mecklenburg sich der Ehre bewußt und eifrig bereit, die Summe, deren der Landesherren bedarf, aufzubringen. Sie werden nicht wollen, daß auch die republikanischen Bertrachten der hohen Ehrung teilhaftig werden. —

Lippe-Ränke. Das „Leipziger Tageblatt“ bringt Andeutungen über höchst merkwürdige Pläne in Bezug auf das zu bildende Schiedsgericht in Lippe-Stein. Es betont, daß alles darauf ankomme, ob durch die Wahl und Zusammenfügung des neuen Schiedsgerichts die zugesicherte Unparteilichkeit außer allen Zweifel gerückt werde. Nichts könnte jetzt schlimmer wirken als ein wirkliches oder nur scheinbares Hervortreten des Gedankens, die stark getriebenen Aussichten der Schaumburger Linie künstlich anzuhellen. Diese Meinung auszusprechen und vor solchem Fesler zu warnen, habe es aber auf Grund bestimmter Anhaltspunkte in diesem Augenblick allen Grund. Ein Gedanke namentlich, dessen Ursprung das Blatt nicht andeuten will, würde wenn er im Bundesrat Form und Gestalt gewänne, die schärfsten Beschränkungen nachsichziehen, es sei der: den neuen Schiedsgericht einem Fürstengericht anzuvertrauen! —

Ueber die unerhörte Behandlung eines unschuldig Verurteilten wird uns aus Köln geschrieben: Von der Strafkammer in Aden war der Händler Stammel wegen gewerbmäßiger Fehlfahrt — wie sich später herausgestellt hat, unschuldig — zu fünfzehn Monaten Zuchthaus verurteilt worden, und er hat die Strafe auch verbüßt. Nachher erhielt er wegen eines gleichen Vergehens drei Jahre Zuchthaus, wobei die Vorstrafe zweifellos als verschärfend angerechnet wurde, da sie ja noch nicht als rechtsirrtümlich erwiesen war. Während der Verbüßung der drei Jahre gelang es dem Händler, im Wiederaufnahmeverfahren seine Freisprechung in der ersten Sache zu erzielen. Sein Antrag, die vorher unschuldig verbüßten 15 Monate auf die drei Jahre anzurechnen, wurde als unzulässig abgelehnt. Darauf wandte sich der Mann an den Justizminister mit der Bitte, zu veranlassen, daß ihm die unschuldig erlittene Strafe im Gnadenwege angerechnet resp. erlassen werde. Der Justizminister hielt Mißtraue bei der Kölner Staatsanwaltschaft. Diese aber erteilte die Antwort, daß sich ein Gnadeneweis wegen der Vorstrafen des Mannes nicht empfehlen ließe.

Was haben die Vorstrafen mit der ganzen Sache zu schaffen! Darf denn ein Vorbestrafter, eben nur weil er vorbestraft ist, wieder verurteilt werden? Auch wenn dem Mann die 15 Monate erlassen werden, ist ihm immer noch Unrecht geschehen, da ohne die unschuldig erlittene Strafe die nachher verhängte Strafe wohl nicht so hoch bemessen worden wäre. —

Leipzig, 27. Oktober. Ein Soldatenquäler höherer Ranges stand heute in der Person des Hauptmanns Albert Martin Panst vom 179. sächsischen Infanterie-Regiment in Döbeln vor dem hiesigen Kriegesgericht. Das öffentliche Verfahren beim Militärgericht ist zwar mit dem neuen Militärstraf-Gesetz eingeführt worden, aber das hiesige Kriegesgericht beachtete heute nicht nur während der Verhandlung darauf, sondern gab auch die Arts - Begründung hinter verschlossenen Türen. Aus dem Urteil selbst, das auf sechs Monate Festungshaft lautete, ging so viel hervor, daß das Gericht Panst in fünf Fällen der Mißhandlung und in drei Fällen der vorschriftswidrigen Behandlung Untergebener, zumeist im Dienste, als überführt ansah. Das hiesige Kriegesgericht macht von der Verhandlung hinter verschlossenen Türen so oft Gebrauch und tut überhaupt alles, um die Öffentlichkeit von den Verhandlungen fernzuhalten, daß von einem öffentlichen Verfahren fast kaum noch gesprochen werden kann. Auch heute mußte die „gefährdete Disziplin“ wieder als Grund zum Ausschluß der Öffentlichkeit herhalten. —

Der Ansturm der permanenten Wählerlisten, die nach dem bayerischen Landtagswahlgesetz geführt und ständig ergänzt werden müssen, wird durch eine Meldung aus Bamberg treffend illustriert. Das Gesetz schreibt vor, daß die Listen alle sechs Monate 14 Tage lang öffentlich aufzuliegen sind, damit die Wähler sich über ihre Eintragung oder Nichteintragung informieren und nötigenfalls reklamieren können. Der letzte Termin zur Auflage war der 1. Oktober. Der Stadtmagistrat Bamberg sah sich jedoch außer Stande, seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und die Liste anzulegen, weil sie sich in einem derartigen Zustande befindet, daß sich kein Mensch mehr darin zurechtfinden kann. Und mit dieser Liste soll im nächsten Jahre zum Landtag gewählt werden! Es wird Zeit, daß das bayerische Volk seine Wahlreform bekommt, um die es seit 30 Jahren kämpft und um die es in der letzten Landtagsession von den Liberalen betrogen wurde. —

Ausland.

Kampforganisationen des Kapitals in Amerika.

Mächtige Unternehmerverbände sind in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren neu entstanden und haben an Mitglieder und Wachstumskraft stark zugenommen. Gerade in der neuesten Zeit haben sich diese Kampforganisationen des Kapitals stark und schnell entwickelt. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß hierbei das Prinzip maßgebend ist, den in den letzten Jahren kräftig gewachsenen Arbeiterverbänden entgegenzutreten, ihnen die Kraft und Wirksamkeit zu nehmen und andererseits den Kongress sich dienstbar zu erhalten und Einflüsse auf denselben durch die Gewerkschaftsbewegung abzuwehren. Vor der Öffentlichkeit heißt es bescheiden oder vielmehr heuchlerisch, daß die Unternehmerverbände nur ein Gegengewicht gegen die Uebermacht der Arbeiterorganisationen bilden wollen. Es wird darauf hingewiesen, „wie die unmittelbaren Ergebnisse des Zusammenschlusses der Arbeiter die Augen über die Stärke organisirten Vorgehens geöffnet haben und wie die Vereinigung von Recht in den Händen einer Klasse, die in ihrer Verwendung völlig ungezügelt ist, zu Ausschreitungen und Mißbräuden geführt hat.“ Den Kapitalisten ist bekanntlich jeder Streik eine Ausschreitung, jeder Boykott ein Mißbrauch, und wo eine Gewerkschaft nicht stark genug ist, sich Respekt zu verschaffen, da kommt trotz aller schönen Phrasen nur der blindwütende Haß gegen den Arbeiterverband zum Ausdruck.

Die Organisatoren der Unternehmerverbände bewundern die Struktur in dem Aufbau der Arbeiterverbände und rufen dringend, nach diesem ausgezeichneten Muster vorzugehen, denn man könne sich nichts Besseres denken, als „starke lokale Organisationen in jedem Gewerbebezirk zu bilden, diese zu nationalen Organisationen zusammenzufügen und alle nationalen zu einer „Amerikanischen Arbeitervereinigung“ zusammenzuschließen,“ genau so wie es die Arbeiter machen.

Dieses Ziel hat sich die „Citizen Industrial Association of America“ gesetzt, die im Oktober 1903 in Chicago gegründet wurde, wo 250-300 Delegierte von Lokalorganisationen der Unternehmer eine Zusammenkunft hielten. Indianapolis ist der Hauptsitz der Organisation. Dieselbe ist sehr tüchtig und bestrebt, durch Erfolge im Kampf mit den Gewerkschaften den Mitgliedern ihre Rücksicht zu beweisen. Sie geht brutal und rücksichtslos vor und ist in der Wahl ihrer Mittel allein auf die Zweckmäßigkeit bedacht.

Die härtesten Vereinigungen der Kapitalisten sind in der Metallindustrie zu finden. Dort bildeten sich auch die ersten Vereine, die sich gegen die Gewerkschaften in bestimmter Weise richteten, wie die „Stove Founders“ (Ofenbauer) National Defense Association, 1886 gegründet; auch die „National Founders“ (Gießer) Association, in New York 1890 gegründet, ist sehr gut organisiert und tüchtig in der Bekämpfung der Arbeiterverbände.

Der härteste Verband ist die „National Metal Trades Association“, 1899 in New York gegründet, mit der Verwaltung in Cincinnati, Ohio, seit 1902. Ueber 320 Gesellschaften und Firmen der Metallindustrie gehören dem Verbands an, der besonders an Einfluss gewann nach dem großen Raschmittstreik, der am 20. Mai 1901 seinen Anfang nahm, ohne ein siegreiches Ende zu finden. Andere wichtige Organisationen in der Metallbranche sind die „Cincinnati Metal Trades Association“ und die „Boston Metal Trades Association“. Die letztere wurde im Januar 1903 geschaffen und es gehören ihr 65 Firmen an.

Die Errichtung von Arbeitsbüros wird von den Unternehmerverbänden als sehr wichtig betrachtet. Man möchte damit für Streikbrecherreserven sorgen und die gefehlt unzulässigen schwarzen Listen führen, alles unter dem Vorwand natürlich, das Wohl der Arbeiter zu fördern. Die Arbeiter haben aber sehr genau herausgefunden, daß ihr Wohl am besten von ihrer Gewerkschaft gefördert wird.

Gegen den Boykott, der sich schon oft als eine vorzügliche Waffe in den Händen der Arbeiter bewährt hat, wendet sich die „American Anti-Boycott Association“, von etwa 100 Unternehmern im Juni 1903 gegründet. Die Zugehörigkeit zu dieser Organisation wird geheim gehalten.

Die Kapitalisten schließen die Reihen fester, aber die Organisationen der Arbeiter werden ebenfalls fester; auf ihrer Seite sind die Massen, und wenn erst der „Mehrwert der Arbeiterkassette“ sich gegen die Feste des Kapitalismus richtet, dann helfen alle die großen und kleinen Mittel nicht mehr, die jetzt noch wirksam sind.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 28. Oktober. Abgeordnetenhause. Finanzminister v. Dulacs hat heute den **Voranschlag des Staatshaushalts für 1905** vorgelegt. Die Gesamtausgaben sind veranschlagt auf 1237,8 Mill. Kronen gegenüber 1190,1 Millionen im Vorjahre und die Gesamteinnahmen auf 1238 Millionen gegenüber 1190,6 Millionen im vorhergehenden Jahre. Bedeutendere Posten an Mehraufwand sind vorgesehen für Heer und Marine 49,7 Millionen, für Gehaltsverhöhung der Staatsbeamten 2,08 Millionen und für ordentliche Ausgaben im Schulwesen 6,7 Millionen.

Frankreich.

Sturm gegen den Kriegsminister.

Gegen den Kriegsminister André wird heute in der Kammer ein ungeplanter Sturmgang unternommen worden. Die Nationalisten werden die gegen André wegen der Bestimmungsdifferenz in der Armee eingebrachte Interpellation zum Sturz des Ministers auszunutzen versuchen.

Der „Figaro“ publiziert eine Reihe von Konduiten im Jöksume. Eine beispielsweise heißt: „Oberst Chevalier, Metz. Ein sehr leicral heftiger Anti-Dreifußler, verteidigt im Gespräch die Widerlegung des Edikts von Nantes.“ Eine andere lautet: „Oberst Blanchet, Rennes. Sein Sohn besucht die Schule in der Rue des Postes (Zehntenstraße).“ Hauptmann Rollin hat die Worte hinzugefügt: „Sehr schlecht.“ Dagegen heißt es von Leutnant Pourherie: „Hervorragender Offizier, besonders in intellektueller Beziehung. Offen republikanische Gesinnung, sehr einfach, ehrlich, kein Jurist, hat den Posten eines Lehrers in Saint Cyr erbeten, befügt alle nötigen Fähigkeiten für ein solches Amt.“

In all diesen und vielen anderen zitierten Fällen wurden die so gekennzeichneten Offiziere nicht befördert.

Die Nationalisten werden diesen Bestimmungsterminismus, der in allen Armeen etwas ganz selbstverständliches ist, als unerbittlich darzustellen versuchen, um André unmöglich zu machen.

Paris, 28. Oktober. Deputiertenkammer. Das Haus ist dicht besetzt, es herrscht lebhafteste Bewegung. Rouffet (Nationalist) interpelliert über die Verhältnisse an den Kriegsschulen von St. Cyr und St. Maient. Er beschuldigt den Kriegsminister André, daß er die vflichtigberufenen Offiziere zum Nachteil der patriotisch gesinnten Offiziere bevorzuge. Er spricht insbesondere von dem früheren Kommandanten von St. Maient, der die Angehörigen unter den Schülern organisiert und in der Schule eine gegen das Heer gerichtete Zusammenkunft gestattet habe und der dann zum militärischen Kommandanten im Palais Bourbon ernannt worden sei. Redner schließt mit einem Protest gegen das System der gegen die Offiziere gerichteten Angeberien.

Kriegsminister André erwidert, daß die angeführten Tatsachen unrichtig oder verkehrt wiedergegeben seien; er stellt dieselben unter dem Beifall der Linken richtig und weist die Anschuldigung zurück, daß er der Beförderung von Offizieren wegen ihrer religiösen Ansichten hinderlich gewesen sei. Der Kriegsminister schließt, indem er betont, daß die einzigen Prinzipien, welche er in der Armee zu verbreiten sucht, seien: Unterwerfung unter das Gesetz, Achtung vor der Republik und Gehorsam gegen die Regierung. (Beifall.)

Willeneuve (Nationalist) führt aus, daß die Zerrüttung des Heeres dem General André und den Freimaurern zugeschrieben werden müsse; letztere hielten Zeugnisse aus, von denen die Beförderung der Offiziere abhängt; für diese Angelegenheit sei eine Abteilung im Kriegsministerium eingerichtet. Redner verliest Briefe vom Hauptmann Rollin, der mit diesem Dienst beauftragt sei. Kriegsminister André erklärt, daß er keine Kenntnis von diesen Briefen habe; er verlangt eine nähere Mitteilung hierüber. (Lebhafte Bewegung.) Willeneuve setzt seine Rede fort und führt Namen von Offizieren an, welche der Loge Grand-Orient Berichte über Offiziere lieferten.

Kommunalisierung der Gasbeleuchtung in Paris.

Paris, 28. Oktober. (Fig. Ver.) Der langjährige Kampf um die Pariser Gasbeleuchtung ist endlich eines bescheidenden Abschlusses fähig. Die Deputiertenkammer hat mit großer Mehrheit die Ueberführung der Gasfabrikation in kommunalen Betrieb beschlossen.

Daß eine Reform, die in so vielen Großstädten anderer, auch rücksichtiger Länder durchgeführt ist, in der republikanischen Hauptstadt so langwierige Kämpfe erfordert, das ist in erster Linie die Schuld der nationalistischen Demagogie und daneben der mehr oder minder verdeckten Gegnerschaft der Verwaltungsorgane gegen den kommunalen Gasbetrieb. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Pariser Nationalisten in der Gasfrage durch die und dann mit der Gasgesellschaft gingen, deren Monopol, ein reiches Geschenk des zweiten Kaiserreichs, 1906 abläuft. Die reaktionäre-demagogische Partei handelte sowohl aus ihrem kapitalistischen Instinkt heraus, wie auch aus anderen, aus Angeden-

Gründen. Die reiche Gasgesellschaft hat sich namentlich in den Gemeindefragen von 1900, als die Nationalisten ihren erfolgreichen Ansturm auf den Pariser Gemeinderat unternahmen, gegenüber dem nationalistischen Wahlfonds gewiß nicht kauerig gezeigt. Der nationalistiche Gemeinderat von 1900-1904 versuchte denn auch alles Mögliche und Unmögliche, um das Gasmonopol zu erneuern. Die Versuche sind aber in der Deputiertenkammer gescheitert am sachkundigen und energiegeladen Widerstand der Sozialisten und Radikalen. Zuletzt mußte noch der alte Gemeinderat einen von sozialistischer Seite ausgearbeiteten Regie-Entwurf votieren, indem einige „links“stehende Mitglieder des nationalistischen Sammelfundums mit der sozialistisch-radikalen Linken stimmten.

Dieser Entwurf diente dann als Grundlage der soeben von der Kammer angenommenen Kommmissionsvorlage. In der bezüglichen dreitägigen Kammerdebatte haben die Nationalisten noch ihre letzten Geschosse im Dienste der Gasgesellschaft verschossen — mit dem nicht zu unterschätzenden Ergebnis, daß sie ihre arbeiterfeindliche Gesinnung auch dem Volke offenbart haben. So befürworteten ihre Redner von der kommunalen Regie unter anderem eine Lohnhöhung zu Gunsten des Gaspersonals und die daraus sich ergebende Minderwirkung auf die Löhne der privatindustriellen Arbeiter.

Hier die Hauptbestimmungen der vollierten Vorlage: Der kommunale Gasbetrieb soll einen besonderen Verwaltungsdienst der Stadt bilden unter der Leitung eines Verwaltungsrates mit einem Direktor an der Spitze. Der Verwaltungsrat, der aus zwölf Mitgliedern besteht, wird je zur Hälfte vom Seine-Präsidenten und dem Gemeinderat ernannt. Die Verwaltungsräte können vom Präsidenten abgelehnt werden nach Einholung eines — nicht entscheidenden! — Gutachtens des Gemeinderates. Das Spezialbudget der Gasregie wird dem Gemeinderat bloß zur Begutachtung „unverbreitet“, nicht aber von seinem Votum abhängig gemacht. Diese und andere Bestimmungen, die die Rechte des Gemeinderates schmälern, wurden begründet durch die technische Notwendigkeit, der Gasverwaltung freien Ellenbogenraum zu gewähren. Die Linke wird dabei wohl auch an die Notwendigkeit gedacht haben, den kommunalen Gasbetrieb gegen eine etwaige zukünftige reaktionäre Gemeindegemeinschaft zu sichern.

Der Gemeinderat stellt ein Lohnminimum fest, das für die Arbeiter und die Angestellten gilt. Der Preis des Gases ist für die öffentliche Beleuchtung auf höchstens 15 Cts. — 12 Pf. pro Kubikmeter festgesetzt; für die privaten Abnehmer soll der Preis nach und nach herabgesetzt werden nach Maßgabe der Betriebslage. (Zurzeit zahlen die privaten Abnehmer 20 Cts. pro Kubikmeter und zwar seit Januar 1906).

Die Einrichtungskosten der Gasregie wird die Stadt bestreiten auf dem Wege einer Anleihe von 120 Millionen Frank zu 3 1/2 Proz., die in 50 Jahren zu tilgen ist aus dem Ertrag des Gasbetriebes. Die Gaskommunalisierung wird voraussichtlich zur Folge haben auch die Kommunifizierung der elektrischen Beleuchtung. Die bezüglichen Konzessionen (für drei „Sektoren“) laufen naheinander ab in den Jahren 1906, 1908 und 1909. Die Vereinigung der beiden Betriebe in den Händen der Gemeinde würde erstens den Abschlag des städtischen Kalküls sichern beziehungsweise erleichtern und zweitens eine Ersparnis von 30 Proz. für den elektrischen Betrieb bedeuten.

Schweden.

Im Dienste der russischen Despotie.

Die Stockholmer Zeitung „Nya Dagligt Allehanda“ veröffentlichte dieser Tage Tatsachen, die die Dienstfertigkeit der schwedischen Regierung dem russischen Despotismus gegenüber in noch größerem Maße erscheinen lassen, als die bekannten Anlagen wegen Jarenbeleidigung gegen „Kokans Rybater“ und die „Kortetja Känding“. Der nun bekannt gewordene Liebesdienst gegen Russland besteht darin, daß die schwedische Regierung systematisch bei der russischen Legation Erläuterungen einzieht, bevor sie es wagt, finnischen oder russischen Untertanen in Schweden irgendwelche Bürgerrechte zu gewähren. Das genannte Blatt veröffentlichte eine Liste, die das beweist. Zunächst handelt es sich um einen Finnländer W. Schaumann — also ein Namensvetter des Altentäters —, ein akademisch gebildeter, vermöglicher Mann, Sohn des Sommerrentiers Schaumann, welcher 13 Jahre lang schwedischer Botschafter in Baku war. Er hatte um die Erlaubnis nachgesucht, in Südschweden Großhandel zu treiben. Die Regierung wies ihn ab. Nicht besser erging es einem Kaufmann Nordberg, der von der finnischen Grenzstadt Tornen nach Lulea verzog und hier ein Handelsgeschäft gründen wollte; ein allgemein geachteter Mann, verheiratet mit einer Schwedin. Die Lenkbehörde hatte seinem Gesuch zugestimmt, die „königliche Majestät“, das heißt die schwedische Regierung, sagte: Nein! Der Kandidat jur. J. Cästrin, der unter Vorbehalt aus Finnland ausgewiesen wurde und in Stockholm ein Rechtsbureau, besonders für schwedisch-finnische Fälle, eröffnet hat, suchte um das Recht nach, Handel mit Wertpapieren, Grundbesitz usw. geschäftsmäßig betreiben zu dürfen. Auch in diesem Falle sagte die Regierung: Nein. Dagegen wurde einem Russen Wubasoff sein Gesuch um Handelsberechtigung in Schweden bewilligt. Dieser Mensch war früher in Uleaborg in Finnland ansässig und sein Haus war ein Sammelplatz für Bobriloffs Spione und Gendarmen. Er selbst beschäftigte mehr mit Denunzieren und Spionieren im Dienste der Polizei. Die Person Mensch hat die russische Legation jedenfalls ein so gutes Zeugnis ausgestellt, daß die schwedische Regierung nichts gegen ihn einwenden konnte.

Durch die Beschließung schwedischer Handelsfahrzeuge hat Russland bereits seinen Dank für diese Annutzlichkeit kundgegeben!

Rußland.

Die Antwort der jüdischen Arbeiterschaft auf das Bialystoker Blutbad (über welches wir in der Nr. 233 des „Vorwärts“ berichtet hatten) ist bereits erfolgt. Das Zentralkomitee des Jüdischen Arbeiterbundes forderte, nachdem es Nennens von dem Gewalttat erhielt, alle Organisationen auf, dafür zu sorgen, daß binnen zehn Tagen überall energischer Protest seitens der jüdischen Arbeiterschaft erhoben werde in der Form, die entsprechend den örtlichen Verhältnissen für die zweckmäßigste befunden wird. Zurzeit liegen Meldungen über die folgenden darauf stattgefundenen Kundgebungen vor:

Strahendemonstrationen fanden statt Sonnabend, den 15. Oktober in Warschau, Mohilew und Wobruisk. Die Warschauer Demonstration fand statt auf dem Grobisk-Platz unter Beteiligung von 500 Personen. Näheres über den Verlauf derselben ist noch nicht bekannt. In Mohilew wurde um 3 1/2 Uhr nachmittags in der Betranajastrasse (einer der Hauptstraßen der Stadt) eine rote Fahne hochgezogen, deren eine Seite die russische Inschrift trug: „Nieder mit dem Absolutismus, hoch die Bialystoker und die Zukunft der Gassen!“, während auf der anderen Seite im jüdischen Jargon zu lesen war: „Hoch der Bund!“ Hoch der Sozialismus!“ Es erschallte darauf sofort ein vielsaches „Hurra!“ und gegen 300 Demonstrierende warteten sich um den Fahnenenträger. Die Kampfeskarte der jüdischen Arbeiter hatte sich, um der Polizei zuvorzukommen, selbst mit Nagelkugeln und Schiefswaffen versehen und als ein Polizeikommandant, der sich mit einer großen Zahl von Polizisten in der Nähe aufgestellt hatte, sich auf den Fahnenenträger stürzte, wurde er mit Nagelkugeln zurückgeschrien. Nachdem noch von den Demonstrierenden einige Schüsse in die Luft abgefeuert wurden, zerstreuten sich die Demonstrierenden mit dem Rufe: „Nieder mit dem Absolutismus, nieder mit dem Absolutismus!“ Die Polizei verhaftete nunmehr eine Anzahl von Leuten, die an der Demonstration ganz unbeteiligt waren, in den Polizeirevierern wurden die Verhafteten heftig geschlagen. In der Demonstration in Wobruisk waren 500 bis 600 Personen beteiligt. Die Polizei schloß auf die Demonstrierenden, was von diesen gleichfalls mit Schüssen beantwortet wurde. Von den Demonstrierenden sind zwei verwundet, der eine in die Hand, der andere in die Brust.

In Wilna war gleichfalls eine Strahendemonstration geplant, die Polizei traf jedoch dagegen so massenhafte Vorkehrungen, daß die Arbeiter, die sich bereits versammelt hatten, bekannt gegeben wurde, das Komitee habe beschloffen, von der Demonstration Abstand zu nehmen.

Protestversammlungen haben sogar in zwei Ploeden stattgefunden — in Boritschi und Schedrino. In Boritschi fand die Versammlung an einem Zentralkomitee des Ortes unter Beteiligung von 100 Personen statt. Nach der Rede über die Vorgänge in Bialystok ertönten revolutionäre Andrufe. In Schedrino waren 70 Personen versammelt.

In Witschost erfolgte der Protest in der Form einer Theaterdemonstration. Während des Ballets im dritten Akt der Oper „Jaska“ ertönte im Theater plötzlich der Ruf: „Wir protestieren gegen das Bialystoker Blutbad!“ dieser Ruf wurde durch ein donnerndes „Hurra“ unterstützt und von oben fliegen Flugblätter herab, die nähere Aufklärung über den Anlaß zu dieser Kundgebung gaben. Die Polizei beeilte sich Beruhigungen vorzunehmen und strengte jetzt das Gerücht aus, es ständen Exzesse gegen die jüdische Bevölkerung bevor und sie lehne im Voraus die Verantwortung ab für das, was sich dabei ereignen könne.

In Winsk wurde auf Beschluß des örtlichen Komitees des „Bundes“ mit einem, einen Tag dauernden Massenstreik protestiert. Am 18. Oktober stellten 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die dazu durch hektographierte Aufrufe aufgefordert waren, die Arbeit ein. Am Abend dieses Tages erschienen keine Depeschen über die politischen Tagesereignisse (das Publikum hat sich gewöhnt, jeden Abend solche Depeschen zu kaufen) und am nächsten Morgen erschien die Winker Zeitung, der „Sewers-Sapadny Krai“, nicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der russisch-englische Konflikt.

London, 28. Oktober. (B. T. B.) Der heutigen Unterredung des russischen Botschafters Grafen Benendorff mit dem Minister des Äußern Marquis of Lansdowne wohnte auch der französische Botschafter bei. Graf Benendorff hatte nach dem Kabinetsrat wieder eine halbstündige Konferenz mit dem Minister des Äußern. In einem Bericht über die englisch-russischen Verhandlungen teilt das „Reuter'sche Bureau“ mit: Nach Empfang der russischen Note sandte die russische Regierung dringende Telegramme nach verschiedenen Häfen, wo Koschibowtschows Schiffe einlaufen könnten, um ausführliche Aufklärungen zu fordern. Am Dienstag telegraphierte Kaiser Nikolaus sein Bedauern und sein Mitleid mit den Opfern. Gleichzeitig wurde das britische Auswärtige Amt auf die wiederholten britischen Forderungen hin benachrichtigt, daß weitere Schritte unmöglich seien, bevor amtliche Aufklärungen vorlägen. Die russische Regierung sprach ebenfalls ihr Bedauern über den Vorfall aus. Bei der Formulierung der britischen Forderungen wurde deutlich zu erkennen gegeben, daß, falls nicht hinsichtlich der Forderung auf Bestrafung der Offiziere Gemüthung gegeben werde, der britischen Flotte nicht gestattet werde, über Tanager hinauszuweisen. Die russische Regierung antwortete, sie könne die Offiziere, ohne sie gebürt zu haben, nicht verurteilen, da dies die Rechte des Kaisers beeinträchtigt. Die britische Regierung konnte sich von den Forderungen keine Befriedigung für die Erklärung des russischen Admirals verschaffen, daß sich zwei Torpedoboote unter den Fischerbooten befanden hätten. Da die russische Regierung erklärte, sie könne, bis die ganze Angelegenheit gründlicher aufgeklärt sei, ihr Verhalten nur auf den Bericht des russischen Admirals gründen, ist die Angelegenheit ins Stoden geraten. Das Kabinett beriet die Frage, wie ein Ausweg aus diesem Engpaß zu finden sei. Es gilt nicht als unwahrscheinlich, daß man die engen Beziehungen des französischen Botschafters zu der britischen Regierung und der russischen Botschaft benutzen wird, um die unparteiliche Untersuchung der Tatbestände zu fördern. Sollte eine solche Untersuchung zu stande kommen, so dürfte die britische Flotte nicht weiterfahren bis die Untersuchung beendet und die Beschlüsse der Untersuchungskommission ausgeführt seien.

London, 28. Oktober. (B. T. B.) Die Besatzungen der Fischerdampfer „Moulmein“, „Minko“, „Gull Boffein“, sowie die verantwortlichen Leute vom Bord des „Teane“ wurden heute vernommen. Sie leugnen entschieden die Anwesenheit von Torpedobootten oder von Schiffen, die sich rasch wie Torpedoboote betrug, in der Nähe der Fischerbootflotte. Das Schiff „Beching“ berichtet, ein russisches Schiff habe es 7 Uhr morgens beschossen. Der Bericht wurde dem Auswärtigen Amt mitgeteilt.

Sonthampton, 28. Oktober. (B. T. B.) Premierminister Balfour führte in seiner heutigen Rede hier aus: Es sind Ereignisse eingetreten, welche die Engländer aller Stände, alle englischen Staatsangehörigen, alle großen Völker der englischen Junghe in der Welt und, wie ich glaube hinzuzufügen zu können, allgemein die Gefühle des zivilisierten Europa erregt haben. Inwieweit ich die Zukunft beurteilen kann, wird die beklagenswerte Tragödie vom letzten Freitag nicht enden mit einem der großen nationalen Kämpfe, die, obwohl sie von Zeit zu Zeit notwendig sind, immer hinter sich bedauerndwerte Spuren zurücklassen und den Fortschritt der Menschheit und der Zivilisation unvermeidlich aufhalten.

Balfour fuhr in seiner Rede fort: Ein Krieg zwischen Großmächten hat immer Gefahren für die neutralen Mächte mit sich gebracht, aber wer hätte bis zum letzten Montag je gedacht, daß unter diesen Gefahren sich auch die befand, daß Neutrale, während sie ihrem friedlichen Beruf nachgehen, beschossen und in Grund gebohrt werden!

Washington, 28. Oktober. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Nach einem Telegramm aus Petersburg genehmigte der Kaiser den Vorschlag, den englisch-russischen Streitfall einem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten.

Zum russischen Völlerrechtsbruch.

Petersburg, 28. Oktober. (B. T. B.) Ueber den Zwischenfall in den Gewässern vor Hull wird in Wigo eine Untersuchung stattgefunden, bei welcher die in Betracht kommenden russischen Offiziere zugegen sein werden.

Petersburg, 28. Oktober. (B. T. B.) Es bestätigt sich, daß der Zwischenfall in den Gewässern vor Hull durch ein internationales Schiedsgericht entschieden werden wird, und daß die in Betracht kommenden russischen Offiziere zu diesem Zwecke ausgeschifft werden.

Gibraltar, 28. Oktober. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Die Mobilmachung des Geschwaders in Gibraltar, welche morgen beendet sein sollte, ist bis auf weiteres hinausgeschoben.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 28. Oktober. (B. T. B.) Nach längerer Beratung wird eine vom Kriegsminister André gebilligte Tagesordnung mit 204 gegen 263 Stimmen angenommen.

Vertrag Dantrick.

Paris, 28. Oktober. (B. T. B.) Nach der Vernehmung Rollins wird in die Jugendvernehmung eingetreten. Hauptmann Lange, der vom Kriegsminister mit der ersten Untersuchung betraut war, gibt eine Darstellung des Verlaufs dieser Untersuchung. Hierauf wird die Verhandlung verlag.

Vom osteuropäischen Kriegsschauplatz.

Osaka, 28. Oktober. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Die Japaner nahmen gestern den einzigen Hügel südlich des Schabo, den die Russen noch besetzt hielten, und erbeuteten zwei Maschinengeschütze. Die Japaner hatten 20 Tote und 80 Verwundete. Die Russen ließen 30 Tote auf dem Kampfsplatz zurück.

Zum Konflikt zwischen dem „Neuen Montagsblatt“ und der „Leipziger Volkszeitung“.

In der Nr. 23 des „Neuen Montagsblatts“ vom 8. Oktober dieses Jahres schrieb der Mitarbeiter am „Neuen Montagsblatt“, Ruberrimus folgendes:

Kaum ist der Parteitag geschlossen, so legt die „Leipziger Volkszeitung“ ihren Hasenfeldzug gegen Südekum fort, den sie angeht der Entlassung des gesamten Parteitagsgeschäftes. Am 22. v. M. hatte die Redaktion an den Parteitag telegraphiert und in der „Leipziger Volkszeitung“ feierlich erklärt, daß die Notiz über den „Bürger Südekum“ der Widrigkeit eines einzelnen Redakteurs sei, dem die Gesamtreaktion völlig fernstehe. Aber in derselben Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ von Freitag, den 23. September, an derselben Stelle, wo nachher zu lesen war, daß die Gesamtreaktion jene Notiz unterdrückt hätte, wenn sie rechtzeitig Kenntnis davon gehabt hätte, hatte ursprünglich eine ebenso feierliche Erklärung der Gesamtreaktion gestanden, in der sie das Verhalten des Genossen Südekum billigte und sich in energischer Weise jede Einschüchterung des Parteitages verbat. Dazu war man schließlich doch nicht kühn genug. Diese ursprüngliche Erklärung der Gesamtreaktion wurde herausgeschnitten und durch den innerlich unruhigen Widerruf ersetzt. Aber drei Exemplare der „wahren“ „Leipziger Volkszeitung“ wurden unter den korrigierten Exemplaren von der Expedition der „Leipziger Volkszeitung“ nach Bremen geschickt, befinden sich in den Händen von drei Delegierten und sind auch von vielen Parteigenossen eingesehen worden. Nach dem Parteitag läßt jetzt der Rat wieder seine Spannkraft in der Brust der Leipziger Redakteure, und Südekum wurde weiter ange—harret. Was würde wohl die „Leipziger Volkszeitung“ sagen, wenn ein revidionistischer Redakteur mit solch doppelten Konzepten arbeite, solche Unsumme von Mut und Wahrhaftigkeit beweise?

Von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ wurde, unter Darlegung der Umstände, unter denen die beiden Notizen zustandekommen seien, der Vorwurf, mit doppelten Konzepten gearbeitet zu haben, entschieden zurückgewiesen, während Ruberrimus in der Nummer 24 des „Neuen Montagsblatts“ zwar ohne weiteres zugab, daß er sich mit seiner Darstellung, die beiden Notizen seien in ein und derselben Nummer der „Volkszeitung“ erschienen, im Irrtum befunden habe, im übrigen aber behauptete, daß sein Vorwurf, die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ habe mit doppelten Konzepten gearbeitet und Mangel an Mut und Wahrhaftigkeit gezeigt, auf der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ruhe bleibe.

Darauf hat die Redaktion und der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“ den Parteivorstand um endgültige Feststellung des dem Streite zugrunde liegenden Tatbestandes erucht.

In Verfolg dieses Antrages ist der Unterzeichnete auf Grund des ermittelten Sachverhaltes zu folgender Auffassung des Streitfalles gekommen:

Am 23. September ist gegen Sächsisch der Vormittagsitzung auf dem Bremer Parteitag die bekannte, gegen den Genossen Südekum gerichtete Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ zur Sprache gekommen. Beratung und Beschlußfassung über die in dieser Sache gestellte Resolution wurde zu Punkt 8 der Tagesordnung des Parteitages zurückgestellt.

Ueber diese Vormittagsitzung war bei der „Leipziger Volkszeitung“ bis zu Beginn des Druckes der Nummer 223 am 28. September ein telegraphischer Bericht eingegangen, der nur die Verhandlungen über die Organisationsfrage und die Majorität enthielt. Später, als der Druck der Nummer 223 bereits im vollen Gange war, folgte eine weitere Depesche, welche über die gegen die „Leipziger Volkszeitung“ erfolgte Aktion berichtete.

Einem allgemeinen und durchaus einwandfreiem Gebrauche folgend, nahm die Redaktion diese Mitteilung in den Rest der Auflage auf, sie mit folgender Verwahrung begleitend:

„Es ist uns völlig unverständlich, wie der Parteitag überhaupt dazu kommen kann, sich mit einer derartigen Zunahme in privaten Angelegenheiten zu befassen. Südekum mag, wenn er sich beschwert fühlt, auf dem Instanzwege gegen uns vorgehen; da wollen wir ihm Rede und Antwort stehen. Durch eine überleitete Behandlung der Sache, die zunächst noch gar nicht vor sein Forum gehört, würde der Parteitag uns um die vorhergehenden Instanzen berauben, wie das vorgestern Südekum selbst im Falle Schippel ausgeführt hat.“

Redaktion der Leipziger Volkszeitung.

Nach weiteren Erwägungen kam jedoch sowohl die Gesamtreaktion der „Leipz. Volksztg.“, wie auch der Verfasser der Südekum-Notiz zu der Erkenntnis, daß mit der letzteren ein Fehler gemacht worden sei. Dies wurde in ehrlicher Weise in der folgenden, am 24. September an den Parteitag geschickten und in der Nummer 223 der „Leipz. Volksztg.“ vom 24. September abgedruckten Erklärung ausgesprochen:

„Die Notiz über Südekum ist von einem einzelnen Redakteur in Druck gegeben worden, der die unnotwendige und verwickelte Auspielung Südekums auf die Dresdener Vorgänge im Interesse der Zeitung zurückweisen zu sollen glaubte, aber dabei, wie er nach reiflicher Ueberlegung anerkennt, zu weit gegangen ist und die Notiz unter dem Ausdruck seines Bedauerns nach Ton und Inhalt zurücknimmt. Die Gesamtreaktion, die den Druck der Notiz verhindert haben würde, wenn ihr das Manuskript vorgelegen hätte, schließt sich, soweit sie der Partei für den Gesamtbau der Zeitung verantwortlich ist, dem Bedauern ihres Kollegen an.“

Redaktion der Leipziger Volkszeitung.

Mit dieser durchaus loyalen Erklärung, durch deren Absendung an den Parteitag auch dessen Recht, zur Sache Stellung zu nehmen, rückhaltlos anerkannt wurde, war auch die Verwahrung vom 23. September gegenstandslos geworden.

Jede falsche Auslegung dieser Erklärung wäre allerdings unmöglich gewesen, hätte die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ die am 23. September nur in einem Teil der Auflage abgedruckte Verwahrung am 24. September durch nochmaligen Abdruck zur Kenntnis der gesamten Leser der „Volkszeitung“ gebracht und dabei betont, daß sie den in der Verwahrung eingenommenen Standpunkt nicht aufrecht erhalte.

Aber auch ohne diese formelle Zurücknahme der Verwahrung durch die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ hätte Ruberrimus bezw. das „Neue Montagsblatt“, den wahren Sachverhalt bei einigem guten Willen mit Leichtigkeit ermitteln und sich überzeugen können, daß die Annahme von Arbeiten mit doppelten Konzepten haltlos war. Erheben aber Parteigenossen ohne sorgfältigste Prüfung des Tatbestandes Anlagen von solcher Schwere, so ist das eine illoyale Handlungsweise, die auf das Schärfste verurteilt werden muß.

Soweit die beiden Notizen der „Leipziger Volkszeitung“, die Verwahrung in der Nr. 222 und die Erklärung in der Nr. 223 in Betracht kommen, war das Verhalten der Redaktion bis auf die vorstehend gemachte Einschränkung tadellos und der gegen sie erhobene Vorwurf unbegründet.

Kam hat Ruberrimus bezw. das „Neue Montagsblatt“ sein Vorgehen noch mit der Faltung der „Leipziger Volkszeitung“ nach dem Parteitag zu rechtfertigen gesucht. In der Tat ist der die ganze Angelegenheit neu aufrollende Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ „Die 116“ eine Woche vor dem Angriff des „Neuen Montagsblatts“ erschienen. Der Unterzeichnete mußte sich daher auch mit diesem Teile des Streites beschäftigen.

Der Artikel „Die 116“ geht von der Annahme aus, daß die 116 Delegierten durch Aufrechterhaltung ihres Antrages nach erfolgter Revokation der „Leipziger Volksztg.“, gegen die guten Parteitattigkeiten verstoßen hätten.

Da der Artikel „Die 116“ unmittelbar nach dem Parteitag erschienen ist, konnte der Redaktion der „Leipziger Volksztg.“ noch kein authentisches Material über den Verlauf der Sonabendtagsitzung des Parteitages vorliegen. Sie schöpft ihre Annahme offenbar aus Berichten der Parteiblätter, die referierend über den Vorgang mitteilten, der Antrag der 116 Delegierten sei zu Protokoll gegeben worden. Andere Blätter enthielten die zutreffende Wendung, der Antrag der 116 Delegierten sei nebst der Erklärung der „Leipziger Volksztg.“ zu den Akten des Parteitages genommen worden.

Aus dem Parteitagsprotokoll ergibt sich, daß erst in dem Moment, als der Antrag der 116 Delegierten zur Beratung kam, vom Bureau des Parteitages Mitteilung von dem Eingange der Erklärung der „Leipziger Volkszeitung“ gemacht wurde. Bei der Gewiswindigkeit, mit der sich der ganze Vorgang abspielte, war von den 116 Delegierten in diesem Augenblick niemand in der Lage, namens sämtlicher Unterzeichner die Zurückziehung des Antrages zu erklären. Um die Zurücknahme in aller Form zu ermöglichen, hätte der Parteitag eine Pause machen und den Unterzeichnern Gelegenheit zur Aussprache und Verständigung geben müssen. Wahrscheinlich würde, wenn der Vorsitzende seine Frage dahin formuliert hätte, daß nach der Erklärung der „Leipziger Volkszeitung“ der Antrag der 116 Delegierten wohl als zurückgezogen anzusehen sei, niemand widersprochen haben, wie sich auch gegen die von ihm in Anwendung gebrachte Formel, die ganze Angelegenheit durch bloße Kenntnisnahme der Resolution und der Erklärung als erledigt zu erklären, kein Widerspruch erhob. Dem Protokoll wäre der Antrag der 116 Delegierten selbstverständlich auch bei erfolgter Zurücknahme eingezeichnet worden.

Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß der Artikel „Die 116“ in seinen materiellen Voraussetzungen nicht aufrecht zu erganzen ist, wie es auch faktisch unklar war, auf ganz unzulängliche Informationen hin den eben erledigten Streit von neuem anzufachen.

Ist der Artikel „Die 116“ aber immerhin noch begreiflich, so muß gegen Aufmachungen, wie sie in gleicher Sache im Artikel „Vom Revisionismus“ der Nr. 235 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Oktober d. J. ausgesprochen wurden, im Parteinteresse entschiedenste Verwahrung eingelegt werden.

Mit Revisionismus oder gar mit einer revidionistischen Verschwörung hatte der Antrag der 116 Delegierten absolut nichts zu tun. Die Unterzeichner jenes Antrages hatten ohne Rücksicht auf ihren sonstigen Standpunkt nur aus Empörung über die erklärliche Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ ihre Unterschrift zu dem Antrage gegeben.

Wenn es aber in dem Artikel in Nr. 235 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Oktober heißt:

„Unsere Redakteure haben gestern erklärt, daß sie die Notiz zurückgenommen hätten, um das Spiel des Revisionismus zu durchkreuzen und der Partei einen neuen Scandal zu ersparen.“

„An und für sich hatten wir nicht den geringsten Anlaß, die Notiz zurückzunehmen.“

so wird mit klaren Worten damit ausgesprochen, daß die Erklärung an den Parteitag nicht ausdrücklich gemeint gewesen sei, sondern nur ein tatsächliches Mündwort darstelle.

Sollte es Sitte werden, zu unabweisenden Erklärungen, wie die der „Leipziger Volkszeitung“ an den Parteitag, nachträglich solche Kommentare zu geben, dann würde es mit Treu und Glauben in der Partei bald übel bestellt sein.

Der Unterzeichnete glaubt daher aufs neue nach allen Seiten die dringende Mahnung aussprechen zu müssen, bei Austragung von Meinungsdivergenzen nur strengste Sachlichkeit und Loyalität walten zu lassen. Feststellungen, wie sie in dem wenig erfreulichen Streite zwischen „Neuem Montagsblatt“ und „Leipziger Volkszeitung“ gemacht worden mußten, werden dann für die Zukunft unmöglich sein.

Berlin, den 28. Oktober 1904.

Der Parteivorstand.

Partei-Nachrichten.

Dem Bremer Parteitag-Protokoll ist die erste Auflage vergriffen. Die zweite Auflage befindet sich im Reindruck. Der Verlag bietet diejenigen Orte, die ihre Bestellungen noch nicht ausgegeben haben, dies umgehend zu tun.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Offen haben beschlossen, in allen Orten des Kreises, wo einige Aussicht besteht, selbständig unter Ablehnung jedes Kompromisses an den Gemeindevätern teilzunehmen.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Bekämpfung des Mangels an Arbeiterinnen in der Buchbranche wird in der hiesigen Zeitschrift „Die Modistin“ ein wunderliches Mittel empfohlen. In diesem Blatte war vor einiger Zeit lebhaft Klage darüber geführt worden, daß in der Buchbranche nur noch schwer Arbeiterinnen zu bekommen seien. Demgegenüber war in Tagesblättern auf die Ursachen dieses Uebelstandes hingewiesen worden. Es wurde dargelegt, daß die Verzögerung der Arbeiterinnen durchs auszulänglich sei, die Arbeitszeit dafür aber um so länger. Dazu kommen zwei Salkonpausen, in denen die Arbeiterinnen einfach vor die Tür geschickt würden und hungrig dürsten.

Darauf erhebt nun „Die Modistin“ großen Lärm über Verhöhnung der Arbeiterinnen. Die Behauptungen seien unwahr, die Arbeiterinnen seien sogar sehr gut bezahlt usw. Und zum Schluss wird, um der Wirkung der Verhöhnungen vorzugeben, empfohlen: Wer heute eine Buchmacherin engagiert, sollte ausdrücklich vereinhären, daß:

- 1. im Falle von Krankheit die Lohnzahlung ausgeschlossen ist (darnit nicht die Krankenkasse und der Chef diese Zeit bezahlt) und
- 2. die gesetzlich festgelegte Ueberarbeitszeit als Arbeitszeit gilt und nicht besonders bezahlt wird.

Das wird, wenn die Branche wirklich an guten Arbeiterinnen Rot leidet, ihr sicher keinen Ueberfluß an solchen Arbeitskräften schaffen.

Verurteilt.

Das Moralische versteht sich immer von selbst. Wir halten uns deshalb auch gar nicht mit der Beschärzung auf, daß wir den Geschworenen und den Richtern in dem großen Fallschälmerprozeß die Absicht einer willentlichen Rechtsübertretung nicht zutrauen. Das Urteil aber, das sie gesprochen haben, scheint uns ein Fehlurteil zu sein. Selten wohl hat eine so große Zahl physisch minderwertiger Personen zu gleicher Zeit vor einem Gericht gestanden, wie in diesem Prozeß, der vom 10. Oktober ab bis vorgestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu Berlin spielte. Bei manchen Abweichungen in Einzelheiten waren doch die medizinischen Sachverständigen fast einstimmig der Ansicht, daß die Hauptangeklagten Wellhaus und Lache als anormale Menschen für ihr Tun und Treiben entweder gar nicht oder nur in einem minderen Maße strafrechtlich verantwortlich gemacht werden können. Der Buchdrucker Oswald Lache hat, als er mit dem Gesetze schon selber in Konflikt gekommen war, keine so sorgsam abwägenden Sachverständigen gefunden, sondern war auch damals zu einer außerordentlich hohen Buchhausstrafe verurteilt worden; dem Wanne in der ersten Hälfte der dreißigjährigen Jahre bitterten damals die Richter die firchterliche Wein gewiß auch nach bestem Wissen und Gewissen zu. Ob aber wohl ein einziger

unter ihnen den Gedanken erwoogen hatte, daß das Schreckensmittel des Buchhausstrafens den angekränkeltsten Menschen vollständig vernichten müsse? Ratslos nicht, dem sonst hätte dieser Richter nicht so urteilen können, wie er es getan hat. Und diesmal? Nach den Darlegungen der medizinischen Sachverständigen hätte wohl niemand außerhalb des Gerichtssaales geglaubt, daß das Schwurgericht ihn wiederum auf sechs Jahre ins Buchhaus schicken werde. Gerichtsarzt Dr. Hoffmann hatte befunden: „Lache ist ein kranker Mann.“; er gab die Möglichkeit zu, daß Lache bei Ausübung der Tat im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches unzurechnungsfähig gewesen sei; Dr. Köppen sagte, daß „Lache ein Paranoiker ist, an akronischer Paranoia leidet“; „sein Benehmen ist keineswegs gezeichnet“; „ein Paranoiker ist bei jedem Denken und Tun durch seine Krankheit beeinflusst und deshalb muß der § 51 auf Lache Anwendung finden“. Ueber Wellhaus äußerten sich noch mehr Ärzte. Dr. Strahmann bezeichnete ihn als „nicht vollkommen normal“; Dr. Korinnann sagte, er sei „degeneriert und leide an krankhafter hysterischer Veranlagung“; Dr. Leppmann meinte zwar, die freie Willensentscheidung sei bei Wellhaus vorhanden gewesen, immerhin sei er ein „geistig minderwertiger“; Dr. Köppen, Dr. Edörner, Dr. Hoffmann, Dr. Wittenzweig waren einstimmig der Ansicht, daß Wellhaus „nicht als vollwertig“ anzusehen sei.

Und doch dieses Urteil! Aus den Reihen der Geschworenen trat ein Theologieprofessor, also sicherlich ein „im Christentum gefestigter“ Mann, den Sachverständigen mit seinem Zweifel entgegen. Dieser Dr. Wältenweber erscheint uns als die Verkörperung der bereinigten Auffassungen vom Wesen des Verbrechers und des Verbrechens. Er sprach, so meldet der Bericht, „als Laie seine Verwunderung darüber aus, daß nun ein Mann, der über Jahrzehnte und Tag so gehandelt hat, daß nach ein Laienansicht eine vollständige Dispositionsfähigkeit herauszukauf, dafür gar nicht verantwortlich sein soll. Ferner zeige doch wohl ein geistig minderwertiger Mensch auch eine Minderwertigkeit auf sittlichem und moralischem Gebiete und da wäre es wünschenswert, zu erfahren, ob Ueberzeugungen zugute getreten sind, wonach Lache irgendwie bedauert, daß er in seinem Streben, sich durch ein Verbrechen für ein ihm widerfahrenes Unrecht zu rächen, einen ganz jungen, unbescholtenen Menschen mit in das Unglück hineingezogen hat.“ Was er hier vorlegte, sind die Ansichten des braven Philisters, den — Gott sei Dank! — schon die bei seiner Geburt bewiesene Vorsicht in der Auswahl seiner Eltern vor den Gefahren einer Kollision mit dem Strafrichter jeherzeit bewahrt hat. Aber wie gefährlich sind solche braven Männer auf den Geschworenensbänken! Einer bewachten Bewußung des Rechtes gewiß unfähig, sind doch gerade sie die Schöpfer so manchen irrtümeligen Fehlurtheils. Mit einer nativ-selbstständigen Sicherheit in der Beurteilung fremder Individualitäten und gesellschaftlicher Zustände finden sie fast niemals den Weg des Verständnisses für einen Straußelnden, für einen Minderwertigen. Sittliche Werturteile ruhen, wohlgegelapfelt und geordnet, in den Schubfächern ihres Geistes und harren nur des Augenblickes, wo sie zum Lichte befördert werden, heute in einer Predigt, morgen in einer Volkserzählung, übermorgen im Geschworenenszimmer. Was wissen sie von Lombroso und Liszt, von Ferrari und Toulousse, von Schaffenburg und Forst! Diese „Neuerer“ sind ihnen, wenn sie durch Zufall einmal etwas von ihnen vernehmen, sicherlich verächtlich, eben weil sie Neuerer sind. Welche Summe von Aufklärungsarbeit haben wir in unserem Volke noch zu leisten, welche liebevolle Umgebung müssen wir noch aufwenden, um mit wissenschaftlicher Erkenntnis zugleich die Reime einer höheren Humanität zu verbreiten...

Aber die Geschworenen stehen nicht allein. Neben ihnen, und in gewissem Sinne über ihnen anten gelehrte Richter. Man hat in diesem Prozeß die gebulbige und zielklare Leitung des Herrn Landgerichtsrichters Kanjow genüßt; von den anderen Richtern ist in den Verhandlungen keiner hervorgetreten. Persönlich sind sie uns gänzlich unbekannt. Aber mindestens einer von den drei Männern im Talat muß von der Verantwortlichkeit der Angeklagten durchdrungen gewesen sein, da sonst in: ligstens die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, den Schuldpruch der Geschworenen vom Gerichtliche aus als einen zu ungünstigen der Angeklagten irrenden zu korrigieren. Wie so oft verstehen wir auch diesmal unsere gelehrten Richter nicht. Nach diesem Prozeß werden sich wieder die Vorwürfe gegen die heutige Strafgeschäftsverteilung erheben müssen. Gegen das System, nicht gegen einzelne Personen. Manche Richter kommen nun einmal nicht über die engen Grenzen der Rache- und Sühne-Idee hinaus, sehen nur das Verbrechen, niemals den Verbrecher vor sich und urteilen nach dem Schema des Gesetzbuchparagrafen frisch darauf los. Die Brust schmilzt ihnen wohl gar im Hochgefühl, daß sie durch scharfe Strafen der „Unfittlichkeit“ und „Ungezelligkeit“ einen Damm entgegenrücken, von denen bekanntlich unsere Zeit besonders stark heimgesucht sein soll. Das Publikum, das mit großer Aufmerksamkeit den Verhandlungen vor dem Schwurgerichte folgte, erfuhr aus den Darlegungen des medizinischen Sachverständigen Dr. Leppmann vielleicht zum erstenmal die Bezeichnung „Buchhausstrafe“ für eine dem Kriminalisten wohlbekannte krankhafte Entartung langjähriger Buchhausinsassen. Wir freuen uns darüber, daß dieses Wort jetzt einmal auch im Gerichtssaal gefallen ist, denn es wird die Aufmerksamkeit sicherer auf eine wichtige Sache lenken, als dieidelleibige Abhandlungen der Strafrechtstheoretiker und Gesetznisräte. Eine Revision unseres Strafrechts steht bevor; endlich, endlich hat die Regierung sich entschlossen, die „einleitenden Schritte zu einer sachgemäßen Vorbereitung“ dieser Reform zu thun; wenn alles gut wird, was lange währt, dann muß diese Reform sehr gut ausfallen. Uns fehlt freilich der Glaube daran. Die leitenen Männer in unserem Justizdienst, die doch schließlich den Ausschlag geben, sind alle aus urältester kriminalistischer Schule. Wenn ihnen etwas abgetrogt werden kann, dann nur unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, die sich in strafrechtlichen Dingen erfahrungsgemäß vorzugsweise aus Prozeßberichten bildet. Die öffentliche Meinung kann ihrer Natur nach nur mit Schlagworten arbeiten und muß das Detail vernachlässigen; in Sachen der Strafrechtsreform und Strafvolksreform sollte das Schlagwort „Buchhausstrafe“ die guten Dienste eines Mauerbrechers und Sturmbohrs leisten. Deshalb eben registrieren wir es mit Freuden. Wer es in seiner ganzen Gräßlichkeit überdacht hat, wer sich einmal ausgewagt hat, welche Tragödien hinter den finstern Mauern spielen mußten, ehe die Irrenden in unzähligen Einzelfällen heraus den Begriff des „Buchhausstrafe“ abzuleiten vermochten, der muß sich mit uns gegen die Richtsichtigung der ärztlichen Gutachten wenden, die auch in diesem Prozesse wieder zugute trat. Wozu denn diese Gutachten, die quatschvolle Verlängerung der Untersuchungsphase zum Zwecke ärztlicher Ueberzeugung, wenn so prägnante, widerspruchsfreie Gutachten gar keinen Einfluß auf das Urteil haben sollen? Wenn wir ärztliche Gutachter in Berliner Gerichtssälen wären, — wir wüßten, was wir nach einem solchen Gehör täten! ...

„Fallschälmer“ waren es, die vor den Schranken des Gerichts standen. Mit wenigen Ausnahmen arme Teufel von noch jugendlichem Alter, aufgewachsen in der Zeit des herrlich erblühenden Kapitalismus. Lache und Wellhaus haben bei ihren Deklamationen öfter Phrasen gegen die heutige Gesellschaftsordnung geschwollen und sich dadurch in den Ruf von „Anarchisten“ und „Sozialisten“ gebracht. Sie haben sich dieser Gesellschaftsform nicht anpassen vermagt. Ihrem irden Geiste dämmerte im Schrecken des Buchhauses vielleicht einmal der Gedanke noch auf, daß sie nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine kolossale Dummheit begingen, als sie Geld fälligten.

ein feiner Herr sie um milde Gaben für eine Krücke angefordert und ihnen einen Orden dafür gebracht. Aber Gelo schickte — sein Knecht! Natürlich muß sich das Later erbrehen und die Tugend sich zu Lische jegen. Es mühte zu argen Weltläufigkeiten führen, wenn der „ehrenwerte Erwerb“ durch die Tüchtigkeit dunkler Grundsätze erschwert werden könnte.

Aber wir wollen nicht weiter auf diese Seite der Sache eingehen, sondern den Nachdruck unserer Betrachtung auf das Aktualitätssache legen; und da wiederholen wir, was wir oben sagten: der Urteilspruch gegen Lache und Gehaus dünkt uns ein Besprüch.

Aus Industrie und Handel.

Die Kurssteigerung der Aktien der Berliner Elektrizitätswerke an der vorgestrigen Börse findet ihre Erklärung. Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft hatte nämlich am Mittwoch in einer Sitzung die Verteilung einer Dividende von $2\frac{1}{2}$ Proz. (statt 9 Proz. im Vorjahre) und zugleich die Erhöhung des Grundkapitals um 6,3 Millionen beschlossen, und die Kenntnis dieses Beschlusses ist von Eingeweihten fogleich am nächsten Tage zum Ankauf von Aktien ausgenutzt worden; denn erstens ist die Dividende etwas höher als erwartet wurde, und zweitens sollen die neuen Aktien den bisherigen Aktionären zu 103 Proz. angeboten werden, also zu einem außerordentlich niedrigen Kurs — der Kurs der alten Aktien stieg sich nämlich am Mittwoch auf 205 Proz.

Die Verwaltung der Berliner Elektrizitätswerke hat über diese Aufsichtsratsbeschlüsse noch vorgestern Abend folgende uns nicht zugewandene Mitteilung an die Presse verhandelt:

„In der gestrigen Aufsichtsrats-Sitzung wurde seitens des Vorstandes Bericht über das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres erstattet. Dasselbe ermöglicht die Verteilung einer Dividende von $2\frac{1}{2}$ Proz. (gegen 9 Proz. i. V.), ein Resultat, das um so erfreulicher ist, als der um etwa 27 Proz. (für die Mehrheit der Anlagen) ermäßigte Lichttarif das ganze zweite Halbjahr hindurch in Geltung war. Die Stromabgabe ist in erwarteter Weise gestiegen; sie betrug 98 501 404 Kilowattstunden (gegen 85 783 679 Kilowattstunden i. V.). Die Zahlungen von der Stadt Berlin betragen sich auf 2 846 295 M. (gegen das Vorjahr 272 958 M. mehr). Der auf den 30. November einzuberufende Generalversammlung soll die Erhöhung des jetzt 25,2 Millionen Mark betragenden Grundkapitals um 6,3 Millionen Mark vorgeschlagen werden. Die neuen Aktien würden zu 103 Proz. zur Ausgabe gelangen. Auch in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres steigt die Stromabgabe dauernd, und der Anstuf von Anlagen und Eingang von Neuanschaffungen macht besriedigende Fortschritte.“

Es wäre besser gewesen, die Verwaltung hätte ihre Mitteilung sofort nach der Aufsichtsrats-Sitzung verhandelt, damit die Kenntnis der gefassten Beschlüsse nicht in oben erwähnter Weise hätte ausgenutzt werden können. Indes gehören solche Dinge nun einmal zu den Schönheiten des heutigen kapitalistischen Systems, und wollen wir darüber nicht rechten. Anders steht es aber um den Beschluß, das Aktienkapital um 6,3 Millionen Mark, d. h. von 25,2 auf 31,5 Millionen zu erhöhen. Dieser Beschluß geht auch das große Publikum an, denn er bezweckt lediglich, die Stadt Berlin um einen ihr zustehenden Gewinnanteil zu bringen. Außer einer Abgabe von 10 Proz. von der Brutto-Einnahme aus der Lieferung von Licht und Kraft hat nämlich nach dem Vertrage von 1899 die Stadt noch einen Anteil vom Reingewinn zu fordern, und zwar ist dieser Anteil auf 50 Prozent von dem über 6 Proz. betragenden Gewinn des Aktienkapitals bis zur Höhe von 20 Millionen Mark festgesetzt und ferner auf 50 Proz. von dem über 4 Proz. hinausgehenden Gewinn desjenigen Aktienkapitals, das den Betrag von 20 Millionen übersteigt. Diese Gewinnzahlung ist der Gesellschaft unangenehm; sie steckt gerne den Reingewinn allein in die Tasche, und so ist sie nach dem Vorbild der Großen Berliner Straßenbahn auf den Ausweg verfallen, das Aktienkapital zu vergrößern, um den über die obigen Prozentfüße von 6 resp. 4 Proz. hinausgehenden, mit der Stadt zu teilenden Gewinn-Überschuß zu verkleinern. Damit aber dennoch die Aktionäre ihren „gerechten Entbehrenslohn“ erhalten, werden die neuen Aktien zu einem ganz unvernünftig niedrigen Kurs angeboten. So preßt man die Stadt um ihren Gewinnanteil und prallt sie in die Taschen der Aktionäre. Leider läßt sich nach dem von der Stadt mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrage kaum etwas gegen solche Manipulationen machen.

Wer will Aufsichtsrat werden? In der gestrigen Morgenausgabe des „Berliner Börsen-Courier“ findet sich folgendes das heutige Aufsichtsratswesen treffend charakterisierende Inserat: Aufsichtsratsposten bei mit Behörden verb. Bau-Gesellschaft zu besetzen. Bei Kapitalbeteiligung: Dividende nicht unter 20 Proz. u. Sicherstellung. Discretion zuges. Ausführliche Off. an Reuter, Friedenau, Cranachstraße 24.

Die Aufsichtsratsmitglieder haben beunruhigt ganz andere Zwecke als die Verwaltung der Geschäftsführung einer Aktiengesellschaft. Meist fehlen ihnen zu solcher Tätigkeit sogar alle erforderlichen Geschäftskenntnisse. Teils betraut man Personen mit Aufsichtsratsposten, um ihnen aus irgend welchen Gründen, zum Beispiel aus verwandtschaftlichen Rücksichten, eine Stellung zu verschaffen, teils um sie nach außen als vornehmehes Aushängeschild zu verwenden oder durch ihren Einfluß Beziehungen zu solchen Kreisen zu erlangen, die bei der Entrichtung von Geschäften nützlich sein können. Deshalb die Vorliebe mancher Gesellschaften, in ihre Aufsichtsräte solche Personen zu wählen, die als pensionierte höhere Beamte oder Militärs gute „Kommerzionen“ haben. So einen Herrn mit Kommerzionen sucht jedenfalls auch die obige Bau-Gesellschaft. Wenn man „mit Behörden arbeitet“, kann solch eine Größe manchmal ganz nützlich sein.

Das Kohlenyndikat hat Glück. Gerade jetzt, wo seine Vorräte ihm über den Kopf zu wachsen drohen, brauchen in seinen Lagern große Vorräte aus. Dem Hagener „Westfäl. Tageblatt“ wird darüber aus Ruhrort gemeldet: Das im benachbarten Homberg in Brand geratene Kohlenlager umfaßt etwa 18 000 Zentner. Es handelt sich um ein Sandlagerslager. Auffallenderweise stehen zurzeit vier große Kohlenlager des Syndikats in Brand. Außer dem Homberger nämlich noch eins im hiesigen Kaiserhofen, wo der Hafendampfer „Sant“ seit Freitagabend mit zwei Haupt- und vier Anschlagleitungen löscht, und zwei Lager von 40- und 60 000 Doppelwaggons in Ruhrort bzw. Rheinau bei Raunheim. Das in Brand stehende Lager in Kaiserhofen umfaßt 40-50 000 Zentner.

Die Hamburg-America-Linie hat ihre Preise für die Ueberfahrt im Zwischened von Hamburg nach Nordamerika, die sie jüngst in ihrem Konkurrenzkampf gegen die Cunard-Linie etwas ermäßigt hatte, wieder erhöht. Fortan gelten, wie dem „Berliner Börsen-Courier“ aus Hamburg gemeldet wird, folgende Zwischenedpreise: von Hamburg nach New York oder von Cherbourg nach New York mit dem Schnelldampfer „Deutschland“ 150 M., von Hamburg nach New York oder von Boulogne nach New York mit den Doppelschrauben-Postdampfern „Rolfte“, „Blücher“ und „Hamburg“ sowie mit den Postdampfern „Graf Waldersee“, „Patrizia“, „Pennsylvania“, „Victoria“, „Batavia“, „Selgravia“ und „Bulgaria“ 140 M., von Antwerpen nach Duesee oder nach St. John — die letzteren Fahrten mit den Dampfern der Canadian Pacific Railway Company — 80 M. Da die Cunard-Linie für die Ueberfahrt von Hamburg nach New York mit Schnell-

dampfern jetzt nur 100 M. im Zwischened erhebt, so ergibt sich, daß die deutschen Dampfer einen um 40-50 Proz. höheren Fahrpreis aufweisen.

In der umgekehrten Richtung — von Amerika nach Europa — sind, wie immer, wesentlich niedrigere Sätze festgesetzt worden, und zwar haben die Zwischeneder von New York nach Hamburg auf dem Schnelldampfer „Deutschland“ 105 M., auf den Postdampfern „Rolfte“, „Blücher“ und „Hamburg“ nur 84 M. und auf den übrigen Postdampfern gar nur 71 M. zu zahlen. Bei Benützung der deutschen Linien für die Fahrt von Europa nach Boston, Baltimore, Philadelphia u. tritt insofern eine Verteuerung der Reise ein, als die Hamburg-America-Linie zurzeit auf direkte Passagierfahrten nach diesen Plätzen verzichtet, so daß bei Benützung der Bahn beispielsweise nach Boston ein Anschlag von 12,75 M. für die Eisenbahnfahrt von New York zu entrichten ist, während die Cunard-Linie auch für die Fahrten von den europäischen Häfen nach Boston nur den Satz von 100 M. von Zwischenedern erhebt.

Allein Ansehen nach sucht die Hamburg-America-Linie einzulenken und mit der Cunard-Linie einen Ausgleich zu erzielen, da sich die von uns wiederholt gekennzeichnete Praxis, die russischen Auswanderer gewaltig auf Ueberfahrt auf deutschen Schiffen nach den Vereinigten Staaten zu zwingen, nicht länger durchführen läßt.

Zementkartelle. Die zwischen den verschiedenen Zementgruppen geführten Verhandlungen über die Festsetzung gleicher Preise und Abfertigung bestimmter Abgabebiete haben zu einer gewissen Verständigung geführt. Die Berliner und die oberbayerischen Zementfabriken sind übereingekommen, sich in die Abgabebiete Mitteldeutschlands zu teilen. Auch die Preise sollen übereinstimmend festgelegt werden. — Die in Hannover geführten Verhandlungen zwischen dem unterbayerischen und dem hannoverschen Zentralverband haben ebenfalls zu einer Einigung über die in Aussicht genommene Preis-lombentation geführt.

Deutschlands Außenhandel in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres hat sich im Vergleich zum Vorjahr ziemlich günstig gestaltet. Die Einfuhr betrug insgesamt 352 092 130 Doppelzentner (i. V. 342 208 739 Doppelzentner) und die Ausfuhr 283 703 890 Doppelzentner (282 620 344 Doppelzentner). An der Einfuhr sind in erster Linie Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Loz mit 111 530 575 Doppelzentner (118 100 964 Doppelzentner), Holz und andere Schnitzstoffe mit 41 277 700 Doppelzentner (38 749 148 Doppelzentner), Erden und Erze mit 78 682 555 Doppelzentner (65 542 139 Doppelzentner), Abfälle mit 10 112 488 Doppelzentner (10 115 615 Doppelzentner), Getreide mit 49 584 497 Doppelzentner (52 787 980 Doppelzentner), Material-, Spezerei- und Konditorwaren mit 10 095 941 Doppelzentner (10 259 183 Doppelzentner) und Steine und Steinwaren mit 8 120 798 Doppelzentner (8 350 792 Doppelzentner) beteiligt. Am bedeutendsten war die Zunahme der Einfuhr bei Erden mit 10 490 416 Doppelzentner (19 689 176 Doppelzentner) und bei Holz mit 2 582 361 Doppelzentner (7 487 555 Doppelzentner). Am stärksten abgenommen hat die Einfuhr bei Getreide mit 3 208 483 Doppelzentner (378 997 Doppelzentner) und bei Steinkohlen mit 1 570 359 Doppelzentner (Zunahme 2 223 904 Doppelzentner).

Bei der Ausfuhr entfielen auf Steinkohlen, Braunkohlen usw. 157 381 282 Doppelzentner (153 174 947 Doppelzentner), auf Erden und Erze 49 509 926 Doppelzentner (47 428 599 Doppelzentner) und auf Eisen und Eisenwaren 20 828 091 Doppelzentner (26 710 709 Doppelzentner). Ferner waren beträchtlich an der Ausfuhr beteiligt Getreide mit 8 231 947 Doppelzentner (5 411 694 Doppelzentner), Holz mit 4 484 891 Doppelzentner (4 880 169 Doppelzentner), Material-, Spezerei- und Konditorwaren mit 11 880 900 Doppelzentner (14 608 362 Doppelzentner) und Lösswaren mit 8 412 126 Doppelzentner (8 518 252 Doppelzentner). Am stärksten erhöerte sich der Rückgang der Ausfuhr bei Eisen mit 5 884 618 Doppelzentner und bei Material- und Spezereiwaren mit 2 722 482 Doppelzentner (2 978 200 Doppelzentner).

Deutsches Gas- und Siederohr-Syndikat zu Düsseldorf. Die Verhandlungen des Syndikats mit den nicht syndizierten Werken zwecks Beitritts sind bisher ergebnislos geblieben und lassen bei den vorhandenen Differenzen über die Beteiligungsziffern einen Erfolg nicht mehr erwarten. Es ist daher wahrscheinlich, daß sich das Syndikat mit Ablauf dieses Jahres auflösen wird.

Gewerkchaftliches.

Und doch „christlicher Streikbruch“.

Die „Märkische Volkszeitung“, das Blatt der katholischen Arbeitervereine Berlins und der Umgegend, müht sich drei Spalten lang vergeblich ab, die vomonellische Streikbrechermission und ihre „La Patria“ reinzuwaschen. Ein aus der Patria-Expedition herborgegangenener Washzettel muß das Material dazu spenden, — den Schaum spricht sie mit „Wassenhäh“, „Verseumdungssucht“, „gegen besseres Wissen“ und „Wahrheit malsträtieren“ um sich herum.

Vor allem weist sie den Vorwurf der absichtlichen Streikbrecherdermittlung als unerblich zurück und behauptet, die „La Patria“ sei prinzipiell auf dem Standpunkt, keinerlei Streikbrecher zu vermitteln. Die Redaktion könne aus ihrem Kopierbuch nachweisen, daß sie Inserate sofort inhibiert, wenn sie erfährt, daß an den betreffenden Orten gestreift werde. Das mag neuerdings zutreffen, seitdem die „La Patria“ infolge der scharfen Kritik der Gewerkschaftspresse vorichtig geworden ist, — es ändert aber nichts an der Tendenz der von und gedrandmarzten Fälle, weil der Redakteur der „Patria“, Dr. Caselli, die rechtzeitige Kenntnis dieser betreffenden Streiks gar nicht bestreitet, wohl aber die Verpflichtung, für „sozialdemokratische“ Streiks und Aussperrungen einzutreten.

Die „Märk. Volkszeitung“ lehnt zwar die ihr unangenehme Vermittlung aus Dr. Casellis eigenen Briefen ab; sie meint: „Das herauszulesen, was der Fortwärts“ heraus konstruiert, bringen eben nur Sozialdemokraten fertig, denen der Satz gegen alles Christliche schon den Verstand unnebelt hat.“ Die Briefe Dr. Casellis an die „Tribuna“ sind so klar, daß es nichts zu konstruieren und herauszulesen gibt. Deshalb appelliert die „Märk. Volkszeitung“ nicht an den Verstand ihrer Leser, indem sie denselben die vom „Correspondenzblatt der Generalcommission“ veröffentlichten Briefe im vollen Wortlaut wiedergibt?

Die ganze Rettungskaktion des märkischen Zentrumsorgans bricht aber schlaglich zusammen bei seiner Verteidigung der christlichen Streikbrecherei von Essen und Köln. Es behauptet, daß die Christlichen in Essen die Situation besser überstehen und vorher beschloffen hätten, nicht zu streiken. Die „Genossen“ hätten, nachdem sie hereingefallen waren, ihren Fehler selbst anerkannt; aus Karger aber über ihre unstatimige Operation schimpften sie die Christlichen nach heute Streikbrecher. Das Strehen leiden der christlichen Maurer gibt die „Märk. Volkszeitung“ selbst zu; sie scheint es als eine Ehrenfrage der christlichen Gewerkschaft zu empfinden, im Gegenfatz zur Mehrheit der Kollegenfchaft in Arbeit zu bleiben. Der Fehler der freien Maurer bestand eben darin, daß sie mangels vorheriger Sicherung des gemeinsamen Vorgehens in den Kampf traten, der infolge der Weiterarbeit der Christlichen keinen Erfolg bringen konnte. Nun mag man über diese Nichtbeteiligung der Christlichen denken wie man will, — soweit dusten sie sich nicht vergeblich, die Streikarbeit der übrigen Maurer zu machen. Sie haben dies getan, sie haben sogar die Plätze der Streikenden eingenommen, und dies Verhalten qualifiziert sich als Streikbruch. Daran ändert nichts, daß die freien Maurer später ihr Vorgehen als unstatimig anerkannten.

Wie in Essen, so in Köln. Die „Märk. Volkszeitung“ schreibt: „In Köln wollten die sozialdemokratischen Maurer einen sehr vorteilhaften Tarifvertrag nur darum nicht abschließen, weil auch die christliche Organisation daran beteiligt war. Der christliche Verband ließ sich aber nicht an die Wand drücken, sondern schloß den Tarifvertrag allein ab und schickte sich an, für Arbeitskräfte zu sorgen, worauf die „Genossen“ kapitulierten.“ Dies

gibt die „Märk. Volkszeitung“ selbst zu, daß der christliche Verband durch Heranziehung von Arbeitskräften die freien Maurer zum Nachgeben gezwungen hat. Wenn man, während der eine Teil der Streikenden noch im Kampfe steht, Unbeteiligte aus anderen Orten heranzholt, um die Arbeitsstellen der Streikenden füllen zu lassen, wenn man sich den Unternehmern gegenüber verpflichtet, ihnen Arbeitswillige zu beschaffen, um den Widerstand der anderen zu brechen, — ist das kein Streikbruch? Wie lagen denn in Wirklichkeit die Dinge? In Köln waren die christlichen Maurer in so geringem Verhältnis am Streik beteiligt, daß die Streikleitung der freien Maurer eine besondere Vertretung derselben in der Einigungs-kommission nicht für nötig hielt. Die Unternehmer, den Gegenfatz zwischen beiden Arbeitergruppen klug ausnützend, hielten an der Zuziehung der Christlichen fest. Daran zerklüfteten sich die Verhandlungen. Anstatt nun durch die beiderseitigen Verbandsvorstände eine Verständigung über die freitige Frage herbeizuführen, verständigte die christliche Leitung sich mit den — Unternehmern, schloß das erwähnte Abkommen und lombanderte die christlichen Streikenden nicht bloß wieder zur Arbeit, sondern schaffte Arbeitskräfte aus allen Teilen Deutschlands herbei. Diese Leute traten angestrichelt der Fortdauer des Kampfes der freien Maurer an die Plätze der letzteren. Das war vollendeter Streikbruch, dessen Verantwortung die Zentralleitung des christlichen Verbandes trägt. Das ist die Schandebon Essen und Köln, die sie nicht wieder los wird. Wer sich mit den Unternehmern gegen seine Mitarbeiter verbündet, begeht eben Arbeiterverrat.

Dieser Arbeiterverrat ist aber die logische Folge der religiösen Sonderbündelerei und der Zerspitterung der einheitlichen Arbeiterorganisation. Mit der „Märk. Volkszeitung“ darüber zu streiten, daß die religiöse Ueberzeugung mit den Gewerkschaftsaufgaben nicht zu tun hat und christliche Gewerkschaften deshalb schädlich sind, erscheint uns nutzlos. Ein Organ, das selbst den christlichen Gewerkschaftsstandpunkt dadurch bekämpft, daß es den christlichen Gewerkschaften noch besondere katholische Gewerkschaften gegenüberstellt, erscheint uns zu allererst geeignet, die freien Gewerkschaften des Religionshasses anzuliegen.

Die Aussperrung der Möbelsticker.

Nach genauen Feststellungen, die der Holzarbeiter-Verband am 27. d. M. vornahm, hatten sich bis dahin 136 Betriebe, welche zusammen 2782 Arbeiter beschäftigten, an der Aussperrung beteiligt. An genannten Tage waren 792 Mitglieder ausgesperrt, die sich auf 116 Werkstätten verteilten. 781 Mitglieder aus 40 Werkstätten sind zugunsten der Aussperrten in den Streik getreten. Seit der Zählung vom 20. d. M. hat sich die Zahl der Aussperrten um 158 vermehrt. Seit der Zeit vor der Aussperrung befinden sich 247 Mitglieder aus 9 Werkstätten im Streik. Im ganzen sind also 1730 Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes als Streikende und Aussperrte zu verzeichnen. Abgemeldet nach außerhalb und in Arbeit getreten sind seit dem 20. d. M. 82 der Aussperrten bzw. Streikenden. Dadurch erklärt sich in der vorstehenden Aufstellung die Verminderung der Zahl der an der Aussperrung beteiligten Werkstätten von 136 auf 116.

Gemäß der Anweisung, die ihnen in der letzten Nummer der „Fachszeitung“ gegeben wurde, geben eine Anzahl von Tischlermeistern mit Schadenserschlaglagen wegen Kontraktbruch gegen diejenigen Arbeiter vor, die die Arbeit niedergelegt und ihren Afford noch nicht vollständig hatten. Auch dieses kleine Mittel, wenn es den Werkstätten selbst einige Kosten verurachen sollte, kann die verlorene Position der aussperrungslustigen Arbeitgeber ebenso wenig verbessern, wie der vergebliche Ansturm auf die Verbandskasse, den man durch die Aussperrung glauben herbeizuführen zu können.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ enthält folgende recht interessante Enthüllung: In einer Versammlung der Bautischlermeister Berlins, am 7. Oktober, hat nach dem Bericht der „Fachszeitung“ Herr Plath ein ausgeführt:

„Daß die Lage für die Arbeiter nicht so günstig sein könne, gehe schon daraus hervor, daß dieselben den ersten Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes, den Reichstags-Abgeordneten Klotz, aus Stuttgart nach Berlin berufen haben, der eine Beilegung des Kampfes versuchen soll.“

Wie aus dem Bericht gleichfalls ersichtlich, war auch Herr Kahardt in dieser Versammlung; wir vermiffen aber in dem Bericht der „Fachszeitung“, daß Herr Kahardt seinen Kollegen Plathen dahin berichtet, daß nicht die Arbeiter, sondern der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands, Herr Kahardt in eigener Person, es war, welcher in einem an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nach Stuttgart gerichteten Briefe um die Entsendung eines Vorstandsvertreter nachsuchte!

Eine Vorortkonferenz des Holzarbeiter-Verbandes

fand am Sonntag in Berlin statt. Vertreter waren die Zahlstellen Aberschhof, Friedrichshagen, Ober-Schöne-weide, Rixdorf, Schöneberg, Steglitz, Vichter-felde, Charlottenburg, Weichensee, Potsdam und Lundenwalde; den Gavourstand vertraten Stufche und Leopold. Stufche referierte über die Aussperrung der Möbelsticker in Berlin und die Taktik des Holzarbeiter-Verbandes. Die hieran anschließende Besprechungszeitung der Zahlstellen-vorstände über die am Ort streikenden und aussperrten Holzarbeiter ergab, daß nur ganz vereinzelt ausgesperrte Holzarbeiter vorhanden sind, die aber in Berlin beschäftigt waren. Die Holz-industriellen und Tischlermeister der Berliner Vororte haben sich nirgends an der Aussperrung beteiligt, obwohl viele den Berliner Unternehmerverbänden angehören. Die Rixdorf-er Bautischlermeister sind vom Vorstand des Zentralverbandes der Bautischlermeister Berlins und Umgegend durch Zirkular aufgefordert worden, Gesellen zu entlassen. Bis jetzt sind sie dieser Aufforderung nicht nachgekommen. In Weichensee ist eine größere Firma (Schirn) aus dem Arbeitgeberverbandsverband der Tischlermeister ausgeschlossen worden, weil sie sechs in Berlin ausgesperrte Tischler eingestellt hat. Im Lundenwalde streifen die Tischler in drei Betrieben um die im Frühjahr versprochenen 5 Prozent Lohnzuschlag. Auf das Eingreifen des Gavourstandes sah sich der Zentralvorstand des Arbeitgeberverbands in Berlin veranlaßt, den Lundenwalder Werkstern die Unterstützung zu verweigern, weil sie als Konkurrenten der Berliner Tischlermeister Affordpreise bezahlten, die kaum Zweidrittel so hoch sind wie in Berlin.

In der Diskussion wird hauptsächlich über die zur Abwehr der Aussperrung einzuschlagende Taktik gesprochen. Die von den Vertretern des Gavourstandes empfohlenen Verhaltensmaßnahmen finden zulezt allgemeine Zustimmung. Von einer Arbeitsübertragung bei den Meistern, welche den aussperrten Unternehmervereinen angehören, wird Abstand genommen. Beteiligten sich die Unternehmer der Vororte an der Aussperrung, so soll in jedem einzelnen Falle geprüft werden, welche Gegenmaßnahmen mit Erfolg angewendet werden können. Im übrigen nehmen die Zahlstellen der Vororte eine abwartende Stellung ein. Abgelehnt werden die Vorschläge, deren Ausführung größere Opfer erfordern, ohne daß für die beteiligten Arbeiter ein Vorteil geschaffen wird. Da nicht abzusehen ist, welchen Umfang die Aussperrung annehmen kann und wie lange ihre Dauer sein wird, sollen die Massen des Verbandes möglichst geschützt werden. Die Arbeitsnachweise und Zahlstellenverwaltungen der Vororte werden bemüht sein, eine Anzahl der in Berlin ausgesperrten Holzarbeiter in Arbeit zu bringen.

Die weiteren Verhandlungen der Konferenz betrafen Vertrauensangelegenheiten, die nicht von allgemeinem Interesse waren. Die Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises im Glaser-gewerbe. Gestern Abend fand im Gewerkschaftshaus eine sehr zahlreich besuchte, vom Zentralverband der Glaser einberufene auf-

Arbeitsnachweiskommissionen. In der nächsten Sitzung von der Tarifkommission gab, welche in ihrer letzten Sitzung zu dem gegen den paritätischen Arbeitsnachweis gerichteten Beschluß der Zunftung Stellung nahm. Die Tarifkommission hat beschloffen, folgendes Fiskus an die Arbeitgeber zu versenden:

Tarifkommission (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) für das Glasergewerbe zu Groß-Berlin.

An die Herren Arbeitgeber unseres Gewerbes!

Berücksichtigt durch den Beschluß der letzten Quartalsversammlung der Berliner Glas-Zunftangewandten, den bestehenden Zunftangewandten nicht zugunsten des paritätischen Arbeitsnachweises aufzugeben, macht die Tarifkommission darauf aufmerksam, daß in dem abgeschlossenen Lohnvertrag die Errichtung des paritätischen Nachweises festgelegt wurde; insoweit ist jede Bemerkung eines anderen Nachweises, oder Einstellung von Arbeitskräften auf anderem Wege als durch den paritätischen Nachweis als Tarifbruch anzusehen und hat sich jede Firma die aus einer Umgehung des Nachweises entstehenden Folgen und Maßnahmen der Tarifkommission selbst zuzuschreiben.

Audem wir hoffen, daß es nur dieses kurzen Hinweis bedarf, sprechen wir den Wunsch aus, daß die Arbeitsnachweis-Angelegenheit keinen Anlaß bieten möge zu neuen Differenzen im Gewerbe, und zeichnen

Hochachtungsvoll

Die Tarifkommission.

Für die Arbeitgeber: J. Salomonis.

Für die Arbeitnehmer: G. Jahn.

NB. Der paritätische Arbeitsnachweis befindet sich Hermannstraße 13.

Man darf nun wohl erwarten, daß auch der Obermeister Joost von der Glaserinnung, der zugleich Mitglied des Verbandes der Glaserbesitzer ist, nun seine Agitation gegen den paritätischen Nachweis aufgibt. Uebrigens hat sich die Freie Vereinigung der Glasermeister dem Nachweis jetzt ebenfalls angeschlossen. — Bei denjenigen Arbeitgebern, die den Nachweis nicht anerkennen, soll nicht weitergearbeitet werden. Alle Nachrichten über die Bewegung sind bis auf weiteres nach dem Restaurant Augustin, Lindenstr. 69, 1. Hof, zu richten, wo Vertreter der Tarifkommission anwesend sind.

In der Versammlung wurden auch die roten Arbeitsberechtigungsfragen ausgegeben. Alle Bauarbeiter werden ersucht, sich bei den Gläsern nach dieser Karte zu erkundigen.

Vom Streik der Klavierarbeiter wird berichtet, daß die beschlossene Aussperrung bisher noch in keinem Falle begonnen hat. Andererseits hat jedoch gestern ein Betrieb mit 15 Arbeitern die Forderungen bewilligt, und mehrere Fabrikanten haben Verhandlungen mit der Streikleitung angebahnt. Wie das bei jedem Ausstände der Fall ist, so klagen auch die streikenden Klavierarbeiter über ungemöhnlich schroffe Behandlung ihrer Posten durch die Polizei. In der Nähe einer Fabrik in der Landwehrstraße macht die Polizei auf Verwehren der Fabrikanten den Streikposten das Beobachten der Fabrik nahezu unmöglich, und in der Köpenickerstraße ist den Streikposten angebroht worden, daß, wenn sie sich nicht ein für allemal entfernen, die ganze Strafengasse abgesperrt werden würde.

Achtung, Buchdruckereiarbeiterinnen! In der Buchdruckerei Junke, Blumenstraße 37, liegen die Arbeiterinnen, 7 an der Zahl, wegen unbilligen Arbeitsverhältnissen die Arbeit nieder.

Die Ortsverwaltung Berlin, Poststelle 1 des Verbandes der Buch- und Steindruckereiarbeiter und -Arbeiterinnen.

Achtung, Klavierarbeiter Deutschlands! Allen Mitglieder derselben vorzubringen, sei den Interessenten unserer Lohnbewegung mitgeteilt, daß alle Anfragen und etwaige Aushunft über den jetzigen Stand der Lehren u. r. an untenstehende Adresse zu richten sind. Insbesondere ist es Ehrenpflicht der gesamten deutschen und außerdeutschen Kollegen, den Zugang nach Berlin streng zu meiden, besonders bei anwesenden Berliner Klavieristen bei den untenstehenden Erkundigungen einzuschreiben.

Die Lohnkommission.

Berlin SO., Engel-Ufer 15, Raumbstraße 78.

Die Sektion II des Brauereiarbeiter-Verbandes hat durch ihr energisches Vorgehen bereits einen Erfolg erzielt. Von der Direktion der Brauerei Friedrichshagen wurde derselben mitgeteilt, sie werde die an den Sonntagen nötige Arbeit der Stallleute wieder besonders vergüten. Hoffentlich entschließt die Brauerei sich auch noch, den Leuten den entgangenen Arbeitsverdienst nachzuzahlen.

Zur Aussperrung der Müllkührer ist zu berichten, daß die Unternehmer am Freitag Mangel an Arbeitswilligen hatten. Von der Berliner Abfuhr-Gesellschaft konnten eine ganze Anzahl Wagen erst mittags nach 12 Uhr vom Hofe fahren. Die Arbeitswilligen bei der Firma G. Scheller ließen am Donnerstag abend sämtliche Wagen vollgeladen auf dem Abfuhrplatz am Rorbuser stehen und führten die Pferde nach Hause. Sie gaben an, nach 7 Uhr abends nicht mehr arbeiten zu wollen. Die Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft hat ihren Aufsehern in den letzten Tagen vielfach Auftrag erteilt, loses Müll aus den Häusern, in welchen durch die Ausräucher C. u. G. Scheller und Berliner Abfuhr-Gesellschaft die Abfuhr besorgt wird, abzuholen.

Da diese Aufseher und Schaffner sich mit ihren ausgesperrten Kollegen solidarisch erklärt haben, weigern sich dieselben, Streikarbeit zu leisten. Hieran hat die Direktion erklärt, daß sie das betreffende Müll nun auf Kosten der Aufseher, welche die ihnen übertragenen Aufträge nicht ausgeführt haben, fortzuschaffen lassen werde.

Die Aufseher beschloffen, noch am Freitag eine Kommission zu der Direktion zu entsenden und, falls die Verhandlungen zu einer Einigung nicht führen sollten, werden sämtliche Angestellten, in Frage kommen 200 Mann, die Arbeit sofort niederlegen.

Husland.

Der Straßenbahn-Streik in Norrjöping nimmt mehr und mehr den Charakter eines Massenkampfes an. Die Ablehnung der von der Zentrale der schwedischen Gewerkschaften angebotenen Einigungsvereinbarungen, des parteiischen Auftretens der Polizei vereint mit der Massenjustiz des Rathsausschusses haben aufreizend auf die Arbeiterbevölkerung der Stadt gewirkt und sie zu gemeinsamem Widerstand gegen die Willkürherrschaft der Straßenbahndirektion und ihrer Helfershelfer geradezu angefeuernd. Der Boykott der Straßenbahn soll nun mit aller Kraft und in größtem Umfange durchgeführt werden. In einer Resolution, die am Mittwoch von zwei außerordentlich stark besuchten Vollversammlungen angenommen wurde, heißt es: „Jeder rechtshabende Mitbürger muß es unterlassen, die Straßenbahn zu benutzen, so lange sie von Streikbrechern bedient wird. Die Kaufleute und Handwerker, die sie bestmöglichst benutzen, sollen entschieden boykottiert werden, und kein Arbeiter darf bei ihnen Einkäufe machen.“ — Der Straßenbahndienst ist am Mittwoch den ganzen Tag über aufrechterhalten worden, die Wagen waren jedoch fast immer leer.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schüler Wahlkreis (Schönhäuser Vorstadt). Sonntag, den 20. Oktober, abends 5 Uhr, findet in den Verolinfällen, Schönhäuser Allee 28, eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen G. Dabibsohn über: „Die Kreuz des Krieges“. 2. Diskussion. Nachdem gemütliches Beisammensein. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Schüler Wahlkreis (Moabit). Sonntag, den 20. Oktober, findet in Moabit eine Flugblatt-Verbreitung, veranstaltet vom Berliner Konsumverein, Abteilung III (Moabit), statt, an welcher sich die Anhänger der Genossenschaftsbewegung recht zahlreich beteiligen möchten. Treffpunkt im Lokal von Hans Döring, Gogolowskistr. 13.

In Moabit hatten die Parteigenossen Sonntagabend im Gesellschaftshaus, Willestraße 24, eine Volksversammlung ab. Nach dem Vortrage folgte gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Zegel, Dalldorf, Vorsigwalde, Hermsdorf, Waidmannskopf. Sonntagfrüh 8 Uhr ist von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung für den „Vorwärts“. Es ist Pflicht der Genossen, sich hieran zu beteiligen.

Kummelsburg. Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet zwecks einer Probeausgabe eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich und zahlreich in folgenden Lokalen einzufinden: Tempel, Alt-Vorhagen 56. Jage, Prinz Albertstraße 16-18. Botte, Kantstr. 33. Schulz, Goethestr. 11. Im Restaurant, Schiffstr. 24. Wengers, Neue Prinz Albertstr. 11. Die Protokolle vom Bremer Parteitage können beim Bezirksführer bestellt werden.

Spandau. Den hiesigen Lesern des „Vorwärts“ zur Nachricht, daß der morgigen Nummer ein Probe-Exemplar der Jugendzeitung „Für die freie Jugend“ beigelegt sein wird. Bestellungen zum Preise von 5 Pf. pro Nummer (frei Haus) nehmen unsere Expedition Jagowstr. 9, sowie unsere Boten entgegen.

Lokales.

Als Termin für die Stadtverordneten-Nachwahl im 30. Kommunalbezirk

ist, wie uns aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, der 24. November in Aussicht genommen.

Selbsthülfe gegen Polizeistaten.

Die Partei-Organisation der Sozialdemokratie in Groß-Lichterfelde steht, wie anderswo auch, mit der Polizei auf latentem Kriegsfuß. Sie kann in dem ausgedehnten Vorort nur über ein einziges Versammlungslokal (Chausseestraße 104 gegenüber der Pauluskirche) verfügen, für dieses aber gilt — abweichend von der Mehrzahl der anderen größeren Lokale — die „frühe“ Polizeistunde (im Sommer 11, im Winter 10 Uhr). Daraus ergaben sich wiederholt Differenzen. Im vergangenen Frühjahr sprachen der sozialdemokratische Abgeordnete Bernstein und andere hervorragende Persönlichkeiten der Partei in dem bezeichneten Versammlungslokale vor vielen Hunderten von Besuchern über die Frage „Ist Religion Privatangelegenheit?“ Die einseitige Tatsache, daß auch eine Anzahl markanter Persönlichkeiten aus „bürgerlichen“ Kreisen, wie Professor Pleibederer, Graf Paul von Hoensbroech u. a., außerdem die Geistlichkeit des Ortes und sonstige angesehene Groß-Lichterfelder Bürger ernsthaft und in versöhnlichem Sinne mit den Sozialdemokraten an Ort und Stelle disputierten, ist damals auch von der Berliner Presse erörtert worden. Als jedoch der erste Geistliche des Ortes, Herr Pfarrer Stolte, in der ersten dieser Versammlungen hatte das Wort nehmen wollen, war die Versammlung dem Schicksal der Auflösung verfallen, da einer der überwachenden Gendarmen darauf hinwies, daß die (frühe) Polizeistunde geschlagen habe. Graf Hoensbroech - Groß-Lichterfelde interpellierte dann den dortigen Amts- und Gemeindevorsteher, Bürgermeister Schulz, dieserhalb in der Gemeindevertretung und es kam zu einer lebhaften Debatte. Jedoch blieb alles beim Alten. Man hatte die Sozialdemokratie zum letzten Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, nach demselben Lokal abermals eine öffentliche Versammlung einberufen, mit dem Bemerkten, daß Reichstags-Abgeordneter Dr. Gradnauer über „Sozialdemokratie und Monarchie“ sprechen werde und daß auch Gegner dazu geladen seien. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nachdem das übliche Bureau gewählt worden, überraschte der Vorsitzende des örtlichen sozialdemokratischen Wahlvereins, Wenzel, die Versammlung mit der Erklärung, daß heute die Polizei nichts „lau lassen“ habe. Er habe mit dem Lokalinshaber einen schriftlichen Vertrag geschlossen, wonach für diesen Abend Saal, Bühne und Nebenraum von ihm „gemietet“ sei. „Ich bin der Hausherr, und die Polizeistunde hat einzutreten, wenn ich nicht die Polizei es gebietet. Wenn die Gendarmen aber dennoch um 10 Uhr die Versammlung schließen sollten, so bleiben Sie ruhig sitzen! Ich bin der Hausherr und weiche nur der Gewalt!“ Mit stürmischem Beifall wurde die Erklärung aufgenommen. Dann erörterte Dr. Gradnauer sein Thema auf breiter Grundlage. Um 10 Uhr, als die Turnuhr der gegenüberliegenden Pauluskirche die zehnte Stunde verkündete, wurde die Situation dramatisch. Alles war gespannt, zu sehen, ob die Gendarmen anstößen und dadurch einen Tumult herbeiführen würden. Die Männer des Gesetzes blieben aber völlig passiv; sie ließen ihre Helme ruhig auf dem Tisch stehen und hörten sich fast lächelnd die Schlussfolgerungen des Redners und alles folgende an: Die sozialdemokratische Kriegslist hatte triumphiert!

Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hat den nachfolgenden Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung eingereicht:

Die Versammlung wolle beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, für das städtische Obdach für nächtliche Obdachlose schleunigst Vorkehrungen zu treffen, um polizeiliche Uebergriffe, wie z. B. das Verhüten des Kriminalbeamten Kullmayer, für die Zukunft zu verhindern.

Die Heise gegen Professor Schweminger. Ein befreundeter Arzt schreibt uns:

„Das unter der Leitung des Professor Schweminger stehende Kreis-Krankenhaus in Groß-Lichterfelde ist, wie schon gemeldet, nachträglich in die Liste derjenigen Krankenanstalten aufgenommen worden, welche das Recht haben, die angehenden Ärzte nach Absolvierung des Staatsexamens während des vorgeschriebenen „praktischen Jahres“ auszubilden.“

In dem Verzeichnis der von der Aufsichtsbehörde hierzu als geeignet bezeichneten Anstalten fehlte ursprünglich das Krankenhaus in Lichterfelde. Man darf annehmen, daß es sich hierbei nur um ein Versehen der Behörde handelte. Anders die jüngste Fortsetzung und ihre offizielle Vertretung. Dank ihrer ungezügeln und äußerst kleinlichen Bestimmung suchten sie in unaufrichtiger persönlicher Gehässigkeit die Uebertragung jenes Rechtes auf Schweminger, der als selbständiger Denker und Pfadfinder und äußerst erfolgreicher Arzt in mancher Beziehung außerhalb der Schulmedizin steht, zu hintertreiben. Schweminger gehört eben weder zu den Schwärmern für Serum-Therapie, noch zu den Ärzten, die im Schneideln und Operieren das letzte Heil erblicken. Wir haben noch niemals in einem Krankenhaus so viel Glück und Zufriedenheit dauernd bei den Kranken gesehen, wie in Groß-Lichterfelde, wo die Anstalt mit herzlichster Anerkennung von Ungezählten verlassen wird. — Es war daher gerade vom Standpunkte des Staates unerklärlich, wenn ein Mann, dem ein Verstoß auf der größten Landesuniversität Preußens zur Verfügung steht, von dem er mit staatlicher Approbation die Studierenden der Medizin jederzeit in unbeschränkter Zahl zu unterweisen befugt ist, sie nicht praktisch ausbilden dürfte in seinem eigenen Krankenhaus. Man hatte wiederholt versucht, seine Leitung des Lichterfelder Krankenhauses zu verdrängen, aber eine Nachprüfung aller gegen ihn geltend gemachte „Hälte“ erzielte nur für seine Gegner ein beschämendes Resultat. Sein Krankenhaus verfügt anerkanntermaßen über die denkbar vorzüglichsten Einrichtungen. Von der sonst so hoch gehaltenen „Freiheit der Wissenschaft“ mochten seine Reider nichts wissen, weil der Professor Schweminger nur seiner Ueberzeugung folgte, nur seine eigenen Wege wandelte. Mit großer Genugtuung

Begriffen wie es daher, daß den gegen Schweminger gerichteten Bestrebungen der Erfolg nicht beschieden war — im Interesse des ärztlichen Berufes. Schweminger ist der einzige deutsche Universitätslehrer, der auf dem Gebiete der physikalisch-diätetischen Therapie — im Volke Naturheillehre genannt — eine wirkliche Autorität ist, bei dem die jungen Ärzte praktisch und theoretisch in das Wesen dieser Behandlungsart mit Erfolg eindringen können.

So die Zusage. Es ziemt einer politischen Zeitung ja nicht, sich in ärztliche Fachfragen hineinzumischen, und daher wollen wir uns an die unruhige Arbeit des Entscheidens der Frage, ob die alte oder die neue Heilmethode die richtige ist, gewiß nicht heranzumachen. In keinerlei Zusammenhang hiermit steht aber die schäbige Manier, in der die Zunftmedizin gegen den Leiter des Lichterfelder Krankenhauses vorgegangen ist. Solcher Kampfmethode gegenüber erschien es uns angebracht, die obige Zusage abzubringen.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschloffen, den Professor an der königlichen Kunstschule Siegert zu ersuchen, im nächsten Jahre die Revision der Gemeindefschulen im Zeichen vorzunehmen. Ferner wurde vom Kollegium beschloffen, für den berühmten Architekten Schinkel eine Gedenktafel an dem Hause unter den Linden 4a, wo der Künstler viele Jahre, von 1823—1838 gewohnt hat, anbringen zu lassen. — Der preussische Städtetag, der am 6. und 7. Dezember d. J. in Berlin tagen wird, und an dem vier Magistratsmitglieder und fünf Berliner Stadtverordnete teilnehmen werden, hat auf seine Tagesordnung auch die Angelegenheit der Rechte der Städte an ihren Schulgrundstücken, den Gesehentwurf über die Verbesserung der Bohnungsbedingungen und das neue Feuerschutz-Gesetz gesetzt. Der Magistrat hat den Vorschlägen der gemischten Deputation über die Maßnahmen zur Verminderung der Kindersterblichkeit in Berlin zugestimmt und beschloffen, in den städtischen Etat für 1905 eine namhafte Summe zu diesem Zweck einzustellen.

Gegen den Straßenhandel. Der Magistrat hat beschloffen, der schon mitgeteilten Polizeiverordnung über die Einschränkung des Berliner Straßenhandels zuzustimmen, mit der Maßgabe, daß das Verbot des Straßenhandels in den Straßen, wo der Handel in einer Entfernung von 30 Meter unterjocht sein sollte, dahin eingeschränkt werden soll, daß die Entfernung auf 20 Meter bemessen wird. Diese Einschränkung bezieht sich auf solche Straßen, die Straßen, in denen der Straßenhandel verboten ist, kreuzen. Diese Kreuzungen, bezw. Ecken sollen in Zukunft auf eine Entfernung von 20 Meter im Verkehrsinteresse gesperrt werden.

Die illustrierte Romanzeitschrift „In Freien Stunden“ ist jetzt bis zum 44. Heft erschienen, das heute zur Ausgabe gelangt. Es bringt die Fortsetzung des Spindelers Romans „Der Jesuit“, ferner die Fortsetzung der spannenden Erzählung „Eine Schneide und ihre Folgen“ von J. K. Potapenko, sowie eine kleine lustige Geschichte „Der Doppelgänger“. Daneben enthält das kleine Feuilleton noch „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft für 10 Pf., das in allen Parteibuchhandlungen und bei den Resporturen, in Berlin auch in den Partei-Expeditionen und bei sämtlichen Zeitungs-Expeditoren zu haben ist. Der jetzige Roman begann am 1. Juli und können die bereits erschienenen Hefte nachbezogen werden.

Höhere Schulbildung. Dieser Tage teilten wir das sonderbare Auskunftsbema für Primaner eines Berliner Gymnasiums mit, das die Einstellung der Hohenzollern in der Siegelallee betraf. Hierzu wird dem „Berliner Tageblatt“ ein Seitenstück von einem Freunde mitgeteilt. Dieser schreibt: „Meine Tochter besuchte zurzeit die zweite Klasse der königlichen Angusta-Schule, und diese Klasse, die aus durchschnittlich 14- bis 15-jährigen Mädchen besteht, erhielt kürzlich als Thema für einen Aufsatz: „Erinnerungen eines Droschkengauls“. In der dritten Klasse derselben königlichen Anstalt wurde vor Jahresfrist das Thema: „Erlebnisse einer Stubenfliege“ bearbeitet.“ Und da wandert sich die Welt noch, daß aus der gebildeten Jugend beiderlei Geschlechts nichts rechtens wird!

Unter dem dringenden Verbaht eines schweren Diebstahls ist der Jalousienfabrikant Michael Kapirala in Haft genommen worden. Er ist beschuldigt, in einer Villa im Grunewald eingebrochen und aus derselben außer einer großen Summe bares Geldes noch ein Sparfaßbuch mit einer bedeutenden Einlage gestohlen zu haben. R. versuchte auf die verschiedensten Arten das gestohlene Sparfaßbuch an den Mann zu bringen. Es gelang ihm dies nur in der Weise, daß er das Sparfaßbuch unter Benützung falscher Legitimationspapiere zum Kauf ausbot. Das Sparfaßbuch war aber bereits bei der betreffenden Klasse als gesperrt vermerkt, und als der betreffende Käufer das von ihm erwerbene Buch zur Gelddabnahme vorlegte, wurde ihm eröffnet, daß dasselbe gestohlen sei. Das Buch wurde beschlagnahmt. Die hierauf angestellten Ermittlungen führten auf die Spur des Fabrikanten R. Die besaßenen Momente führten sich darauf, daß die Kriminalpolizei zu seiner Verhaftung schreiten konnte. R. bestreitet hartnäckig, der Dieb zu sein. Es wurde ermittelt, daß ein gewisser Kapirala eine mehrtägige Gefängnisstrafe wegen eines gleichen Straftats erlitten hat, und die Personalien dieses R., der sich damals als Arbeiter gerierte, stimmen mit den jetzt verhafteten R. vollständig überein. Trotzdem bestreitet R., mit diesem bereits verurteilten R. identisch zu sein.

Das Berliner Polizeibräudium teilt mit: Nach Verhaftung der Bräudler Polizei ist die unterbeachtete Delagia Maria Meurice, geboren am 10. März 1852 zu Neuwitz, am 18. Oktober gegen 7 Uhr morgens in ihrer Wohnung in Brüssel ermordet worden. Der Mörder scheint einen Teil der Nacht mit seinem Opfer zugebracht zu haben. Nach Begehung des Verbrechens wurde er in dem Augenblick bemerkt als er floh. Mehrere Personen verfolgten ihn, verloren ihn aber aus dem Gesicht. — Es ist festgestellt, daß dieser Mensch sich gegen 7 1/2 Uhr morgens in ein Wirtshaus begeben hat, wo er auf den Hof gegangen ist, um sich Hände und Gesicht, die mit Blut besetzt waren, zu waschen. Dabei benutzte er ein Taschentuch, das er sofort ausgezogen und in die Tasche gesteckt hat. Die Witwe hat den Mann als einen ihrer alten Gäste bezeichnet, von dem sie jedoch nur wahrte, daß er entweder Bauer oder Koch sei. Gestohlen ist nichts. In dessen scheint die Tiefseder des Verbrechens die Spur nach fremdem Gatte gefahren zu sein. Beim Noebe bemühte der Täter ein Dolchmesser (Geniefänger), das er am Tatorte zurückließ und das aus einer französischen Fabrik stammt. Am Tage des Verbrechens, gegen 11 Uhr morgens, hat eine Frau in der Nachbarschaft des Tatortes Erkundigungen über den Mord eingeholt. Sie sah verzeint aus und wollte, nachdem sie das nötige erfahren hatte, zur Polizei gehen, ist aber dort nicht erschienen. Sie war von mittlerer Figur, ungefähr 30 Jahre alt, ziemlich bleich, hatte volles Gesicht, ziemlich rote Wangen, dunkelbraunes Haar, sprach französisch mit belgischer Betonung und schien Haushälterin zu sein.

Die beiden Kinder des Lichters Baumgarten in Steglitz, der elfjährige Hans und die achtjährige Else, sind am Freitag morgen um 6 Uhr endlich gefunden worden. Ein Arbeiter, den der Weg am Damme der Ringbahn in Friedenau vorbeiführte, sah die Kinder dort gehen und brachte sie zur Polizei. Sie sagten aus, daß sie des Nachts in Neubauten geschlafen und Tags über zuweilen Gelegenheit gesucht haben, Frauen beim Rollen zu helfen und Reuten Pakete zu tragen. Für das Geld, das sie auf diese Weise erwarteten, kauften sie sich Brot. Durch Vettel ihren Unterhalt zu erwerben, beschämten sie. Selbstverständlich haben die Kinder entsetzlich elend aus; das furchtbare Welter in den ersten Tagen der Woche wird ihrer Gesundheit schlimmen Schaden zugefügt haben. Auffallen muß es, daß die jungen Fischlinge vier Tage und vier Nächte sich im Freien umhertreiben konnten, ohne daß sie der Polizei in die Hände fielen. Die Angelegenheit ist namentlich in den westlichen Vororten im Publikum lebhaft besprochen worden und auch die Polizei ist doch darüber unterrichtet gewesen. Allerdings ist in Betracht zu ziehen, daß in so ziemlich allen Vororten Berlins die Organisation der Sicherheitsbehörde sehr viel zu

wünschen übrig läßt; Naht man in Berlin schon über die vielen unentdeckten Mörder, so ist der Polizeidienst in der Umgebung trotz der immensen Vermehrung der Einwohnerzahl immer noch auf primitive dörfliche Verhältnisse zugeschnitten. So wird es dem erklärlich, daß die beiden Kinder vielleicht hätten verkommen können, wenn eine Privatperson ihnen nicht zufällig zu Hilfe gekommen wäre. Vermerkt sei noch, daß den Eltern allseitig das beste Zeugnis ausgestellt wird. Die Kinder haben zwar eine Stiefmutter, doch hat diese sich ihrer stets in mütterlicher Fürsorge angenommen und sie zum Guten angehalten. Den Gedanken, die Kinder jetzt in Fürsorge- Erziehung zu geben, weist der Vater von sich, weil er mit Recht befürchtet, daß ein solcher Schritt ihnen erst recht zum Unheil an- schlagen wird.

Die Direktion des Konzerthauses Translatour erwucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift: „Die in verschiedene Zeitungen lancierte Notiz vom Tod des Hauses Alexandersitz, 40 (früher Alexanderplatz-Theater, jetzt Konzerthaus Translatour), entbehrt jeder Begründung. Die Translatour-Konzerte finden nach wie vor statt.“

Beim Photographieren auf dem Glasdach tödlich verunglückt ist die 5 Jahre alte Tochter Johanna des Kassenboten Tappe aus der Kronenstr. 56. Dieser wollte kürzlich die Kleine mit noch zwei anderen Kindern auf dem Glasdach photographieren. Er mußte auf einen Augenblick noch einmal hinuntergehen, um zum Apparat noch etwas zu besorgen und ließ die Kinder allein. Diese spielten nun auf dem Glasdach und eines stieg die kleine Tappe um. Das Mädchen brach im Fallen durch das Dach, stürzte vier Stock tief in den Flur hinab und zog sich einen Schädelbruch zu. An dessen Folgen ist es jetzt in der königlichen Klinik gestorben.

Ein Baumsturz ereignete sich auf dem Neubau Lindenstr. 86. Das Mauerwerk für das Vorderhaus ist bis zur Höhe des 1. Stock- weils gediehen. Der Hofraum, der unterleitet werden soll, ist zwei Meter tief ausgeschachtet. Das Hintergebäude des Nebenhauses, Lindenstr. 86, ein einstöckiges Pferdehals sowie eine Geschirrtanne der Weingroßhandlung E. W. Schwegler's Nachf. war durch eine Stieße gestürzt. Diese Stieße genügte aber nicht. Gestern morgen gegen 8 Uhr stürzte die Stall- und Kammernauer in einer Höhe von 5 Meter und einer Breite von 5 Meter ein. Die Trümmer- massen fielen nach dem Neubau. Von den Pferden wurde das eine mit in die Tiefe gerissen. Es verrieterte sich das Gerüst, daß der Krutcher und zwei Bauarbeiter unter den Trümmern begraben lagen. Sofort wurde die Feuerwehr wie auch die Unfallstation alarmiert. Von der nahen Hauptfeuerwache traf ein Löschkompagnie ein und die Mannschaften begannen sofort mit den Rettungsarbeiten. Das Pferd wurde rasch befreit, es hatte keine Verletzungen erlitten. Rasch- trügglich stellte sich dann heraus, daß weder der Krutcher noch die Arbeiter verunglückt seien. Ein Mauerer war allerdings unter den Trümmern begraben gewesen, doch war er von den Schnittmassen nur leicht bedeckt worden und hatte sich noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr allein befreien können. Er hatte nur leichte Haut- abschrägungen erlitten und konnte die Arbeit sofort wieder auf- nehmen.

Drei Straßenräuber wurden von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Vor einiger Zeit fand im Osten der Stadt ein Fest der Eisenbahner statt. Ein Beamter, der erst spät nach Beendigung seines Dienstes gekommen war, wurde auf dem Heimwege am Köpenicker Platz von fünf Strolchen unterseits überfallen, zu Boden geschlagen und beraubt. Nach Verübung des Verbrechens entfloß die Motte. Im Laufe des Tages gelang es, einen der Täter, einen gewissen Gregor, zu ermitteln und festzunehmen, die vier anderen aber waren nicht zu finden. Gestern ent ließ wurden zwei weitere Teilnehmer an dem räuberischen Ueberfall, junge Burschen, namens Jedmann und Hübsch, entdeckt und dingfest gemacht. Jedmann leugnete hart- näckig, obwohl er das Messer des Beraubten noch in der Tasche hatte. Beide wurden heute nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht. Die Motte gehört zu den jugendlichen Strolchen, die sich arbeitslos umhertrieb und bei ihren Eltern, die von ihrem Treiben keine Kenntnis haben, wohnen.

Ein „literarischer Diebstahl“ ist in dem Hause Mödenerstr. 183 verübt worden. Hier hat die Witwe des Schuldirektors Adernann, die am Halleschen Ufer 1-2 wohnt und die von ihrem Mann ge- gründeten Zeitschriften „Unterichtszeitung zur Fortbildung in den allgemeinen Wissenschaften“ und „Unterichtszeitung für Kapitalisten und Militäranwärter der deutschen Armee und Marine“ verlegt, einen Lagerkeller. In diesem lagen seit einem halben Jahre zwei Jahrgänge dieser Zeitungen im Gewicht von etwa 50 bis 60 Zentnern. Seit ebenso langer Zeit hatte niemand vom Bestehen des Kellers mehr betreten. Als Frau Adernann vor einigen Tagen mit ihrem Sohne einmal wieder hineinging, weil sie Gelegenheit hatte, den ganzen Vorrat zu verkaufen, fand sie den Verschlag erbrochen und das ganze Lager geräumt. Ob man das Lager auf einmal oder nach und nach gestohlen und weggeschafft hat, weiß man nicht, weil niemand sich erinnert, die Eindrehen bei der Arbeit gesehen zu haben.

Kein Tag ohne Eisenbahnunfall. Beim Rangieren verunglückte gestern nachmittag um 1/2 Uhr auf dem Schleifbahn Güterbahnhof der 25 Jahre alte Wagenwächter Hermann Noth, Münchenerger- str. 31, der einzige Sohn seiner verwitweten Mutter. Während er einen stehenden Wagen wusch, fuhr ein Rangierwagen auf diesen auf, ohne daß er die ihm drohende Gefahr wahrgenommen hätte. Zwischen beiden Wagen erlitt er am Kopf, an der Brust und an den Beinen starke Quetschungen und wurde bestunungslos ins Kranken- haus gebracht.

Die Wissenschaft auf dem Brett.

In den ersten Tagen des Jahres 1897 wurde bekannt, daß es dem Münchener Professor Linde gelungen war, die atmosphärische Luft zu verflüssigen. Er ließ die Luft von gewöhnlicher Temperatur, die auf 200 Atmosphären Druck gebracht war, durch ein doppeltes Nöhrensystem streichen, von dem das eine vom anderen umschlossen wird. Im inneren Nöhrensystem wird die Luft auf dem hohen Druck gehalten, tritt sie aber durch ein Ventil in das äußere System über, so sinkt der Druck bis auf 18 Atmosphären, so daß die sich mächtig ausdehnende Luft eine Temperaturerniedrigung von 40 bis 50 Grad erleidet. Da das äußere Nöhrensystem das innere umgiebt, so wird auch die Luft vom hohen Druck stark abgekühlt: sie gelangt dann in das äußere System unter niedrigerem Druck und zu noch niedrigeren Temperaturen. In dem äußeren System kommt die Luft wieder in den Kompressionsapparat, wo sie noch einmal, unter Begleitung der dadurch entstehenden Wärme, auf hohen Druck gebracht wird, worauf ihr Kreislauf von neuem beginnt. So wird die Luft bei jedem Durchstreichen der beiden Nöhrensysteme erheblich abgekühlt und kommt dadurch bald auf eine Temperatur von etwa 200 Grad unter Null. Wäre man sie denn in die Atmosphäre austreten, so wird sie flüssig und kann in beliebigen Gefäßen fundamental stehen, bevor sie völlig verdampft ist. Denn bei der Verdampfung entzieht sie ihrer Umgebung Wärme, wird dadurch zu rascher Erwärmung gehindert und bleibt flüssig.

Eigentlich muß man sich wundern, daß erst jetzt, nach Verlauf von acht Jahren dies interessante Verfahren in den Dienst des Spezialitäten-Theaters gestellt ist, das doch sonst unergiebig wie ein heißer Stein und lüchelt, was es vermag. Im Winter- garten führte gestern ein Herr, der sich Professor Wilson nennt, seinen mit flüssiger Luft gefüllten „Wunderkessel“ vor. Von der Her- stellung dieser Luft sieht das Publikum nichts; ein Gefäß in Form eines Teetisches steht auf der Bühne und sein infolge des Gehalts an Kohlenstoffsäure mächtig aufsteigender Inhalt schlägt in blassen Dämpfen zur Erde nieder. Aber die mit der flüssigen Luft ausgefüllten Experimente sind interessant genug. Schon daß der Kessel auf einem massiven Eisblock steht und luftig weiter dampft, wirkt verblüffend, und die Art, wie die ungeheure Kälte seines Inhalts Weintrauben, Gummihülle und Blumen zu hartem, sprödem Stein gefrieren macht, wie die Vereisung von luftigen Speiseeis durch flüssige Luft eine Kleinigkeit ist, wie aus Quecksilber mit ihrer Hülle ein flüchtiger

Gas geformt wird — diese Experimente und zahlreich andere dazu wirken verblüffend.

Da aus der Verbindung einer höheren Kunst mit dem Brett nichts Neues geworden ist, kann man zufrieden sein, daß wenigstens ein Stück Wissenschaft dort in ansehnlicher Weise demonstriert wird.

Einen Gussab-Abend veranstaltet die Volkshochschulkommission am Sonntagabend 7 1/2 Uhr im Festsaal des Gymnasiums, Savigny- platz, Charlottenburg. Es kommen nur Sitzplätze a 0,50, einige reservierte a 1 M. in den Charlottenburger Buchhandlungen, Bloch, Brüderstr. 1, Dürrenhaus, Kronenstr. 18, und im Verein zur Förde- rung der Kunst, Albrechtstr. 11, zur Ausgabe.

Orgelkonzert. Montag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, spielt Musikdirektor Otto Diemel in der Marienkirche Orgelkompositionen über „Ein feste Burg“. Frau Charlotte Kimpel, Herr Ludwig Schubert, der Geistl. Herr Otto Tornin und der Ges.-Verein unter Leitung von Herrn Hans Bischof unterstützen den bei freiem Eintritt stattfindenden Orgelvortrag.

Theater. Julius Grunds neue große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz: „Die Herren von Ragim“ (Musik von Victor Holländer), welche am heutigen Sonnabend im Metropolitan-Theater von Direktor Richard Schütz inszeniert zum erstenmal aufgeführt wird, ist eine völlig freie Bearbeitung von Ebers „Meffalinetto“, in 6 Akten. Das 6. Bild spielt in einem glanzvollen, vom Balletmeister Ernesto Emanuele arrangierten, Ballett betitelt „Im Reiche des Lichts“. — Central-Theater. Heute gelangt „Der Generalkonsul“, Operette in 3 Akten von Alex. Landsberg und Leo Stein, Musik von H. Reinhardt zum erstenmal zur Aufführung. Hervorragend beschäftigt sind dabei die Damen: Mia Werber, Gullu Förster, Marie Kaiser, und die Herren: Emil Albes, Rudolf Ruder, Oskar Braun, Karl Knaak, Karl Schulz und Edmund Löwe. — National- Theater. Die für heute angelegte Erstaufführung der Suppöcher-Operette „Donna Juanita“ muß wegen technischer Schwierigkeiten auf morgen, Sonntag, verschoben werden. — Adolf Klein, der in Höffers Schauspiel „Dogland“ die Rolle des Gutbesizers Dag spielt, ist auf Anregung Ludwig Julius zur literarischen Mitwirkung im Deutschen Theater gewonnen worden — zunächst auf zwei Monate. In Julius „Mastkrabe“ wird Adolf Klein, der nach wie vor dem Verbanne des Lessing-Theaters angehört, die männliche Hauptrolle, die Sonnenthal in Wien spielt, darstellen. — Im Trianon-Theater findet am Montag die 25. Aufführung von „Gastons Frauen“ statt. — Im Schiller- Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) wird das Wienerische Stück „Krieg im Frieden“ heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag, abends wiederholt. — Das Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) bringt, um vielfach ausgesprochenen Wünschen seiner Besucher nachzukommen, heute sowie Sonntag abends Wiederholungen von Grillparzers historischem Trauerspiel „Die Jüdin von Toledo“.

In Sachen der Neuenfelder Brandstiftungen haben dieser Tage vor dem Untersuchungsrichter beim Landgericht in Potsdam wiederum neue Vernehmungen stattgefunden, wobei besonders die Aussage einer Frau Kroll ins Gewicht fiel. Sie hat Wahrnehmungen gemacht, durch die der Verdacht der Täterschaft auf eine Person, welche mit einem der Besitzer der in Brand gelegten Häuser verlobt ist, gelenkt wurde. Auch dieser Mann wurde vernommen und bestritt, von den Brandstiftungen etwas zu wissen. Die Er- hebungen dauern noch fort. Im Interesse des 14-jährigen Schnittelehrlehrlings Hohnstein, der sich noch immer in Haft befindet, wäre es zu wünschen, daß bald Licht in die dunkle Angelegenheit gebracht würde. In den drei Häusern, welche durch die Brandstiftungen ihren Dachstuhl eingebüßt haben, sind inzwischen die in allen drei Etagen wohnenden Mieter ausgezogen, meistens aus Furcht vor weiteren Brandstiftungen.

Friedenau. Am 9. November d. J. werden es 30 Jahre, daß unser Vorort zur selbständigen Gemeinde erhoben wurde. Dies Jubiläum soll durch Feste und Kommers gefeiert werden, deren Kosten die Allgemeinheit tragen soll. Die Gemeindevertretung bewilligte in geheimer Sitzung 1500 M. zu dem löblichen Zwecke. — Zur Orientierung für die Steuerzahler sei darauf hingewiesen, daß an dem Festessen nur geladene Gäste teilnehmen dürfen.

Rixdorf. Schwere zu Schaden gekommen ist am Donnerstag abend am hiesigen Althaus der 51-jährige Klemperer Robert Hein aus der Kopsstraße 44. Beim Ueberschreiten des Straßendamms wurde er von einem in schnellem Tempo daherejagenden Geschäfts- fahrer der Metzhandlung Otto Wiende hier selbst umgerissen und überfahren, wobei er einen Bruch beider Beine, Fingerbrüche an der linken Hand, eine schwere Kopfwunde und andere erhebliche Ver- letzungen erlitt. In sehr bedenklichem Zustande wurde der Ver- unglückte in Rixdorfer Krankenhaus aufgenommen.

Auf dem Dorotheenmarkt am Wahnbacher werden in letzter Zeit fast täglich Taschendiebstähle ausgeführt, ohne daß es bis- her geglückt wäre, die Täter abzufassen. Hausfrauen, welche den Markt besuchen, sei daher geraten, ihr Portemonnaie gut zu ver- wahren.

In Stelle des in den Kolonialdienst übernommenen Polizei- rats Voefel wird der bisher in Stettin beschäftigte Polizeirat Dr. Weiß am 1. November nach Rixdorf versetzt.

Vermischtes.

Zu dem großen Speicherbrand in Hamburg meldet das „Ham- burger Echo“: Durch das Feuer ist der Konsum-, Bau- und Spar- verein „Produktion“ schwer betroffen worden. Zunächst ahnte nie- mand, daß von dem jenseits des recht breiten Kanals ausgebrochenen Feuer die Gebäude des Vereins bedroht sein könnten. Von den Räumen aus beobachtete man ahnungslos das Schauspiel. Böslich über wälzten sich mit furchtbarer Schnelligkeit brennende Dampfmassen über das Wasser, den ganzen Kanal weithin in ein Flammenmeer verwandelnd, und drangen gegen den großen Lagerpeicher der „Pro- duktion“ und den daneben liegenden Neubau. Die Feuerzungen schlugen an dem Speicher in der ganzen Höhe empor, daselbst vom Erdgeschoß bis zum Dachstuhl in einem Ru in Flammen stehend. Durch die ungeheure Glut barsten die Fenster, in wenigen Minuten brannte es an allen Enden. An ein Löschen und Retzen war gar nicht zu denken; das Personal mußte eiligst sich in Sicherheit bringen. So rasch griff das Feuer um sich, daß man beispielsweise trotz der ganz erheblichen Tiefe des Gebäudes nicht einmal an dem Comptoir die Kasse sämtlich zu retten vermochte. Der große Speicher ist völlig ausgebrannt und demnach beschädigt, daß er jeden- falls von Grund auf neu errichtet werden muß. Die Waren sind fast vollständig total vernichtet. Als ein großes Glück darf es bezeichnet werden, daß es gelungen ist, die Bäckerei zu retten. Zeitweise schien es, als ob auch dieses prächtige Gebäude mit seinen hochartigen Einrichtungen dem Feuer zum Opfer fallen werde. Es ist bei näheren nicht allzu unsatzenreichen Beschädigungen der Mauer durch die Feuerzungen geblieben. Am allerbedauerlichsten aber ist es, daß das in einem Holzschuppen zwischen Speicher und Bäckerei untergebrachte Bausparmodell der Zentral- kommission für Arbeitererwerb ein Raub des Feuers geworden ist. Dasselbe war völlig fertiggestellt, der Modelwagen zur Ver- leibung nach Charlottenburg stand bereits auf dem Hofe, schon waren einzelne Gerüstteile — die Räume zum Beispiel und das Gerüst der Rückwand — verpackt, als das Verhängnis hereinbrach. In wenigen Minuten war das Produkt wochenlanger, mühseliger Arbeit ein Haufen rauchender Trümmer.

Selbstverständlich ist die „Produktion“ durch Versicherung gegen den erwachten Schaden völlig gedeckt; das Warenlager ist mit 172 000 M., die Gebäude sind mit 800 000 M. versichert. Die Mitglieder können also völlig beruhigt sein. Es ersichert kaum glaublich, daß heute schon Leute kamen, ihr Geld in Sicherheit zu bringen. Das sollte man doch wissen, daß gegen Feuersgefahr solche

Institute stets gesichert sind. Das sollten auch die Herren Krämer wissen, die belagerten Mitglieder der „Produktion“ schon triumphierend auf der Straße nachriefen, als sei der ganze Verein zum Teufel. Der Betrieb des Vereins erleidet nicht die mindeste Unterbrechung, wenngleich der Verwaltung natür- lich mancherlei Unbequemlichkeiten und Mehrarbeiten erwachsen werden. Höchst bedauerlich ist, daß das schöne Bauarbeiter- Schütz- gerüst nicht verschifft war. Das liegt aber, wie konstatiert werden muß, nicht an den verantwortlichen Personen, sondern daran, daß die Versicherungsgesellschaften sich weigerten, es zu ver- sichern. Jüngern kann sie dazu bekanntlich niemand. Den be- ständigen Arbeiterorganisationen ersucht dadurch ein Verlust in Höhe von 6000 M.; außerdem erleidet die Aufstellung des Modells durch den erforderlichen Neubau eine ebenso unangenehme Ver- zögerung.

Vom dem Oellager der „Deutschen Vacuum-Oil-Company“ ver- brannt 4000 Fässer mit amerikanischem Mineralöl und 500 Schmierapparate. Die Schmierapparate haben einen Wert von je 100 M. Die Vacuum-Gesellschaft ist mit keinem Fennig versichert, jedoch soll ihr Geschäftsbetrieb keine Störung erleiden, da sie in Deutschland noch 40 000 Fässer lagern und 17 000 Fässer Del schwimmen hat.

Grubenunglück. In der Nacht zu gestern stürzte auf dem Hille- brandt-Schacht der Göltesseggerube in Antonienhütte bei den Schachtarbeiten eine hölzerne Bühne ein und riß sechs Arbeiter auf 20 Meter mit in die Tiefe. Sämtliche Arbeiter wurden tödlich verlegt.

Ueber einen Sensationsprozeß, der auch nach Berlin hin spielt, wird der „Vossische Zeitung“ aus Leoben gemeldet: Heute be- gann vor einem Erkenntnisenate des hiesigen Kreisgerichts die Strafverhandlung gegen Elvira Reonime Bellachini, verwitwete Herbay v. Kirchberg, deren Mann Bezirkshauptmann von Märzschlag war und am 24. Juni d. J. durch Selbstmord aus dem Leben geschieden ist. Die Anklage lautet auf Bigamie. Am 15. Mai 1903 hatte sich im Gasthause zum „schwarzen Adler“ in Märzschlag eine Fremde als Tamara Baronin Lübow aus Nizza gemeldet. In dem Meldebuch hatte sie den 18. Juli 1877 als ihren Geburtsort bezeichnet. Sie gab sich allgemein als Eigentümerin eines großen Vermögens und als Tochter eines hochadeligen Ge- schlechtes aus. In Wahrheit ist sie die am 18. Juli 1860 in Posen als Tochter des einst sehr brillanten Fabrikanten Samuel Bellachini geboren worden. Nach kaum zweiwöchentlichem Aufenthalt in Märzschlag verlobte sie sich mit dem dortigen Bezirkshauptmann Franz Herbay v. Kirchberg. Am 9. August nahm der Herr von Märzschlag die Trauung vor. Aber bald waren in der Bevölkerung Gerüchte über ihr Verleben gebrungen, die den Bezirkshauptmann zwingen, selbst Erkundigungen einzuziehen. Von der Wiener Polizei- direktion wurden ihm die Erhebungsberichte mitgeteilt, die ihm das Bürgertum seiner Frau enthielten. Am 21. Juni wurde Frau v. Herbay in Wien verhaftet, am 24. Juni erschloß sich der Bezirks- hauptmann. Die Erhebungen hatten zutage gefördert, daß die An- geklagte am 26. Mai 1881 vor dem Standesamte IV zu Berlin mit dem Agenten Lüh eine Ehe eingegangen war, die infolge einer Klage des Ehemanns im Jahre 1888 wieder gelöst worden war. 1888 heiratete sie in Helgoland den durch den Ledert-Lühow-Prozeß be- kannt gewordenen Freiherren Karl Ehrh. v. Lübow. 1894 wurde auch diese Ehe auf die Klage des Gatten hin getrennt. 1895 wurde sie in Neapel durch den deutschen Konsul mit dem preussischen Premier- leutnant E. v. Schewe ehelich verbunden. Diese Ehe wurde 1900 vom Landgericht Berlin getrennt. Am 7. Juli 1900 verheiratete sie sich in London mit dem Gutbesitzer Leo B. R. Meinur. Diese Ehe wurde vom Landgericht Lier mit Urteil vom 11. November 1903 geschieden. Am 9. August 1903, am Tage der Vermählung mit Herbay, bestand also diese Ehe noch mit Meinur zu recht. Die An- geklagte hatte erklärt, nur einmal, und zwar mit Lübow, getraut worden zu sein, von dem sie sich habe scheiden lassen. Weiter ist die Beschuldigte auch der falschenmeldung angeklagt. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Eisenbahnunglück. Aus Kassel wird vom Freitag gemeldet: Als heute vormittag 10 Uhr 45 Minuten der Veronenzug Nr. 265 aus der Station Gudensberg ausfuhr, entgleiste die Lokomotive. Der Führer der Lokomotive und der Heizer wurden schwer verletzt.

Das Hoch auf den Herrgott. Weil sie ein dreifaches Hoch auf den Herrgott ausgebracht, wurde in Wlansenburg eine Frau aus Holzgerode zu einer Geldstrafe von zehn Mark verurteilt. Sie hatte beim Grasanzefest die Ansprache zu halten und glaubte nun, die Rede, in der sie Gott für den Erntesegen dankte, nicht wirksamer schließen zu können als durch ein kräftiges „Drum stimmt ein mit mir in den Ruf: unser Herrgott, er lebe hoch, und abendlich hoch, und zum drittenmal hoch!“ Das Schöffengericht nahm an, die Frau habe nicht beabsichtigt, die Religion zu verspotten, und es sei ihr mit dem Ruf völlig ernst gewesen, aber die unpassende Wendung habe doch auf manchen Zuhörer verstimmt gewirkt, und darum sei eine Strafe von 10 M. zu erkennen. — War es denn wirklich nötig, wegen dieser Harmlosigkeit den Großen Unfugpara- graphen auszunutzen?

Von dem Erdbeben in Skandinavien sind, wie schon erwähnt, Ausläufer der Erschütterungen auch an der Ostküste Deutsch- lands veripirt worden. Auch in Greifswald waren die Erdbeben- wellen, wie der „Täglichen Rundschau“ geschrieben wird, noch deutlich zu beobachten; die Erschütterung trat zwischen 10 1/2 und 12 Uhr ein und dauerte nur einige Sekunden; im Ostengebiet Westpreußens, so z. B. in Danzig, verlief die Erschütterungen wie bei einem richtigen Erdbeben; man spürte zunächst ein leichtes Geben des Bodens, während in den nachfolgenden Bebenwellen die Beugungen und Senkungen nicht mehr als solche, sondern bei dem schnellen Verlauf der Erschütterungen mehr als eine Hin- und Her- schwingung empfunden wurden. Dieses skandinavische Erdbeben ist kein sogenanntes Einsturz-Erdbeben gewesen, wie sie in Deutschland im südlichen Erzgebirge vorkommen, wo tiefe, in der Erde bis zu 6000 Fuß mächtige Hölräume einstürzen; die Größe und Wucht der herabstürzenden Massen erschüttert dann begrenzte Gebiete der Nach- barschaft. Bei dem letzten Erdbeben in Skandinavien handelt es sich nach Ansicht des bekannten Erdbebenforschers Prof. Sedelmarm um ein höchst seltenes Zusammenwirken sämtlicher nordischen Erd- bebenmittelpunkte, von denen allein auf den Bereich Schwedens drei selbständige Gebiete fallen. Diese gehen mit ursprünglichen Ausbrechherden in Verbindung und verteilen sich auf die Gegend Älms (Epnäsöhl), Dellensee (Helsingland) und Nien (Smoland). Die vulkanische Tätigkeit dieser alten Kraterherde hat natürlich schon seit undenklichen Zeiten ihr Ende erreicht, doch legen deutliche An- zeichen noch heute Kunde davon ab, mit welcher ursprünglichen Ge- walt die vulkanischen Kräfte einstmals „uf skandinavische Erde ihres Rutes gewaltet haben.“

Marktpreise von Berlin am 27. Oktober. Nach Ermittlungen des Hl. Volksgel.-Blatts. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,55-17,54 M., mittel 17,53-17,52 M., geringe 17,51-17,50 M., Roggen**, gute Sorte 13,70-13,60 M., mittel 13,60-13,50 M., geringe 13,50-13,40 M., Ruttgergerlei**, gute Sorte 13,50-13,40 M., mittel 13,40 M., geringe 13,30-13,20 M., Hafer**, gute Sorte 16,40-16,50 M., mittel 16,40-16,30 M., geringe 16,20-16,10 M., Erbsen, gelbe, nach Hohen 40,00-39,00 M., Speisebohnen, weiße 50,00-30,00 M., Linen 60,00-30,00 M., Kartoffeln 9,00-7,00 M., Rüböl 9,00-9,00 M., Senf 0,00-0,00 M. für ein Allogramm Butter 2,80-2,80 M., Eier per Schof 4,50-3,00 M. *) Drei Wagen und ab Sahn. **) Ab Sahn.

Wasserstand am 27. Oktober. Elbe bei Ruyßig — 0,43 Meter, bei Dresden — 1,77 Meter, bei Magdeburg + 0,42 Meter. — Havel bei Bredlau + 0,75 Meter. — Oder bei Nolltor + 3,60 Meter, bei Bredlau Ober-Bege + 5,04 Meter, bei Bredlau Unter-Bege — 0,92 Meter, bei Ranzfurt + 0,68 Meter. — Wesel bei Bredlau + 2,32 Meter. — Warthe bei Posen + 0,02 Meter. Rhe bei Wg — Meter.

Weiter-Braguelle für Sonnabend, den 29. Oktober 1904. Nachts sehr mild, am Tage wärmer, zunächst meist besser und trocken bei mäßigen südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Der Kampf um die Erbschaft.

Die Verhandlung einer umfangreichen Klage wegen Diebstahls und Hehlerei, bei welcher es sich um die behauptete Ausplünderung eines alten Herrn durch seine Witwe handelt, begann gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoffeinz.

Beseffen hat, zu welchem u. a. ein Haus an Viktoria-Luisenplatz 12 gehörte, war am 10. Juli 1902 gestorben. Das Egerische Ehepaar hatte ein gegenseitiges Testament gemacht, und der Nießbrauch des Vermögens der Frau blieb dem alten Herrn bis zu seinem Tode.

Schlüssel zu sämtlichen Behältnissen

und verfügte selbst über den Schlüssel zum Geldschrank. Am 22. August 1903 verstand sich Herr Eger dazu, ein Testament zugunsten der Angell. Habenicht zu machen, wonach diese nicht nur das gesamte Mobiliar u. s. d., sondern auch das Haus an Viktoria-Luisenplatz erhalten sollte.

Anklagebank

gelommen. — Nach der Behauptung der Frau Polizeileutnant B. hat ihr Vater auf wiederholte Fragen wiederholt bestritten, Gelder oder Schmuckgegenstände verschafft zu haben.

geschenkt erhalten

habe, damit sie im Falle eines plötzlichen Todes sicher gestellt wäre. Im Gegensatz zu den Behauptungen des Kriminalkommissars Ruds und der Polizeibeamten, die am 23. Oktober die Katastrophe in der Egerischen Wohnung herbeiführten, bleibt der Angeklagte M. dabei, daß er auf Befehl sofort den Besitz der Depotscheine ohne weiteres händgegeben habe.

gar nichts von ihm erhalten sollten, dann habe er sich mit den Kindern wieder vertragen und nun sollten sie alles bekommen.

Sehr zugunsten

der Angeklagten Habenicht fiel die Aussage des Schlächtermeister Pomulshausen Ehepaares aus. Danach habe die Habenicht zuerst gar keine Lust gehabt, zu dem alten Herrn zu ziehen, sie habe sich erst dazu verstanden, als der letztere zugesagt habe, sie ganz sicher zu stellen und ihr testamentarisch eine große Summe und das Haus zu vermachen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Bäckergehilfen, in welcher Schneider referierte, tagte bei Ruggenhagen. Der Referent führte u. a. aus, der Verband habe in jüngster Zeit Verträge mit Konsumvereinen in ganz Deutschland abgeschlossen, worin ein Minimal-Wochenlohn von 21 M. festgelegt sei.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter (Sektion I).

einem die schwierige Materie des Inwalidengesetzes sachkundig behandelten Vortrage des Reichstagsabgeordneten Ritzgen, der lebhaften Beifall fand, machte der Vorsitzende Hopp die Versammlung nochmals kurz mit den Gründen bekannt, welche die Agitationskommission zur Verhängung der Sperrre über die drei hiesigen Brauereien Vof I und II und Münchener Brauhaus betrogen hatten.

Kaufmannsgerichte und die Vorbereitungen zu den Weisigertwahlen. Hierbei bemerkte er, daß er persönlich zwar der Ansicht sei, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte richtiger für als gegen die Errichtung der Kaufmannsgerichte gestimmt, weil das Gesetz immerhin wesentliche Verbesserungen des bisherigen Zustandes enthalte.

Die Hausdiener, Bader und Baderinnen waren durch die Sektionsleitung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Verwaltungsjuristen, zu einer öffentlichen Versammlung nach den Arminalhallen eingeladen und recht zahlreich erschienen.

Zentralverein der Bildhauer. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung wurde 10 Mitglieder, die durch die Aussperrung beziehungsweise Arbeitsniederlegung der Tischler in Weidenhagen gezogen sind, Streikunterstützung zugebilligt.

Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Spandau. Nach einigen Worten ehrenden Nachrufs für das verstorbene Mitglied Kietzer und dem freiwillig aus dem Leben geschiedenen Genossen Albert Schmidt, erstattete Genosse Scholz den Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte zum Mittwoch abends eine öffentliche Versammlung nach dem Ruggenhagenischen Saal einberufen mit der Tagesordnung: Die wahren und falschen Freunde.

Rassenbericht, den Genosse Pian erstellte, ergibt sich für das letzte Quartal eine Einnahme von 808,19 M. (einschließlich 682,29 M. alter Bestand) und eine Ausgabe von 242,13 M. ...

Arbeitsruhe würde nur lässlich wirken, da an seine Stelle und würdige Durchführung zurzeit leider nicht zu denken sei. Es liegt an dem Geiste, der in den Gewerkschaften herrscht, und der es allein zukunfts bringen kann, den vom Parteitag gefassten Beschlüssen, der allerdings eine etwas lauschartige Fassung habe, insofern er von der Arbeitsruhe überall da spricht, wo dieselbe ohne Schädigung der Interessen durchzuführen werden könne, ...

mannschen Programmlebens gegebenen Anregungen unberücksichtigt geblieben sind. Endlich aber gibt die Generalversammlung ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Antrag Eibing-Ott-Haelland, und auch der Abänderungsantrag Liebknecht, welche auf die Inangriffnahme einer tatkräftigen Propaganda gegen den Militarismus abzielen, eine so bräutliche Ablehnung erfahren konnte. ...

Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion II.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Bernhard Hille** am 26. Oktober verstorben ist. Seine Hinterbliebenen sind: Ehefrau, 2 Kinder, 2 Enkelkinder. Die Beerdigung findet Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Charité aus auf dem Friedhof der Charité statt. Um zahlreichere Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Willi Happert** am 26. Oktober gestorben ist. Seine Hinterbliebenen sind: Ehefrau, 2 Kinder. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus auf dem Friedhof der Charité statt. Um zahlreichere Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.
Bezirk 7.
Am 25. d. M. verstarb im Alter von 43 Jahren plötzlich an Lungenschlag unser Mitglied, der Maurer **Otto Nagel**. Wir werden denselben ein feierliches Andenken bewahren. Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 27. d. M., verstarb unser langjähriges Mitglied **Friedr. Eitner** im Alter von 50 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus auf dem Friedhof der Charité statt. Um zahlreichere Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Josef Fischer
Roblen-Handlung
Berlin O. 31, Brombergerstr. 19/20.
Preis ab Platz:
Sonnent. Halbsteine p. St. nur 70 Pf.
Sonnent. Salon-Brik. 6 d. 7 Pf. nur 75 Pf.
Anna, Adler, Maria
Sonnent. in Henckels Werke 6 od. 7 Zoll, nur 85 Pf.
lisse, Salon-Briketts blaugl.
Zwei Keller pr. St. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 4655
60 Handwagen verleihe zu Roblen.
Keine Kalkorie erfährt eine so glänzende Bekanntheit, wie mein **Raushaltungs-(Restaur.)-Käse** wegen seines sich stets gleich bleibenden, höchsten, fetten und nicht entzünd. Geschmacks. 4 1/2, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Wintermäntel

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Winter-Paletot in Eskimo, moderne Fassons 10, 12, 15 Mk.
Eskimo-Paletot anschliessend „Rockform“, elegante Schneiderarbeit 20, 25, 30 Mk.
Covercoat-Paletots, elegante Neuheit 15, 20 Mk.
Frauen-Paletots in allen Weiten und Formen 20, 25, 30 Mk.
Blusen-Paletots, in Astrachan, Breitschwanz u. Eskimo 15, 20 Mk. etc. etc.
Boiero Jackets, elegante Neuheit für junge Mädchen, in Astrachan u. Eskimo 18 bis 30 Mk.
Schwarze Frauencapes u. Golf-capes in mel. weichen Stoffen 10, 12, 15 Mk.
Sakkokleider u. Jackenkleider in mel. glatten u. engl. Stoffen 15, 18, 20, 25, 30 Mk.
Elegant garnierte franz. Kleider in Voile, Satintuch, Tuch und in neuen Fantasie-stoffen 20, 25, 30, 40 Mk. Trauerkleider, auch für starke Damen 20, 25 Mk.
Seldenblusen u. Wolblusen in allen modernen Farben 3, 5, 10 Mk. etc.

Costümröcke, prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen u. Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, in mel. Stoffen 3,50, 5, 6 Mk., in pr. Cheviot schwarz u. blau 6, 8, 10 Mk., in pr. Satintuch schwarz u. farbig 8,50, 10, 12 Mk.
Fussfreie Strassenröcke, garantiert regezeichnet, in mel. Stoffen 5,50, 7,50, 9 Mk., in Seidendamast, Samt u. Avelleux 20, 25 Mk. Hochelegant garnierte schwarze Röcke, nur neueste Modelle, mit Seiden-Tressen u. Samtband-Besätzen.
Weisse Voile-Costüm-Röcke, für Theater u. Gesellschaft, elegante Ausführung.
Faltenröcke, elegante Neuheit, in schottisch Omieliert u. schwarz Tuch etc. 12, 15, 18 Mk.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.
Massanfertigung.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mühlentwilerstr. 30, u. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Friz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **So.:** Paul Böhm, Laufbergerpl. 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Such, Reibstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Rasche, Rügenstr. 21, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kantienstr. 95/96. — **Alt-Glienicker:** B. Fries, Kubowestr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Schornberg, Selenkewerstr. 1, Ecke Goethestr. vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** B. Ridel, Seelinerstr. 190, III. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seidel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — **Grünau:** D. Blüme, Aufseherstr. 3. — **Rixdorf:** W. Heinrich, Beim Danzigerstr. 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Berlin-Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöne-weide:** Otto Müller, Schönstr. 31, 2 Treppen. — **Nieder-Schöne-weide:** Bonakowski, Berlinstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Paul Schmidt, Bismarckstr. 22, I. — **Königs-Wusterhausen:** H. Reier, Bahnhofsstr. 11 II. — **Köpenick:** Friedrich Bold, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernauer, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Duppelstr. 8, und Fr. Scheibale, Moorstr. 15a. — **Marient-dorf:** Hermann Reichardt, Chausseest. 16. — **Baumschulen-weg:** Stod, Grünstr. 2, II. — **Treptow:** H. Voigt, Eisenstr. 37, vorn III I. — **Neu-Weissensee:** H. Reike, Sedanstr. 53, part. — **Rummelsburg:** Forger, Prinz-Albertstr. 5a. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waidmannslust:** Paul Rieneck, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — **Pankow:** R. Kummer, Florstr. 43. **Eichwalde, Zenthen, Niedersdorf und Hanksel Ablage:** Alfons Gray, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

AUSVERKAUF.

Begrenzt horrender Preissteigerung — jährlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in

Hüten, Säjirmen, Mähen, Krawatten usw. zu verkaufen, es kommen nur meine bestmög- lichen Qualitäten zum Verkauf und ist jeder Be- rechtigt, bei Verzögerung 10% - n Abzug zu bringen.

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallstr. 2

alle Neuheiten, alle Pelzarten in größter Auswahl

Pelz-Waren

Stolas, Kolliers, Muffen.

Georg Gottmann, große Frankfurterstr. 130

Gottmann's Spezial-Hat

ist der neueste, eleganteste, leichteste, haltbarste, billigste Herrenhut der Welt!

Enorm billig

täglich, auch Sonntags, Verkauf der nur vornehmst gearbeiteten, dieser wie vorheriger Saison zurückgesetzten, aber hochmoderner Herren-

Anzüge Paletots

aus feinsten Maßstoffen.
Paletots . . . 16-28 Mk.
Anzüge . . . 16-38 Mk.
Sackkleider . . . 7-12 Mk.
Deutsches Versandhaus
Jägerstr. 63, 1 Troppo.
Auf Hausnummer achten!

Jetzt wieder **Einzel-Verkauf** direkt aus der Fabrik zu **spottbilligen Preisen** nach Beendeter Ungroß-Saison.

Jacketts 4 1/2 - 5 1/2 - 6 1/2 bis 7-30 Mk.

Capes 1. Duvel, Eskimo, Astrachan etc. 4 - 5 - 6 bis 36 Mk.

Abend-mäntel u. Golf-Capes 6 1/2 - 7 1/2 - 8 1/2 bis 25 Mk.

Beste Preise! Bei Verzögerung dieses Inserats 5% Rabatt. **Beste Preise!** Unfertigung nach Maß! **Robenherstellung!** 17462

Fabrik Pelz, Kurstr. 41-42, (Sommergeöffn.)

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Wir empfehlen:

Ferdinand Lassalle

Reden und Schriften

Neue Gesamtausgabe

Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von **Ed. Bernstein.**

Vollständig in drei Bänden

Zu beziehen in 50 Lieferungen à 20 Pfennig.

Bandausgabe:

Band I: Brosch. M. 2,50, Leinen M. 3,-, Halbz. M. 4,-
" II: " " 4,-, " " 4,50, " " 5,50
" III: " " 3,50, " " 4,-, " " 5,-

Alle drei Bände zusammen: broschiert M. 10,-, in Leinen gebunden M. 11,50, in Halbfranz gebunden M. 14,50

Der Herausgeber schickt dem Werke eine interessante kritisch-biographische Einleitung voraus: Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie, die auch eine Fülle neuen Quellenmaterials enthält. In Form von Vorbemerkungen oder kritischen Randnoten zu den einzelnen Broschüren und Reden Lassalles präzisiert der Herausgeber den heutigen prinzipiellen Standpunkt der Partei, wo dieser verändert, oder erleichtert das historische und politische Verständnis der Materie. Die einzelnen Broschüren folgen nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern nach ihrer inneren Zusammengehörigkeit geordnet. Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wertes der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichporträt Lassalles geschmückt.

Das System der erworbenen Rechte

Von **Ferdinand Lassalle**
Gebunden M. 5,- statt bisher M. 8,-

Das System der erworbenen Rechte ist Lassalles wissenschaftliches Hauptwerk. Im Jahre 1861 veröffentlicht, untersucht Lassalle in diesem Buche, ob und wie das Recht, wie es sich als Ausdruck tatsächlicher Bedürfnisse und Rechtsverhältnisse geschichtlich entwickelt hat, mit dem sogenannten Naturrecht in Einklang zu bringen ist.

Da nur noch wenige Exemplare am Lager, empfiehlt sich baldige Anschaffung.

Zentralverband der Glaser

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Bauarbeiter!

Dringend wird darum gebeten, jeden Glaser nach seiner roten Arbeitsberechtigungskarte zu fragen. — Nur diejenigen Glaser, welche im Besitze der Karte sind, in welcher die erste Wochenrubrik abgestempelt ist, arbeiten bei tariftreuen Firmen.

Der Vorstand: J. A. C. Jahn.

NB. Die bezüglichen Nachrichten sind zu richten an die Tarifkommission der Glaser, zugeht bei Augustin, Lindenstraße Nr. 69 („Vorwärts“-Gebäude). 73/16

Zum Patzenhofer
Ramlow, Strasse Nummer 2.
Patzenhofer, hell, dunkel 10 Pf.
Weißbier o. Wülhelm, II. 10, gr. 20 Pf.
Destillat. u. Gr. Mittagstisch 20 Pf.
Reben-Sonnabend: Feische Würst.
Portion 40 Pf. Vereinszimmer mit Piano. Fernsprecher. 25006
Es ladet freundlich ein **Haus Heydenreich.**

Dr. Simmel, Prinsza-
Str. 41,
Spezialarzt für 103/13
Hant- und Harleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.

Eingetragene Hilfskasse Hamburg III.

Mitglieder-Versammlungen

der örtlichen Verwaltungsstellen.

- Berlin B.** am Sonntag, den 30. Oktober 1904, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale bei Wöhrling, Admiralsstraße Nr. 18c.
- Berlin C.** am Montag, den 31. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Gabels Brauerei, Bergmannstraße Nr. 57.
- Berlin D.** am Sonntag, den 30. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr, in der Aktien-Brauerei Friedrichstraße, Moabit, Turmstraße Nr. 25/26, kleiner Saal.
- Berlin F.** am Sonntag, den 30. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Wille, Drummerstraße Nr. 188.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom dritten Quartal 1904. 2. Bericht von der Generalversammlung in Leipzig. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 184/10

Berlin H. am Sonntag, den 30. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Volkendorf, Göttingerstraße Nr. 58.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom dritten Quartal 1904. 2. Wichtige Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen eruchen

Verband der Möbelpolierer

Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Garz, Weissensee, König-Chaussee 55: **Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 2. Vortrag über: Lokal- und Zentralorganisation. Referent Kollege Barentzin. 3. Diskussion. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

Sonntag, den 30. Oktober, morgens 8 1/2 Uhr: **Besichtigung des Rixdorfer Schulumuseums.** Kollegen, welche daran teilnehmen wollen, müssen sich im Lokal von A. Nierisch, Kranold- und Hermannstraßen-Ecke einfinden.

Sonntag, d. 30. Oktober, morgens 9 Uhr bei Maass, Drummerstr. 96: **Morgensprache.**

Besonders eingeladen sind dazu die Herren Poliermeister: Gehrman, Steinmünderstr. 70; Wernor, Holzgerstr. 3 und Schulz, Anflamerstr. 28.

Achtung! Streifende und gemahregelte Kollegen haben sich von Montag, den 31. Oktober ab, täglich um 6 Uhr vormittags im Streifkafel von Schulz, Wannenstr. 38, ihre Karten absteampeln zu lassen.

Die Unterstützung für Streifende und Gemahregelte wird von Sonntag, den 5. November ab, von 9-5 Uhr daselbst ausgeführt.

Alle Kollegen, welche im weiteren von der Aussperrung betroffen werden, haben sich in diesem Bureau zu melden.

Alle Differenzen sowie Werkstattangelegenheiten jeder Art dürfen nicht beim Streifenden, sondern nur bei den folgenden Bezirksleitern gemeldet werden:

- Im Osten bei Adolf Wighur, Wilhelm-Gedächtnisstr. 31.
- Südosten bei Albert Schreiber, Göttinger Ufer 5.
- Norden bei Alex. Meyer, Straßburgerstr. 3.
- Im Rixdorf bei Paul Gade, Steinmetzstr. 97.
- Weissensee bei Fritz Polny, Straßburgerstr. 56.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

in Richard Fiebigs Festsaal, Alterstr. 6-7 (bei der Gieselerstraße). Großer Saal.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Arbeitslohn und Arbeitszeit.“ Referent: Ed. Bernstein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um unseren Kollegen die schädlichen Folgen der langen Arbeitszeit, sowie die ungemessen schädlichen Folgen der Ueberstunden in sozialer, ökonomischer und hygienischer Beziehung klar und begreiflich vor Augen zu führen, soll ein Spiel von Versammlungen stattfinden, in denen Autoritäten auf diesen Gebieten die nötigen Beiträge halten. Dazu ist es nun unsere Pflicht, für den Besuch dieser Versammlungen soviel Propaganda zu treiben, daß alle zur Verwaltungsstelle gehörigen Dreher, dazu gehören auch die in den Gas-, Wasser- und Armaturenfabriken beschäftigten Metall- und Revolverdreher, vollständig erscheinen.

Versammlung der Hobler, Bohrer, Fräser und Stosser

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Scheffler. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Metallarbeiter-Versammlung für Reinickendorf

im Schützenhaus Reinickendorf (Gebr. Leder), Residenzstr. 113.

Tagesordnung: 1. Können und wollen wir unsere Lage verbessern? Referent Kollege Scheffler. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen folgender Firmen, sowie die am Ort wohnenden, werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen: Becker, Breitung, Dregerhoff u. Schmidt, M. Paed, Rößemann u. Rühnemann, Schöning, Schwarzlopp, Stolzenburg, Zsch, Zsch Zöhne.

Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zur besonderen Beachtung!

Alle Vertrauensleute, Zahlstellen-Inhaber und Mitglieder bitten wir strengstens darauf zu achten, daß bei der Bezahlung der 40. Beitragswoche für jedes Mitglied eine Zahlkarte angeschrieben wird.

Die gewissenhafte Aufsertigung dieser Karte ist zu der am Jahresabschluss anzunehmenden Mitgliederkarte unbedingt erforderlich. 128/12

Die Ortsverwaltung. Neu eröffnet! Wollinerstr. 36, Ecke der Domkostr. Restauration u. Destillation mit Billard, Orchestrion u. gr. Vereinszimmer. Gustav Erbe gen. Schornsteinfeger. Amt III. 2983.

Chemigraphen!

In der Firma „Graphische Gesellschaft“, Lindenstr. 16/17, sind wegen Nichtanerkennung des Taxif. Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen trafen am 15. Oktober in den Streit.

Zusatz ist fernzubalten. Die Verwaltung. 25315

Oris-Krankenkasse der Vergolder u. Berufsgen.

Montag, d. 7. November 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I: **Ordentliche General-Versammlung**

wegen die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergebnis eingehend werden. 275/20

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes (3 Arbeitgeber, 6 Arbeitnehmer). 3. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern zur Prüfung der Jahresrechnung 1904. 4. Wahl der Beamten und Festlegung des Gehalts. 5. Verschiedenes. Vertreterliste legitimiert.

Sonnabend, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt, Königsgraben 14a: **Wahlversammlung der Arbeitgeber**

wegen sämtliche Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln leisten, eingeladen sind. Wahl von 111 Vertretern für das Jahr 1905.

Sonntag, den 20. November, vormittags 9-11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal II: **Aufstellung der Kandidaten-Liste der Arbeitnehmer.**

Mittwoch, den 30. November, abends 8-9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I: **Wahlversammlung d. Arbeitnehmer**

wegen sämtliche Kassenmitglieder über 21 Jahre eingeladen sind. Wahl von 233 Vertretern für das Jahr 1905.

Um 9 Uhr Vortrag des Herrn G. Bauer über die Kalkulationsverhältnisse der bei der Kaffe Beschäftigten. (Mitgliedsbuch legitimiert.)

Der Vorstand. F. Nicolai, J. Asmann, Vorsitzender, Schriftführer.

Berichtigung.

Arbeiter-Genossenschaft „Paradies“ zu Berlin. (Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.)

In unserer Bekanntmachung im „Vorwärts“ vom 28. Oktober 1904 betreffend Nachtrag zur Bilanz der 31. März 1904 muß es in der ersten Zeile heißen: 127/11

Wesentliches der Genossen per 31. März 1903, nicht 1904, wie irrtümlich angegeben. Der Vorstand. H. H. G. Kolka, Vors.

Kraft-Rohwein für Blutarmer u. Kranke. Feurig-Süßler. Santa Lucia. R. 1.9 u. 2.2 M.

H. Gliessings Ball-Salon. Wasserstorstr. 68. Empfehle meine Säle für Festlichkeiten und Versammlungen. 6412 H. Gliessing.

Montag, 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: **Oeffentliche Versammlung**

aller in der Gold- und Silberwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung über unsere künftigen Erhebungen, und welche Schritte gehen wir daraus? 2. Diskussion. 123/11

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberafor.

Moabit!

Sonntag, 30. Oktober, abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24:

Volks-Versammlung.

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ledebour über: Der Kampf gegen die reaktionären Mächte in Staat und Gesellschaft. 249/10

Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.

Fünfter Wahlkreis.

Den Parteigenossen und Abonementen des „Vorwärts“ zur Kenntnis, daß die Partei-Expedition für den fünften Wahlkreis am 1. November eröffnet wird. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, soweit er den „Vorwärts“ noch von Privat-Expeditionen bekommt, sofort bei der Partei-Expedition, Reibelstraße 42, zu bestellen.

Wer den „Vorwärts“ bereits durch die Partei-Expedition des Verien oder Echten Kreises bekommt, hat nicht nötig abzubestellen, denn diese Abonementen werden uns überwiesen. 217,3

Werdt neue Abonementen für den „Vorwärts“. Die Vertrauensleute.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen. Schirme.

Gegr. 1875. Gegr. 1875.

Max Kaplan

1 Friedrichstr. 1

Herren-Garderobe

Maß-Anfertigung

in allen Preislagen u. bekannter Güte.

Jackett-Anzüge	Mk. 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32 usw.
Winter-Paletots	Mk. 15, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30 usw.
Jünglings-Anzüge	Mk. 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16 usw.
Knaben-Anzüge	Mk. 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 5.50, 6 usw.

Außergewöhnlich billig: Zurückgesetzte Winter-Paletots

Wäsche. in allen Farben Mk. 10-15. Krawatten.

Antwort!

Auf die an uns mündlich und schriftlich so zahlreich gerichteten Anfragen, ob wir noch den so beliebten Paletot „Treffler“ auf Lager haben, erwidern wir hierdurch, daß wir wiederum ein größeres Sortiment in derselben Qualität unter derselben Marke haben anfertigen lassen. Unser Paletot „Treffler“ ist der Beweis unserer höchsten Leistungsfähigkeit.

Winter-Paletot „Treffler II“ aus dunkelgrau fein meliertem Marengo oder solido gestreift, mit gutem, kariertem Plaidfutter, einreihig mit verdeckter Leiste, sämtliche Nähte zweimal gestoppt, Sammetkragen und Windlitze. Mk. 18,-

Winter-Paletot „Treffler I“ aus dunkelgrau Marengo-Cheviot, glatt, grau oder gestreift, auch aus seidenartigem, schwarzem Eskimo, einreihig, mit schwerem Plaidfutter, Sammetkragen, Windlitze und höchst elegant verarbeitet, vollständiger Maß-Ersatz. Mk. 28,-

Winter-Paletot „Komet“ aus fein meliertem, glattem oder gemustertem, höchst solidem Oberstoff, sehr luxuriös verarbeitet und ausgestattet, von Maß-Schneidern hergestellt, vollständiger Maß-Ersatz Mk. 36,-

Auch für extra starke Personen Paletots „Treffler“ und „Komet“ aus Loden, Marengo oder Double, mit Plaid- oder Lammfell-Imitation gefüttert, von Mk. 5,75, 7,-, 10,-, 12,-, 15,-

Winter-Joppen eines von uns billig erstandenen Postens moderner, sehr haltbarer Stoffe unter Garantie des Gutsitzens. Artikel 40: Anzug Mk. 31,-, 39,-, 44,-; Paletot Mk. 31,-, 34,-, 37,-. Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Zeitinger & Co

Oranien-Str. 40/41.

Deutsche Compagnie

BERLIN SO.

Preiskurant gratis und franko.

Tischler-Verein. E. H. 89.

Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Wickestraße 15: **Versammlung.**

Tagesordnung: Vortrag des Redakteurs Herrn Lasso über: „Der Wohnungsnotstand zu Frankfurt a. M. und seine Ergebnisse.“ Vereinsangelegenheiten. 199/11

Der Vorstand.

Sichere Kapitalanlage!

In 12 Min. vom Bahnhof Hauptbahnhof und die billigen Land- und Waldparzellen pro Blute 7 Wart. Mk. bei Paul Krause, Rebernd (Pankfloh) bei Bernau (Mark).

Jeden Mittwoch: Frische Grüßwärschen. Jeden Sonnabend: Frische Blut- und Leberwurst. Braunen.

Wursmeyer, Straße Nr. 6.

Herren- und Knaben-Garderobe

Prachtvolle Qualität * Beste Verarbeitung
Vornehme Ausstattung * Tadelloser Sitz
* * * Ausgezeichnete Haltbarkeit * * *

Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.

Winter-Paletots 18, 20, 25, 30 bis 75 Mark.	Rock-Anzüge 27, 33, 38 bis 53 Mark.
Havelocks 6,50, 12, 15 bis 35 Mark.	Gehrock-Anzüge 30, 36, 42 bis 66 Mark.
Pelerinen-Mäntel 25, 30 und 40 Mark.	Frack-Anzüge 54, 60 und 66 Mark.
Kaiser-Mäntel 20, 25 und 30 Mark.	Knaben-Anzüge je nach Größe von 3 M. an.
Wetter-Pelerinen 10,50, 12 und 13,50 Mark.	Burschen-Anzüge von 11 bis 31 Mark.
Winter-Joppen 6,50, 7,50, 9, 10,50, 12-25 M.	Knaben-Paletots je nach Größe von 5 M. an.
Beinkleider 3,50, 4,50, 5, 6, 7 bis 18 Mark.	Burschen-Paletots von 16 bis 31 Mark.
Jackett-Anzüge 15, 17,50, 20, 25, 30 bis 50 M.	Knaben- u. Burschen-Joppen von 4,50 bis 12 Mark.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Grosses Stofflager.

Hochelegante Anfertigung nach Mass.

* * * Die Preise sind billig, streng fest und geschleht der Verkauf nur gegen Bar. * * *

Carl Stier

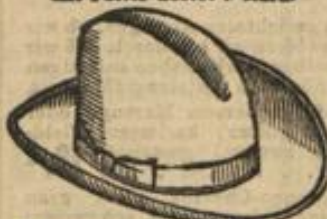
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Oranienstr. 106 Berlin Potsdamerstr. 113 a

Potsdam, Nauenerstr. 23. 1864L



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark. mit Atlasfutter 2,- kleinsere Form 1,50 "



Colliers von den billigsten bis zu den feinsten Feinsarten

Neuheit: Die modernen Beulenbüte führe zu M. 2,- bis 5,50

Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen

Oscar Arnold

Grösstes Special-Geschäft

Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaren Export nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden)

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Preise nie wiederkehrend!

Nach beendetem Umzuge

sind die Preise auf:

Teppiche, Gardinen, Portieren etc.

bis zu **33 1/3 %** herabgesetzt.

Ferner eine Gelegenheitspartie einzelner Teppiche mit unbedeutenden Webfehlern fabelhaft billig.

Teppichhaus B. Adler & Co.

Königstr. 20/21, an der Judenstraße,

im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Verantw. Redakteur: Paul Dittmer, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Carl Dittmann

Spezial-Geschäft für Wild, Geflügel und fische

Landsberger Allee 28

empfiehlt:

Hochprima Oderbrucher und Warthebrucher Fettgänse.

Blutfrische feiste Waldhasen

auch gesplekt,

zu billigsten Tagespreisen.

Zander à Pfund 60 Pf. | Flunder à Pfund 30 Pf.
Schellfisch " 35 " | Rotzunge " 50 "

Sowie sämtliche Sorten lebender Fische. ♦ Geflügel und Rotwild auch pfundweise.

Um allen Volksschichten den Genuss unserer unübertroffenen Schokoladen und Kakao's zu ermöglichen, bringen wir unsere

Armee-Schokolade

und unseren

Armee-Kakao

zum Einzelverkauf und Versand.

Die Schokolade besteht aus vollständig gereinigtem Kakao mit Zucker und Vanille und eignet sich ebenso als Esz. wie als Trinkschokolade. Der Kakao ist vollständig rein und leicht löslich. Der Einzelpreis für das Pfund beträgt bei

Schokolade 80 Pfg.
Kakao 120 Pfg.

Beide Fabrikate sind in dieser Preislage unübertroffen.

Kakao-Compagnie Theodor Reichardt

G. m. b. H., Wandsbek-Hamburg.

Deutschlands größte Kakaofabrik.

Versand-Abteilung:

Berlin SW., Zimmerstr. 92/93, part., Telephon Amt I, 3137.

Ausgabestellen:

1. Albert Erbe, Westend, Spandauerstr. 35.
2. Frau H. Maschewitz, SO., Kdalenstr. 79, parterre.
3. Otto Reichel, Drogerie, SO., Eisenbahnstr. 4 (an der Markthalle).
4. Frau Martha Reue, Konditorei, NO., Landsbergerstr. 1/2.
5. Otto Göhr, Feinbäckerei, NW., Stromstr. 25.
6. Frau E. Venzold, NW., Wilsnackerstr. 57 (Ecke Dreyerstr.).
7. Frau A. Videl, NW., Turmstr. 34 (Eingang Jonastr.).

- In Charlottenburg:
1. Albert Erbe, Wilmersdorferstr. 147.
2. Frau H. Jaus, Grolmanstr. 62.
- In Friedmann: G. Oelgart, Drogerie, Rheinstr. 69/69 (Ecke Hedwigstr.).
- In Potsdam: Geschw. Sonnenburg, Konfektengeschäft, Nauenerstr. 15.
- In Spandau: Karl Weber, Schäferstr. 1 (Vierling auch frei Haus).
- In Steglitz: Frau Brandt, Hubertusstr. 8.

* Wir bringen diese Marke zum Verkauf, um die aus Kakaoshalen, Zucker, Mehl und Sesamöl gemischten Schokoladen-Surrogate, wie sie zum Zwecke der Täuschung des Publikums ohne deutliche Deklaration in bedeutenden Mengen als Hauptartikel einer großen Schokoladenfabrik H. G. in den Handel gebracht worden sind, zu bekämpfen. Für diese Nahrungsmittel-Fälschung wurde der betreffende Fabrikant leider nur mit einer für den gehaltenen Gewinn unerheblichen Strafe von 500 Mark belegt. Näheres hierüber in der von uns umsonst zu beziehenden Nahrungsmittel-Marke Nr. 3.

Anton Boekers Ball-Salon Weber-Straße 17

empfiehlt den geehrten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen seine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten, Festlichkeiten; auch steht ein Saal, ca. 200 Personen fassend, Sonnabends und Sonntags, und zwei große Vereinszimmer den geehrten Herrschaften zur Verfügung.

Anton Boeker, Weberstr. 17.

Hut-Centrale Oranienstr. 2

Großes Specialgeschäft für Filz- u. Seiden-Hüte.

Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Handschuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

Nur neueste Moden.

Dieser feine, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 1.90.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.

Abteilung für den Einzelverkauf

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,

drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neue Form, mit Futter M. 1.50,

mit Atlasfutter M. 2,-, hochfeine

Qualität M. 2.50, extra feine M. 3,-, beste Qualität 4.50.

Sonntags geöffnet.

Die seit 1863 bestehende rühmlichst bekannte Firma Louis Jordan,

Oranienstr. 42, am Oranienplatz, deren guter Ruf längstige Regelmäßigkeit

garantiert, hat durch die Neuerrichtung einer großen Näh-Abteilung für

"Kostüme", "Blusen" und "Wäsche" einem stets steigenden Bedarfs

seiner geehrten Kundenschaft abzuwehren.

Die im Hause selbst eingerichteten drei Meister- fertigen unter

bezüglicher Leitung alle Näh-Verstellungen, ohne Preisverhöhung

der sonstigen Lager-Verkaufspreise unter Garantie des tadellosen Sitzens

nach neuesten Modellen an.

In den Abteilungen für Seiden und Sammete, Kleiderstoffe, Weiß-

waren, Bekäse, Pakensterien, Spitzen etc. sind die Ausstellungen für

Herbst- und Winterneuheiten eröffnet.

Die Firma gewöhnt bei Barzahlungen 5 Proz. Rabatt.

1722*

Gelegenheitskauf! Schlafdecken

in Wolle, extra schwer

à 3,50, 4,50, 5,00, 6,00 M.

Pferdedecken

à 2,50, 3,50, 4,50, 5,50 M.

Reisedecken

Neueste Tiger-Muster

à 4,85, 6,00, 8,00, 10,00 M.

Versand per Nachnahme.

Emil Lefèvre
Berlin
S. Oranienstr. 158.
Fehlerhafte Decken
spottbillig! 7222*

!! Gänse !!

Wir empfehlen täglich

frisch:

Gänse-Lieser pr. Pfd. 1 M.

" Hautlett " 0,65 "

" Keulen, pr. Stck. 0,60 "

" Brüste, pr. Pfd. 1,10 "

" Schmalz la. " 1,10 "

bei größerer Abnahme ent-

sprechend billiger.

Horwitz & Co.,
Landsbergerstraße 35.

En gros. A. III 303. En detail. 770L*

Hauptgeschäft: Daldorferstr. 25.

Wedding-Halle, Stand 51-52.

Nathan Wand

129 Staltherstr. 129.

Die schönsten 7872*

Herrn-Winter-Paletots

und Anzüge in neu, sowie speziel

Monats-Garderobe

von Kavalleren getragene Sachen,

selt neu, für jede Figur passend,

speziel Dauchanzüge sind in

großer Auswahl stets zu staunend

billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Staltherstr. 129.
Hauptgeschäft: Daldorferstr. 25.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Theater.

Lustspielhaus. „Fesseln der Liebe.“ Komödie in drei Akten von Maurice Vancaire. Nach zwei misslungenen deutschen ist nun mit Vancaires „Fesseln der Liebe“ rascher nach als man voraussehen konnte, die Pariser Komödie eingezogen in das neue Lustspielhaus und wird mitnächst fortan hier die Herrschaft führen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, 29. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Der Evangelmann. Phantasiert im Bremer Rathskeller. Neues Lustig. Opera-Theater. Die Journalisten. Deutsches. Dagland. Berliner. Götter von Perikles.

Schiller O. (Wallner-Theater). Die Jüdin von Toledo. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Krieg im Frieden. Neues. Die lustigen Weiber von Windsor.

Carl Weib. Santa Wolfsburg. Nachm. 4 Uhr: Hünsl und Gretel. Kleines. Nacht. Residenz. Eine Hochzeitsnacht. Lustspielhaus. Bedenleute. Katinne. Marinemüller.

Puppen. Von Stufe zu Stufe. Trianon. Gastons Frauen. Kasino. Mutter Gräber. Metropol. Die Herren von Maxim. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Tisch.

National-Theater. Weinbergsweg 12a-13b. Sonnabend, den 29. Oktober 1904: Rigoletto. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, nachm.: Der Freischütz. Abends: Donna Juanita.

Zentral-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Zum erstenmal. Novität: Der Generalconsul. Operette in 3 Akten von Alexander Landsberg und Leo Stein. Musik von D. Reinhardt.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe. Sonntag, nachm.: Der Registrator auf Reisen. Abends: Hofemanns Töchter. Montag: Götterpiel des Theaters des Westens: Der Wildhüh.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67. Zum Gastspiel Adolf Philipp. „Ueber'n grossen Teich.“ Anfang 8 Uhr. MALE: Ende 10 Uhr 30 Min. Sonntag nachmittags 3 Uhr: „Ueber'n grossen Teich.“

Apollo-Theater. Täglich: Berliner Luft. Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke. Vorher 8 Uhr: Die glückenden Oktober-Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlings-lust und Spezialitäten.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreise der Jungfrau. 4 Uhr: Die Weltausstellung in St. Louis. Hierauf: Der Gardasee. Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die chemischen Stromwirkungen. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Rosa das gelehrte Pferd! Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Eine Hochzeitsnacht. Schwan in 3 Akten von D. Körner und H. Dörre. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das große Geheimnis.

Metropol-Theater. Zum erstenmal: Die Herren von Maxim. Große Anstaltungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach C. Fleura „Messalinette“ frei bearbeitet von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schulz. Hauptrollen: Henry Bender, Josef Ciampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritz Massary a. D., Mary Behrens, Joh. Junker-Schatz.

Das Fest des Lichtes. (Ballett.) Anfang 1/2 8 Uhr. Kasino-Theater. Lotzingerstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2. Wildes Blut. Gefangnisse in 3 Akten. Nach der „Silbenstake“ frei bearbeitet. Vorher das brillante bunte Programm. Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräber. (Neue Brecht.)

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Nur noch kurze Zeit!!! Heute: der größte Herrnfeld-Schlager. Nur eine Nacht zwei Akte aus einer Götter, und Am andern Morgen Nachspiel zu „Kur eine Nacht“ mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anf. (auch Sonntags) 8 Uhr. In Vorbereitung: Prinz Levy in Abbede. Schwan in drei Akten von A. u. D. Herrnfeld.

Carl Weiß-Theater. Große Kaufmannstr. Nr. 132. Nachmittags 3 Uhr kleine Preise. Erste Abendvorstellung. Hünsl und Gretel. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Santa Wolfsburg. Schauspiel in 5 Akten von E. Wehl. Sonntag, nachm. 3 Uhr. Vorzeit 60 Pf. Einmalige parodistische Opernvorstellung: Troubadour, Bajazzo, Tannhäuser. Abends: Santa Wolfsburg.

Volksgarten-Theater. (früher Weimann). Sonnabend, den 29. Oktober er.: Keine Vorstellung. Nächste Vorstellung Sonntag, den 30. Oktober: Dorf und Stadt.

Philippine Welsch. Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Entree 40, Parterre 75 Pf., Speerplatz 1 R.

Bernhard Rose-Theater. Gesundheitsbrunnen, Badstraße 58. Heute: Goschlossen. Morgen Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Die goldene Eva. Abends 7 Uhr: Philippine Welsch.

Philippine Welsch. Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Entree 40, Parterre 75 Pf., Speerplatz 1 R.

empfehlendes Geleitwort auf den Weg gegeben. Um so schlimmer war die Enttäuschung. Nach einem matt posenhaften, mit wüsten Zweideutigkeiten gepfefferten ersten Akte, einer unendlich langen, den ganzen Mittelakt ausfüllenden Chöreparé-Szene, die bei aller eingetretener Sentimentalität deutlicher, als man es selbst bei der Pariser Fassung gewohnt ist, auf gewisse Instinkte spekulierte — gibt sich der Autor in dem letzten Akt das Air, als habe er psychologische Probleme behandeln wollen, wird in seiner Weise ernsthaft und sogar ein bißchen tragisch. Der Spaß wirkte langweilig, aber diese hohle, unehrliche, jübiert angelegte Gradität war vollends unausstehlich. — Die Chambresparé-Dame Mimi, die Geliebte von Georges Breteau, möchte sich den jungen Mann, der nach dem Willen der Mutter mit einem reichen Fräulein verlobt ist, erhalten, was bei der Abwesenheit der Braut für Georges wohl auch das Beste wäre. Er selbst kommt zu dem Glauben; aber als sein Teilschwester mit Mimi in dem Hotel entdeckt wird und von dem Brautvater der Ring zurückgeschickt wird, berührt ihn das höchst peinlich. Das Mädchen schließt aus seiner abgeklärten Eifersucht und daraus, daß er ein verkleumdertes Gerücht über seine Braut

mit Empörung abweist (man denke!), daß er nicht mehr sie, sondern die andere Liebe und will sich nun auf einmal ganz heroisch opfern. Die Braut, dieselbe dumme Gans, die in dem ersten Akt schon absichtlich Georges in ein lächerliches Bistolenduell hineintrief, schreibt nicht etwa an ihn; sie läuft — das allerwahrscheinlichste — in die Wohnung Mimis und bestärkt sie, ihr den Bräutigam zu lassen. Mimi entsagt dem aufs prompteste. So äußerlich, so leicht erscheinen diese Schlüsselen, daß man auf den Gedanken kommt, der Autor sei nur aus Verlegenheit, weil ihm kein halbwegs guter Possenabsluß einfiel, „ernst“ geworden. Auch die Aufführung war diesmal nicht hervorragend. Fräulein Antonie Zeglaff zeigte in der Rolle Mimis, vor allem im zweiten Akte, sehr bedeutende schauspielerische Gewandtheit, aber das beschränkte Liebenswürdige, das Mimi haben soll, kam nicht voll heraus. Herr Spira wußte mit der ziemlich farblosen Figur des Georges nichts Rechtes anzufangen. Das Publikum, der obligate Beifall eines kleinen Teils konnte darüber nicht täuschen, verhielt sich ablehnend. —

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Historisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Johanniseuer. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Montag, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Krieg im Frieden. Aufspiel in 5 Akten von G. v. Moser und Fr. v. Schönbach. Sonntag, nachm. 3 Uhr: König Lear. Sonntag, abends 8 Uhr: Krieg im Frieden. Montag, abends 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Kleines Theater. Vereingte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 8 Uhr. Nachtsyl. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Familienidyl. Liebesdrama. Serenissimus. Abends 8 Uhr: Elektra. Montag: Nachtsyl. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Die Kronpräsidenten. Dienstag: Erdgeist.

Thalia-Theater. Dresdenerstr. 72/73. Direction: Kron & Schönfeld. Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr: Der Weiberkönig. (Goldschmidt, Lina Abarbanell, Fritz Holzinger, Josephine Dora.) Sonntag nachmittags 3 Uhr: Charles Tante. Belle-Alliance-Theater. Dresdenerstr. 7/8. Direction: Kron & Schönfeld. Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Wer? (Auf der Totenbank.) Drama in 1 Akt. Hierauf: Die Tugendglocke. Sonntag nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen: Maria Magdalena.

Palast-Theater. Burg-Strasse 22. Früher Feen-Palast. Am 1. November 1904: Ringkampf-Konkurrenz der besten erstklassigen Ringer der Welt, um festzustellen, wer der wirklich beste Ringer ist. Jede Unrechtheit wird ausgeschlossen. Jeder erstklassige Professionsringer wird zugelassen. Unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas. Bis heute sind gemeldet: Michael Kitzler, München. Romanoff, Kasse. Axel Krook, bester Schwede. Diekmann, Rheinländer. Aberg, bester Engländer. John Pohl-Abs II, bester Deutscher. Ali Achmed, Türke. Paxon, Amerikaner. Manzart, Belgier. Beaucairois, Franzose. N. Petrov, bester Bulgare. Riesbacher, bester Rumänier. Burghardt, bester Oesterreicher. Giovanni, Italiener. Anglo, bester Negere, Afrika. Handrecker, Bayern. Decco, Negere, jetzt London. Winzer, Damburg. Lurich, Eberle, Hackenschmidt und Koch werden hierdurch öffentlich eingeladen, ebenfalls noch teilzunehmen. Jeder Sieg wird gewertet. — Erster Ehrenpreis 3000 Mark.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung. Spezial-Ausschank der Berliner Beck-Bräuerei.

Zirkus Schumann. Heute, Sonnabend, den 29. Oktober, abends präz. 7 1/2 Uhr: IV. Grande Soirée. High-Life Gala-Programm. U. a.: Die beliebte jugendliche Schürreiterin Fel. Dora Schumann. Der Albert Carré, Sohn des königl. niederl. Zirkusdirektors Oskar Carré, mit seinen Freiheitsdressuren. Konsul II. Eine wirkliche Sensation. Der phänomenale Chinko, Billy, der irische Runder-Donny. The Jungmanns, Afrodaten. Sisters Control Powell, Doppel-Todden-Akt. Direktor Albert Schumann's neue und moderne Dressuren. Ferner: Sämtliche Spezialitäten. Um 9 1/2 Uhr: Der Schlager der Saison, das große mimische Drama in 5 Akten: Michael Strogoff oder: Der Kurier des Zaren. Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei): Gr. Ausstattungs-pantomime. Abends 7 1/2 Uhr: Der Kurier des Zaren. In beiden Vorstellungen: Konsul II, Billy, Chinko etc.

Palast-Theater. Bürgerliche Schanzspiele. Burgstraße 22. Anfang 8 Uhr. Das phänomenale Oktober-Spezialität-Programm. Der größte Erfolg: Im Zukunftsstaat. Ausstattung-Vorteile in 1 Akt. Sonntag, nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Die Bluthochzeit. Drama in 5 Akten von Adam, unter Wirkung erster Kapazität.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Nehm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr. Hans Frey, Humorist. Dida die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. Bioskop. Enthüllungsfest des Kaiser Friedrich-Denkmal. Im Vordergrund in glänzenden Aufnahmen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sowie Prinzessin Victoria Luise.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Gastons Frauen. Anfang 8 Uhr. Sonntag, nachmittags: Madame X. Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. Biederleute. Breithaupt-Dennis Fischer. Anfang 8 Uhr. Sonntag u. folgende Tage: Biederleute. — Sonntag, nachm.: In Behandlung. W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Beuntenstr. 16. Stiftungsfest des Athleten-Verein Atlas. Sonntag: Goldkette. Montag: Leichtes Auftreten von Fr. A. Waroni: Zum letztenmal: Das Fiesler-Räsel.

Skala-Theater. Einicusstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). Sensationelles Programm! Löwys Duell. Poffe mit Gesang in einem Akt. (wie) 30 international. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: Konzert.

Wintergarten. LIANE DE VRIES Pariser Sängerin. Edi Stadler, Jodler. Stellung-Truppe, komische Reckturner. Morion und Elliot, Papier-Manipulatoren. Pas de Deux oriental. Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler. Marcel Salzer, Vortragskünstler. Howard de Grey, Barfußstänzerin. Pormann Bros., Clowns. Agout-Familie, Jongleure. Larive, französische Soubrette. Das Motogirl. Romsakoffs, weibliche Kosaken. Der Biograph.

Wintergarten. TÄGLICH: Der Wunderkessel (The Magic Kettle). Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den untern Sälen jeden Abend 8 Uhr: Militär-Konzert. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Fritz Steidl-Sänger. Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal: Tanz. Otto Pritzows Abnormitäten-Ausstellung. Wänschstraße 16. Täglich Vorstellung menschlicher Kuriositäten. Feodora, das Weib mit den Löwentagen. Arabella, die tätowirte Schönheit. Medizinische Rätsel, Gedankensefer. Sanssouci. Kottbusser Tor — Stat. der Hochbahn. Sonnt. u. Mont., Donnerst. Hoffmanns Nordd. Sänger. Nach jeder Vorstellung: Tanzkränzen. Jed. Dienstag, Mittwoch: Theater-Abend. In Vorbereitung: Mensch Argere Dich nicht. Poffe mit Ges. in 4 Akten. Alle ausgeübten Vortragsarten gelten.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sängerkorps. (Neuj. Vetro, Britton, Steibl, Blättner, Böhme, Bödmann, Balben, Schraber).

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Vollständig neues Programm. Gekleid. Clancé, Salorequillisten. Signora Bella, hantierende Tänzerin. Fr. Florenti, Negere. Neuf! Neuf! Ein Königreich für eine Frau. Poffe in einem Akt. 24 Nummern.

Eine Mark wöchentliche Zeitschrift. eleg. Herren-Moden. Bestellungen u. Nach. tabell. Kauf. in eigener Werkstatt. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus. J. Kurzberg, An der Jannowibrücke L. I. Bahnhof Jannowibrücke. Damen-Paletots, Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchengarderobe, gut u. viel billiger in der Fabrik von Eugen Jacobi, Charlottenburg, Berlinstraße 95, I. (Kein Laden.) Größte Auswahl.



H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstrasse 50, Ecke Jerusalemerstrasse am Dönhofsplatz.

Oranienstrasse 48, Ecke Luckauerstrasse am Moritzplatz.

Größtes Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Garderoben

fertig und nach Mass.

Winter-Paletots, 1 und 2 reihig

in marengo Cheviot und Eskimo, besonders elegant und preiswert Mk. 12.50

Winter-Paletots, 1 reihig

in ersten Neuheiten, kariert und gestreift Cheviot, schick gearbeitet, Glockenform Mk. 16.—

Winter-Paletots, 1 und 2 reihig

auf Seide u. Ia rein woll. Plaidfutter in den vornehmsten Eskimo- u. Fantasie-Stoffen, Maßarbeit ersetzend, Mk. 27.—

Winter-Loden-Joppen

warm gefüttert, bester Loden, 4.90
in verschiedenen Farben Mk.
Mk. 6.50, 9.90, 12.50, 15,—

Arbeiter- und Berufs-Bekleidung.

Kinder- u. Jünglings-Winter-Paletots

in enormer Auswahl und äußerst preiswert.

S. Piket,

Herren- und Knaben-Garderoben, jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.

Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrößerten Räume 44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe.

Monats-Garderobe.

Wo?

machen wir am Sonntag hin? Nach Pichels- weder zum alten Freund! Da ist man immer wie zu Hause.



W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Special-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Gegründet 1878

Nur 12 Minuten

vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falkenberg erschlossen.

Nur bis zum 1. November 1904

werden noch 40 Parzellen zu Ausnahmepreisen von **1 M. 20 Pf. an pro qm netto Bauland** unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Landbau gestattet. Näheres von 10-6 Uhr im Restaurant Meler, Straße am Falkenberg 19 bei Grünau. (Firma und Nummer beachten!)

Winter-Paletots von 18 M. an.
Winter-Joppen von 6 " " "
Jackett-Anzüge von 17,50 " " "
Rock- u. Gehrockanzüge v. 25 " " "

Paletots nach Maass von 30 M. an.
Anzüge nach Maass von 33 " " "
Hosen nach Maass von 10 " " "
Knaben-Anzüge in größter Auswahl.

M. Schulmeister

Schneidemeister

Am Kothbuser Tor, Dresdenerstr. 4. Ecke Adalbertstr.

Streng feste Preise.

Neu! Spiritus- u. Petroleum-Glohlcht,

auf jede Lampe passend. Große Auswahl von Tisch- und Hängelampen. Echte Bronze-Gaskronen 3-fachmig. W. 18,50.
W. Krusemark
50, Oranienstr. 202.
Reparaturen billigt. Telefon Amt IV, 1099.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 11 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Spotbilliger Bekleidungsverkauf, Gardinenverkauf, Pfandleihhaus Weidenweg neuangeh. 154
Spotbilliger Paletotsverkauf, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Damen-garderoben bemerkenswerter. Pfandleihhaus Weidenweg neuangeh. 154
Spotbilliger Teppiche, Steppdecken, Anlette, Aussteuermöbels, Biedermeier-Möbel vortheilhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Weidenweg neuangeh. 154
Regulatoren, Freilichtlampen, Taschenlampen, säunenerzeugend Pfandleihhaus Weidenweg neuangeh. 154
Pfandleihhaus Kälteerzeuger 7, verkauft säunend billig Betten, Bettmöbel, Gardinen, Anlette, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Trauringe, goldene Herrenuhren, Damenuhren und sonstige verlässliche Sachen.
Betten, Tischdecken, Regulatoren, Bilder, Spiegel, Möbel spotbillig. Pfandleihhaus Grünertweg 113 und Reanberstraße 6. 43/4
Teilzahlung, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Remontoirkronen, Bilder, Spiegel, Möbel spotbillig. Pfandleihhaus Grünertweg 113 und Reanberstraße 6. 43/7
Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Portieren spotbillig. Pfandleihhaus Grünertweg 113 und Reanberstraße 6. 43/6
Hochbornahme Herren-Anzüge, Winterpaletots, vorjährig, aus feinsten Stoffen, 18,00-38,00. Deutsches Pfandleihhaus, Bürgerstraße 63 I.
Herrenanzüge, Überzieher, wenn getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgekauft, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidemeister Kalkensell, Kofenthaferstraße 15, III. 148/9
Reisemöbel, Herrenpaletots, Jagdanzüge, prima, einzeln, spotbillig. Schöndorfer Allee 72 b, vom III. 148/10
Damenmäntel Engrosverkauf, Kleidermöbel spotbillig. Kalkensell, Kofenthaferstraße 28/29, I. 150/9
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Kalkensell, Kofenthaferstraße 28/29, I. 150/10

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437
Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Schön, Gadescher Markt 4, Bahnhofstraße. 142/12
Teppiche, Gardinen, Tischportieren, Steppdecken, Divanbetten, Couchtische, Möbelstoffe spotbillig. Conrad Fischer, Vossbamerstraße 100. 248/6
Steppdecken, Gelegenheitskauf. Bunt Velours 2,85, Streifseide 4,85, Wolllas 4,85, feilste Seide 5,85, Wolllas 1,50, 2,50, 2,85, Teppichhaus Emil Lehmann, Oranienstraße 158.
Betten, weißelbenedes Braunklebe, eleganten Tischpaletots billig zu verkaufen. Joachimsthal, Dampferstraße 76. 243/3
Bettfedern von 35 Pfennig an; acht Stückige Matratzen - Daunen 1,50 Mark pro Stück. Fertige Betten 11 Mark an. Ray Schöne, Vossbamerstraße 149. Täglich Dampf-Reinigung. 748
Teppich, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 28
Kinderschuhe, Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft, spotbillig. Schneider, Kurfürsterstraße 172. 172/15
Wulstwerte, ledernen, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Vingardengasse), Frankfurterstraße 56, Schillerstraße 40. 768
Teppiche mit Juchtenleinen, Fabricniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437
Fahrräder, Teilzahlungen, Bergstraße 28, Stallschiffstraße 40. 48
Herrenfahrers spotbillig. Schulz, Fiedlerstraße 15. 243/5
Wäsche und Bringhammaschinen, beste Qualität, billigste Preise. Bei Anzahlung coalante Bedingungen. C. Hellmann, Gollnowstraße 28, nahe der Landbergerstraße. 148
Bronzegoldkronen! dreifachmig 1,60, Goldkronen 1,7, Schaulocher-Goldkronen spotbillig. Bohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 388
Gasheizöfen, Sparsysteme, 6,00, Petroleumöfen spotbillig. Bohlauer, Wallnertheaterstraße 32. (Gasheizerhaus). 648
Öfen, gebrauchte, neu 2,00 an. Dauerbrandöfen 11,00. Gabelöfen, Germanenöfen. Gasöfen 6,00. Schöber, Hochstraße 43.
Wurst, Speck, Schinken, Eier, Rindfleisch, Konerven und Kräftweine, alles tadellos bei Franz Wölke, Rommestraße 1, Ecke Gubener. 798

Hochbornahme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Pfandleihhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pfändeln. 248/8
Gänge! Gänge! Enten! Frisch geschlachtet, von 2,75 an. Der Verkauf dem Sentralviehhof befindet sich gegenüber Vossbamerstraße, Ecke Samariterstraße 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Holt. 43/10
Steppdecken billig. Gebirg Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437
Bücher - Geschäft verlässtlich Wangenstraße 45.
Kanarienvögel 4,00, flötigend, Vorkäufer 7,00. Mühlstraße 16, Kuegelstraße II. 43/12
Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertrieben gewesene Möbel, die wie neu sind. Kleiderständer, Vertiko 27,00, Küstentisch 16, Aufschreibetische mit Federmatratzen und Kesseln 38, Tischchen 58, Bänkel 70, Waschtische 30, Kleiderständer 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 43/15
Sofa 18,00, Bettstelle mit Matratze 15,00, Chaiselongue, Wall-ladenstraße 23, Lepzigerer. 43/16
Deflation, Kleinarbeit wegen nachher ab für Kostenpreis. In erfragen Preis, Stolpferstraße 58, vom 3 Treppen. 124/11
Freitische, Reise, Kautschuk, billig. Schöne, Große Frankfurterstraße 13. 558
Wahnschnecken aller Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Für Jahre Garantie. Unterricht im Sticken, Sticken gratis. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Kiderstraße 113, Altborsagen 4, Frankfurter Allee 10.
Kanarienvögel, Selbststicht, Scherz, Trute, billig. Kalkensell, Kofenthaferstraße 15. 243/5
Restoration, gutgehendes, für 1400 Mark veräußert, 1300 Mark, große Räume. Auskunft Hochmeisterstraße 22. 760
Gutgehendes Wdg., Grünram-gelicht verkauft Stallschiffstraße 105.
Schankwirtschaft, große Räume, Bierkeller, weggelassen billig veräußert Stallschiffstraße 42. 726
Restaurant, gutgehendes, mit vielen Kämmlöchern, großem Keller und prachtvollem Garten, direkt am Wasser, für 5000 Mark veräußert. Miets 3200 Mark. Georg Beck, Mühlstraße 18. Telefon Amt IV, 9899. 382/6

Ringschliffen, Hobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Vollst. genügt. Köpferstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Brenzlauerstraße 55/56.
Restoration, Monatsleistung 500-600 Mark, billig zu verkaufen. Näheres 500, Postamt 23. 253/12
Milchgeschäft verlässtlich, 15 Jahre bestehend, wegen Krankheit. Rheinsbergerstraße 72. 253/12
Möbelgeschäft verkauft real gebiegen gearbeitete Möbel zu außer-gewöhnlich billigen Preisen. Überzeugen! Kleben! Stofflos 40, Tischstufen 60, Garnituren 110; alle Fasson, garantiert bestes Material, Trümmel, alle Arten Möbel, größte Auswahl. Eigene Werkstätten. Dierschowitz, Mariannenstraße 7a. *
Patentanmeldung, Gebrauchsmuster fertig billig. Ingenieur, Postamt 78. 237/78
Patentanwalt Dommann, Oranienstraße 57, Reichplatz. Rat im Patentwesen. 2461/5
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurfürsterstraße 121/122. Erfahrener Sachverständiger! Schlichter, Inter-ventionen, Strafsachen! Eingaben-gelichte! Materialien. 124/10
Rechtsbureau! (Andreasplatz), Oranienweg vierundzwanzig, Lang-jähriges! Erfolgreiches! 124/8
Ankündigung! Sofa 6,00, Matratze 4,00, auch außer Haus. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 18
Fahrradverkauf, Möbel, Planina-Bekleidung, Kaffee, Schöndorfer Allee 168a. 238/8
Hauswärter mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, kaufen a 2 Mark. Linnaea, Invalidenstraße 105.
Legia und alle andren Bücher laut, beliebt. Antiquariat, Kochstraße 56 I. Amt I 8831.
Rechtsbureau, Gerichtskontrolle, schärer, Andreasstraße 38, Sonntagsp. 252/4
Fahrräder - Verleihung billigt Große Frankfurterstraße 14, Kammerei. 430
Fahrräder - Reparaturen sorgfältig und billig. Große Frankfurterstraße 14, Kammerei. 430
Fahrrad laut Wienerstraße 37, Lokal. 254/16
Verleumdung im verhanden, 40 Personen. Gering, Frankfurter Allee 81. 252/6

Strofaufschub, Grabengelände, Rechtsbureau Glatzerstraße 96. *
Zur Lieferung des „Vorwärts“, sowie Annahme von Annoncen für den „Vorwärts“ und Lieferung jeder Parteiliteratur empfiehlt sich Karl Weiße, Kriftstraße 46a, Wedding. *
Vermietungen.
Wohnungen. Hofwohnungen, Etage und Küche sofort Rebenwalderstraße 33. 251/15
Zimmer. Teilnehmer zum möblierten Vorderzimmer Dresdenerstraße 55 III überger. 257/6
Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle für Herrn, Dehmte, Reichenbergerstraße 110.
Bessere Schlafstelle für Herrn, Saule, Wienerstraße 18, vom IV.
Saubere Schlafstelle zu vermieten Neue Grünstraße 23. 252/5
Mietsgesuche. Kaufmann sucht kleines Zimmer der sofort, Bahnhof Böcke, Oranienburger Tor, 15 Mark. Offerten R. K. 26, Postamt 4. 252/7
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche. Humorist Schmelzer wohnt Stettinerstraße 57. 1109
Volkschamist Gerhardt, Wangenstraße 115. 729
Stellenangebote. Nebenverdienst für jedermann, Auskunft gratis. Herrn. Wolf, Juidau, Reichstraße 44. 185/6
Vananschläger verlangt zu Tarifpreisen Schloßerei R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 249/2
Tiefbau Kameer werden eingestellt. Pumpwerk Ditz, zu meiden beim Keller. 4134
Klavierlehrer für Sonntag nachmittag von 7-11 Uhr kann ich meiden bei Feuerfänger, Hochstr. 4.
Teufelhörer verlangt Holzhaus, Palast, Weltlichstraße 51. 252/6
Hausmacher verlangt E. Beer, Kirdorf, Ringhandwerkstraße 73.

Frau zum Heftungstragen, kleine Tour, verlangt Kriftstraße 46a. 253/12
Im Arbeitsmarkt durch befandenen Druck hervorgerufene Anzeigen kosten 40 C. des Zeils.
Schriftsteller Karl Thiel KASSEL-W., Hentzestr. 8. Wissenschaftliche
Lichtbilder-
Demonstrationen.
Für Sale bis 2000 Pers. sehr gut einget. u. schmelzhaft rezentiert. Ende Okt. u. Nov. bereise Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen. Gew.-Kartellen, Vereinsvorst., Vertrauensl., Saalbesitzern etc. Prospekt sofort! *
Steinfegergeissen und Hammer
verlangt sofort H. Winter, Steinwegstr. 7, Schöndorf, Mittelstr. 7.
Achtung! Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter!
Wegen Differenzen sind die Firmen **M. & F. Berndt, Warschaue** -straße 78, und **Lühr & Wiese Nachfolger** Kidersdorferstraße 26, früher Richterischer Betrieb, gefordert. 78/20. Der Vorstand.
Brauerei - Arbeiter!
Unter Hinweis auf die Mitteilung der Agitationskommission im „Vorwärts“ vom Sonntag, den 16. Oktober ex., unter „Gewerkschaft“ teilen wir mit:
Berliner Bockbrauerei I (Tempelhofer Berg).
Berliner Bockbrauerei II (Chausseestraße).
Münchener Brauhaus (Johanniststraße).
sind für Vice (Voraus) gefordert. 42/3. Die Agitationskommission
Singer & Co., Berlin SW.